03/2015

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

STEUERREFORM

Steuerautonomie als Lösung für Finanzprobleme?

Seite 24

LEERSTAND

Gebäude-Auslastung: Nicht genügend!

Seite 60

Höchste Priorität für Kinderbetreuung

Trotz Sparwille und mehr Zuversicht: Es gibt viel zu tun für die Bürgermeister. Höchste Priorität genießt der Ausbau der Kinderbetreuung, wie eine Umfrage deutlich macht.

Seite 14

Einzelverkaufspreis: EUR 4,90

P.b.b. 02 Z 032903 M ISSN: 1605-1440 DVR: 0390 432
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

St.Stephen's

DIE WAHRHEIT SCHWARZ AUF WEISS:

NUR EIN SYSTEM TRENNT ROT-WEISS-ROT!

Rot-weiß-rot zu Ihrem Vorteil: Durch Sammlung und Recycling von mehr als 830.000 t Verpackungen sichern wir heimischen Unternehmen wertvolle Rohstoffe. Das entlastet die Umwelt von 650.000 t CO_2 und hält die Wertschöpfung in Österreich.

Die ARA – ein Non-Profit-Unternehmen im Eigentum der österreichischen Wirtschaft.

ARA.recycling **www.ara.at**

SO MACHT RECYCLING SINN.

RECYCLING FÜR ÖSTERREICH ARA Altstoff Recycling Austria

EIN UNTERNEHMEN DER ARA GRUPPE

ARA Altstoff Recycling Austria · ARAplus · ARES Advanced Recycling Solutions · austria glasrecycling · ERA Elektro Recycling Austria · NEUMAN · BOKOR BOX · REINWERFEN STATT WEGWERFEN

KOMMENTAR

LASST UNS IN RUHE ARBEITEN!

Österreichs Bürgermeisterinnen und Bürgermeister senden eine klare Botschaft an die Partner auf Bundes- und Landesebene.

WIR BRAUCHEN **GESICHERTE BEDINGUNGEN**, NICHT STÄNDIGE VERUNSICHERUNGEN!

Lasst uns in Ruhe arbeiten und überhäuft uns nicht ständig mit neuen Belastungen! Dies geht aus der Umfrage zum Jahreswechsel mit dem folgenden Kommunalbarometer hervor. Die Gemeinden sind zu einem großen Teil durchaus bereit, die Herausforderungen zu meistern und sie tun das auch mit einem gewaltigen Engagement. Aber sie brauchen dazu einerseits gesicherte Bedingungen, andererseits nicht ständig Verunsicherungen. Dazu zählen populistische Ankündigungen wie ein weiteres kostenloses Kindergartenjahr oder eine verpflichtende Akademisierung der Kindergartenpädagoginnen und des Pflegepersonals oder die Verpflichtung, das komplexe Haushaltsrecht des Bundes in jede Gemeinde zu übernehmen.

Wir wissen aus allen Umfragen, dass die Bürgerinnenund Bürger in ihre Gemeinden das höchste politische Vertrauen haben, weil es dort funktioniert. Und immer wieder kommen Abordnungen aus ganz Europa zu uns und schauen sich den erfolgreichen kommunalen Weg Österreichs an. Was nicht heißt, dass es auch bei uns einiges zu verbessern gibt. Aber im Großen und Ganzen sind die Gemeinden nicht nur die Sparmeister der Nation, sondern auch äußerst innovativ. Beispiele dafür gibt es genügend. Das beginnt in der Zusammenarbeit bei der Verwaltung und Infrastruktur, geht über einzigartige Projekte im Energiebereich und gipfelt in der Bürgerbeteiligung. Und trotzdem gelingt es einigen Besserwissern immer wieder, die Gemeinden pauschal ins Eck der Reformverweigerer zu stellen. Vielleicht, weil wir nicht bei jedem Unfug dabei sind oder weil wir unsere „Ware“ zu wenig loben.

HELMUT MÖDLHAMMER
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.
helmut.moedlhammer@gemeindebund.gv.at

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir freuen uns, dass Ihnen das neue KOMMUNAL gefällt! Das bestätigen uns zahlreiche Mails und Anrufe von Leserinnen und Lesern, die in den vergangenen Wochen in unserer Redaktion für viel gute Stimmung gesorgt haben. Wir freuen uns über dieses positive Feedback zu Design und Inhalt, vor allem zum Ausbau unseres Praxisteiles.

Das moderne Design von KOMMUNAL soll Abbild der Innovationskraft in den Gemeinden sein. Mit ihrem täglichen Engagement und kreativen Projekten gestalten sie die Zukunft entscheidend mit. Der Gemeindeinnovationspreis IMPULS ist die ideale Plattform um zukunftsweisende Kommunalprojekte zu präsentieren. Die Auszeichnung holt alle Beteiligten vor den Vorhang und trägt dazu bei, dass innovative Ideen sich verbreiten und zu neuen Lösungen inspirieren. Einreichungen sind noch bis Ende März in den vier Kategorien Verwaltung, Klima und Umwelt, soziales Engagement und Baukultur möglich. Die Sieger werden Anfang September im Rahmen der Kommunalmesse und des Gemeindetages gekürt.

Wir freuen uns auf Ihre IMPULSE!

Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunalverlag

/16

Kinderbetreuung hat Vorrang

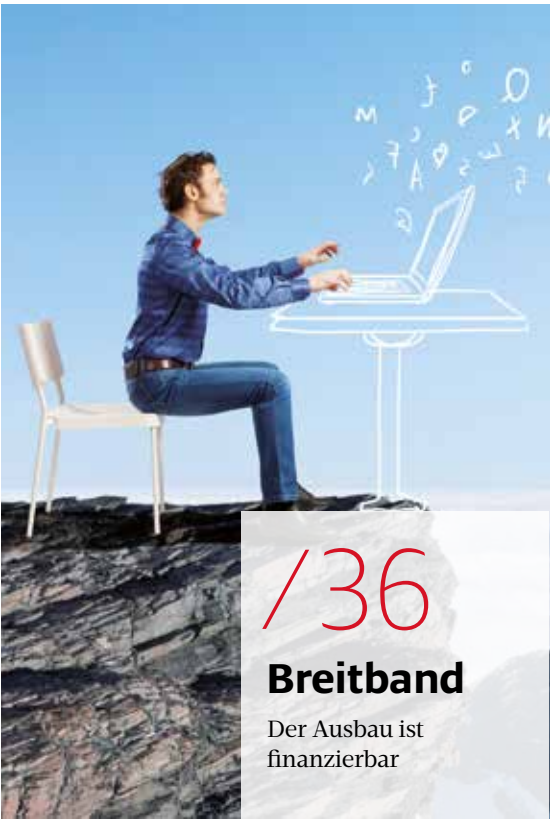
Das aktuelle Kommunalbarometer zeigt die oberste Priorität der Bürgermeister

/20

Kommunal-Event 2015

62. Gemeindetag und Kommunalmesse in Wien

INHALT



/36

Breitband

Der Ausbau ist finanzierbar

/54

Lukas Michlmayer

Der Mensch hinter dem Bürgermeister

FOTOS/SHUTTERSTOCK, Nivens, Kotin; Messe Wien/TITELFOTO Shutterstock, Dmiti Maruta/

POLITIK & RECHT

Kleinschulen in Gefahr? 19
Eine absurde Debatte

Integrations-Interview 22
Sebastian Kurz: „Präventives und schnelles Handeln ist gefragt“

Steuerautonomie 24
Die Lösung für Finanzprobleme?

Brauchen Gemeinden „Compliance“? 26
Eine Diskussion um einen Begriff mit vielen Unsicherheiten

EU-Abfallrecht auf dem Prüfstand 28
Das europäische Abfallpaket aus Sicht der Kommunalunternehmen

Europa sind wir alle! 30
20 Jahre EU-Beitritt: Warum es „die in Brüssel“ nicht gibt

Der europäische Gedanke immer im Vordergrund 32
Seit 1995 ist der Gemeindebund im AdR – eine Reminiszenz

GESTALTEN & ARBEITEN

WLAN und der gläserne Benutzer 41
Über die Sicherheit von WLAN-Netzen

E-Government-Interview 42
Gemeinden spielen Schlüsselrollen

LAND & LEUTE

Niederösterreich bleibt schwarz 56
Nach den Wahlen: Wenig Veränderung in Niederösterreichs Gemeinden

Verkehrssicherheit 58
KfV: Alkohol-Wegfahrsperren bewähren sich

Leerstandskonferenz 60
Auslastung: Nicht genügend!

Auf dem Prüfstand 64
Kommunale Baukultur gesucht

Aus den Bundesländern 66

Personalia 70

Termine 72

Zu guter Letzt 74
Vorschau, Impressum

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

ARGE Forum mineralische Rohstoffe 44
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft 34
GIS Gebühren Info Service GmbH 50
Matchlap 49
Österreichische Post AG 46
Zaunteam Zaunagentur GmbH 52

IMPULS

DER GEMEINDEINNOVATIONSPREIS 2015

KOMMUNAL
GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Mitveranstalter
Raiffeisen Meine Bank

Innovative Projekte gesucht!

Der IMPULS prämiert zukunftsweisende kommunale Projekte und holt alle Beteiligten und Partner vor den Vorhang. Der IMPULS vernetzt Gemeinden und stärkt kommunale Innovationen.

- **Verwaltung:** Gesucht sind Vereinfachungen und Neuerungen die die öffentliche Verwaltung effizienter machen und Kosten sparen, z.B.: Bürgerbeteiligungskonzepte und E-Government.
- **Klima und Umwelt:** Die Entlastung der Umwelt (Luft, Wasser, Lärm) steht hier im Mittelpunkt. Kommunale Beleuchtung, erneuerbare Energielösungen und E-Mobilität gehören beispielsweise in diese Kategorie.
- **Soziales Engagement:** Pflege- und Altersheime, leistbares Wohnen für Familien, Integration sowie Kinderbetreuung, Schule und Bildung – hier werden Lösungen im sozialen Bereich ausgezeichnet.
- **Baukultur:** Die Gestaltung des öffentlichen Raumes ist Thema dieser Kategorie: Architektur, Städtebau, Ortsplanung und Verkehrswege können hier eingereicht werden.

Teilnehmer: Gemeinden, Vereine, Schulen, Bildungseinrichtungen und Privatinitiativen.

Gewinner und Preisverleihung: Jede Kategorie bringt einen Sieger hervor, aus welchen ein Gesamtsieger gewählt wird. Die Sieger werden mittels einer Kombination von Fachjury und Online-Voting ermittelt. Die Preisverleihung findet auf der **KOMMUNALMESSE** im Rahmen des **62. Österreichischen Gemeindetages** am **9. September 2015** in der Messe Wien statt.

Präsentieren Sie Ihr kommunales Vorzeigeprojekt !

JETZT online einreichen bis 31. März 2015:

www.kommunal-impuls.at

Partner & Schirmherren

MINISTERIUM FÜR EIN LEBENSWERTES ÖSTERREICH

Österreichischer Gemeindebund

KOMMENTAR

WANN WIRD DIE **AWG-NOVELLE** UMGESETZT?

Schön langsam entwickelt sich die Umsetzung der AWG-Novelle zu einer Never Ending Story.

Der Grund für die Novelle und Eckpunkte wurden bereits zuletzt dargelegt. Mehr Wettbewerb und damit mehr Marktteilnehmer im Bereich der Verpackungsabfälle waren ein Ziel der Europäischen Kommission. Um diese Marktöffnung zu ermöglichen, sind eine Menge an rechtlichen Rahmenbedingungen zu klären und viele administrative Vorarbeiten notwendig.

Mittlerweilen wurde eine Unzahl von neuen Sammelverträgen von den Gemeinden und Abfallverbänden abgeschlossen. Dies als Voraussetzung für die Marktöffnung und die Teilnahme der neuen Sammel- und Verwertungssysteme. Analysen und Untersuchungen wurden beauftragt und durchgeführt. Die Gemeinden und Verbände haben daher ihre Aufgaben erfüllt. Sie erbringen auch ihre Leistungen im gewohnten Umfang. Für den Bürger ist von den Änderungen – noch –nichts merkbar.

Offen ist nach wie vor die Erlassung der Abgeltungsverordnung. Die Gemeinden verlangen nämlich berechtigterweise eine Abgeltung der mit dem Restmüll gesammelten Verpackungsstoffe. Diese Mengen werden auch benötigt, um die vorgegebenen Sammelquoten zu erreichen. Es kann aber nicht sein, dass die Gemeinden dies zum Nulltarif erbringen. Um diese Abgeltung zu regeln, sollte ja die Abgeltungsverordnung erlassen werden. Hat es schon lange gedauert, bis ein Entwurf – wegen der Querschüsse aus einigen Bundesländern – überhaupt in Begutachtung und zur Notifikation nach Brüssel übermittelt wurde, sind diese Fristen Ende Jänner abgelaufen. Es war vorgesehen und auch zugesagt, dass mit diesem Zeitpunkt auch schon die Zahlungen beginnen.

> „Wir gehen davon aus, dass die **Abgeltungsverordnung** mit Wirkung 1. Juli 2015 erlassen und umgesetzt wird.

Jetzt kann – und das haben die Gemeinden auch gemacht – dafür Verständnis aufgebracht werden, dass ein rückwirkendes Inkrafttreten Probleme bereiten kann und sich die Wirtschaft auch auf die neuen Tarife einstellen können muss. Deswegen wurde einem Inkrafttreten mit 1. Juni zugestimmt. Jetzt tauchen anscheinend wiederum neue Probleme auf, die die Kundmachung der Abgeltungsverordnung neuerlich verzögern. Gelten dann dieselben Argumente und das Inkrafttreten muss neuerlich verschoben werden? Die Geduld und die Bereitschaft der Gemeinden ist enden wollend. Wir gehen davon aus, dass trotz der Probleme – die wir nicht im Detail kennen – im Ergebnis die Abgeltungsverordnung mit Wirkung 1. Juli 2015 erlassen und umgesetzt wird. Mein nächster Kommentar sollte eine Vollzugsmeldung sein.

WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes
walter.leiss@gemeindebund.gv.at

KOMMENTAR

FRANZ SCHAUSBERGER

Ohne starke Kommunen **keine EU-Erweiterung**

Schwache Verwaltungen, ein hoher Grad an Politisierung und Korruption sowie ein beträchtlicher Mangel an öffentlicher Transparenz, das ist es, was man generell von den Gemeinden, Städten und Regionen der Länder Südosteuropas sagen kann, die auf dem Weg zur europäischen Integration sind. Seit Jahren zeigen dies die Berichte der Europäischen Kommission auf, ohne dass sich spürbare Verbesserungen zeigen. Ohne leistungskräftige Regional- und Gemeindeverwaltungen wird sich der EU-Beitritt der Länder Mazedonien, Montenegro, Serbien und erst recht Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Türkei sehr schwierig gestalten. Daher wäre es notwendig, die lokalen und regionalen Vertreter rechtzeitig in den Beitrittsprozess einzubeziehen, wie das etwa beim Beitritt Österreichs mit den Ländern und Gemeinden geschah. Immerhin stehen für die Jahre 2014 bis 2020 als EU-Unterstützung für den Beitrittsprozess der genannten Länder 11,7 Milliarden Euro bereit. Die Voraussetzung für sinnvolle EU-Projekte aber ist, dass die Regional- und Kommunalverwaltungen das notwendige Know-how dafür haben. Das heißt, die betroffenen Länder müssen ihre Strukturen dezentralisieren und regionalisieren, ihren Kommunen und Regionen eine stärkere Selbstverwaltung zugestehen. Also: ausreichende finanzielle Ausstattung für Regional- und Kommunalverwaltungen und bessere Ausbildung für deren Bedienstete.

Die Europäische Kommission hat sich bisher in der Frage der inneren Strukturen der Erweiterungsländer vornehm zurückgehalten. Deshalb haben die Regierungen dieser Länder bis heute die Notwendigkeit von mehr Dezentralisierung und Regionalisierung sträflich missachtet. Die Kommission muss in Zukunft wesentlich mehr Druck zur Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips machen. Dies ist eine der zentralen Forderungen meiner Stellungnahme zur EU-Erweiterungsstrategie 2014/15 im Ausschuss der Regionen.

Sonst beharren diese Länder in ihrem Zentralismus mit all den negativen Erscheinungen wie Korruption und parteipolitische Zuteilungen bei Förderungen.

In den meisten der Beitrittsländer müssen auch die demokratischen Institutionen, wie Regionalversammlungen und -regierungen, Gemeinderäte und Bürgermeister und die Wahlprozesse auf ein europäisches Niveau gehoben werden. Auch eine Stärkung überparteilicher Gemeindeverbände kann in all diesen Prozessen sehr hilfreich sein.

Neben gewichtigen anderen Reformen müssen die betroffenen Länder noch vieles auf Regions- und Gemeindeebene verbessern, bis es zu einer Erweiterung der EU kommen kann.

office@institut-ire.eu
Univ. Prof. Dr. Franz Schausberger, Landeshauptmann a. D., Vorsitzender des Instituts der Regionen Europas.

ANGESAGT

O-TÖNE ZUM AKTUELLEN THEMA

Karmasin für digitale Schulbücher

Familienministerin Sophie Karmasin will laut einem Radio-Bericht auf Ö1 vom 16. Februar die Digitalisierung von Schulbüchern vorantreiben. Kinder sollen zumindest einen Teil ihrer Schulbücher am Computer lesen können. Ab dem Schuljahr 2016/2017 kann sie sich den Einsatz von digitalen Schulbüchern vorstellen. Hintergrund ist auch eine Entlastung des Familienlastenausgleichfonds.

FOTO/BMLFUW, Alexander Haiden

„Eine Klage ist die richtige Antwort auf die Fehlentscheidung der EU, das britische AKW Hinkley zu subventionieren."

Andrä Rupprechter,
Bundesminister für Land-, Forst-, Umwelt und Wasserwirtschaft

Neue Wildkatzennachweise

Österreichs Wildkatzenforscher haben Grund zur Freude: Jüngste Ergebnisse einer genetischen Analyse von Haarproben brachten gleich zwei neue Nachweise der in Österreich seit Mitte der Fünfziger Jahre als ausgestorben oder verschollen geltenden Wildkatze. Die Katzensichtungen wurden für den Nationalpark Thayatal in Niederösterreich und sensationellerweise, weil noch nie zuvor da ansässig, im Tiroler Patznauntal bestätigt.

FOTO/WWF

KOMMUNAL – INTERNATIONAL

Dänemark: Babys machen für die Infrastruktur

Im Kampf gegen Geburtenrückgang und Abwanderung in die Städte hat die kleine Kommune Thisted im dänischen Nordwestjütland einen bemerkenswerten Vorstoß gestartet: Bei einer Versammlung schlossen Behörden und Einwohner einen Vermehrungs-Pakt:

So will sich die Bevölkerung in den nächsten Jahren möglichst vermehren, dafür bleibt die von der Schließung bedrohte Infrastruktur erhalten. Thisteds Verwaltungschef Lars Sloth sprach gegenüber dem britischen „Guardian" von einem ungewöhnlichen Vorgehen. „Aber wir mussten etwas tun, um unsere Stadt zu retten und eine gewisse Anzahl an Kindern zu gewährleisten."

Einstweilen bleiben Schulen, Kindergärten und Freizeiteinrichtungen geöffnet.
Statistisch 1,7 Kinder bekommt eine Frau in Dänemark, damit liegt das Land zwar etwas unter dem skandinavischen Schnitt, aber deutlich über dem in Mitteleuropa. In Österreich beträgt die Geburtenrate 1,4. Dennoch scheint das Problembewusstsein, zu wenige Kinder in die Welt zu setzen, in Dänemark besonders ausgeprägt zu sein. Denn anders ist nicht zu erklären, dass in den vergangenen Jahren immer wieder Kampagnen für die vermehrte Fortpflanzung gestartet wurden.

www.guardian.co.uk

LKW UND BUSSE AUS PARIS VERBANNT

Die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo (Foto) will ihre Stadt für Lkw und Busse sperren. Entsprechend den Beispielen in anderen europäischen Städten soll schon in diesem Sommer eine Zone „niedriger Emission" gezogen werden. Nach allmählicher Erweiterung könnten dann im Sommer 2016 alle Fahrzeuge, die als umweltschädlich gelten, aus Paris verbannt werden.

2.700.000.000
Nächtigungen 2014

Die EU hat 2014 einen neuen Rekord bei den Nächtigungen in Hotels und Gasthöfen verzeichnet.
Wie das EU-Statistikamt Eurostat Ende Jänner mitteilte, wurde in allen 28 EU-Staaten ein Höchstwert von insgesamt 2,7 Milliarden Übernachtungen erzielt. Verglichen mit 2013 ist dies ein Anstieg um 1,7 Prozent.
Österreich verzeichnete dagegen ein Minus von 0,4 Prozent.

http://ec.europa.eu/eurostat/

FOTO: Inès Dieleman

EIN RÜCKBLICK

Initiative für Umweltkultur

In der Ausgabe 6/1990 beschäftigte sich einer der Beiträge mit der Weiterentwicklung der damals bereits seit 20 Jahren erfolgreichen Umwelt- und Ortsbildaktion des Gemeindebundes. Nach sorgfältiger Vorbereitung wurde erstmals eine „Initiative für Umweltkultur“ gestartet.
Ihr Hauptziel war es, neue Impulse zur Pflege der natürlichen und kulturellen Umwelt und damit zur weiteren Hebung der Lebensqualität in unserer Heimat sowie zur Stärkung ihrer Anziehungskraft für den Tourismus zu geben. Die Initiative wurde in Form eines Wettbewerbs durchgeführt und galt damals als Beitrag Österreichs zum „Europäischen Jahr des Tourismus 1990“.
Die Beurteilungskriterien erfolgten in den folgenden fünf Hauptgruppen:

1. **Grundvoraussetzung,** worunter allgemeine Umweltbedingungen, visueller Eindruck, kommunale Infrastruktur sowie die „Umweltgesinnung“ fielen.

2. **Landschaft.** Darunter verstand man Natur- und Kulturlandschaften, Schutz- und/oder Rekultivierungsmaßnahmen und Belastung.

3. **Ortsbild.** Das waren Gebäude und Ensambles, Straßen und Plätze, Grün- und Erholungsanlagen, Verkehrseinrichtungen und sonstige ortsbildwirksame Komponenten.

4. **Kulturpflege,** worunter man Volks- und Hochkultur, Denkmalerhaltung, Traditionspflege, zeitgenössisches Kulturschaffen und Veranstaltungen verstand.

5. **Besondere Leistungen in einem speziellen Bereich**

In kürzester Zeit hatten 400 Gemeinden ihr Interesse an dem Bewerb angemeldet.

GIS
GEBÜHREN INFO SERVICE

Eine Gemeinde fragt: Warum haben wir einen GIS-Aufsteller im Gemeindeamt?
Fernseher: Das Gemeindeamt ist bei allen Fragen rund um die An- und Abmeldung DIE Anlaufstelle für den Bürger. Das macht jedes Gemeindeamt zum Know-How-Träger darüber, wer gerade wo eingezogen ist, beziehungsweise wohin er seinen Wohnsitz verlegt hat. Der Aufsteller im Gemeindeamt erspart der Bürgerin und dem Bürger also einen Weg und somit Zeit.

Wie bekommt die Gemeinde aktuelle Formulare oder Kuverts?
Fernseher: Es gibt eine eigene E-Mailadresse die nur für diesen Zweck eingerichtet wurde.
Sie lautet: **gis.info@gis.at.** Sie bekommen die Formulare und Kuverts rasch und für das Gemeindeamt selbstverständlich kostenfrei zugesendet.

Soll die Gemeinde die Formulare entgegennehmen?
Fernseher: Nein, mit den Rückversandkuverts können Anträge, Formulare und Einzugsermächtigungen bequem von der Bürgerin und dem Bürger an die GIS gesendet werden.

Wo bekommt man mehr Informationen zur Gebührenpflicht?
Die GIS bietet auf ihrer Homepage **www.gis.at** und unter der Service-Hotline **0810 00 10 80** alle Informationen rund um die Rundfunkgebühren an.

Für die hervorragende Zusammenarbeit mit mehr als 2300 Gemeinden, Bezirksämtern, Sozialstellen und Bürgerdiensten in ganz Österreich, als Service an Ihren Bürgerinnen und Bürgern bedankt sich

Ihr GIS Team

PITTERS KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST TRENDEXPERTE UND KOMMUNALFORSCHER.

Grünes Licht für **IT- und E-Government**

Die aktuelle Ausgabe von KOMMUNAL widmet sich dem Themenbereich „IT- und E-Government beziehungsweise den kommunalen Grünflächen“. Wie bereits in der Vergangenheit an dieser Stelle beschrieben, besitzt der IT- und E-Government-Bereich stetig wachsende Bedeutung für die Gemeinden. Die thematische Kombination mit den kommunalen Grünflächen mag zunächst erstaunen, da es sich um Agenden handelt, die vordergründig nur wenig miteinander zu tun haben. Doch bei genauerem Hinsehen ist dies gerade ein Musterbeispiel für die Heterogenität und Vielfalt der Aufgaben in unseren Gemeinden. Die Grünflächen bilden im Zusammenspiel mit den verbauten Flächen eine nicht trennbare Symbiose für die Ästhetik im öffentlichen Raum. Diese Schönheit und Funktionalität sind Ausdruck von Lebensqualität und werden unter Einbeziehung der Bürgermeinung immer bedeutsamer. Der aktuelle Pitters® KOMMUNALTREND zeigt für den Gemeindeinvestitionsbericht 2015, dass der öffentliche Gemeinderaum gerne als Begegnungszone genutzt wird. Er dient als Schnittstelle für persönliche Treffen. Gleichzeitig erwächst durch WLAN eine zusätzliche Kommunikationsebene, als so genannter „Feedback-Loop“ im Web. Für die Bürger ist funktionierendes E-Government auf Gemeindeebene bedeutsam und für die Gemeinden bedeutet es eine flexible und ökologische Lösung mit der Möglichkeit zur einfachen Weiterverarbeitung mit anderen Gebietskörperschaften. Unter strenger Beachtung des Datenschutzes gilt es dabei, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und sich unnötigem „Shitstorm“ zu entziehen. Um mit dem Dachthema zu schließen: Für die Gemeinden besteht die hervorragende Gelegenheit, Begegnungszonen sowohl in den realen Grünflächen als auch im virtuellen IT-Raum zu kreieren und damit auch die direktdemokratischen Elemente zu verstärken.

> „Für die Bürger ist **funktionierendes E-Government** auf Gemeindeebene bedeutsam.“

office@pitters.at
www.pitters.at

KOMMUNAL QUICK-FINANZCHECK
GEMEINDEFINANZEN IN 100 SEKUNDEN

Steuerreform 2015 – auch bei gemeindeeigenen Abgaben?

Der Finanzminister will am 17. März seine ohne Einbindung der Gemeindeebene verhandelte Steuerreform 2015 dem Ministerrat vorlegen. Ob und welche Rolle dabei Reformen nicht nur bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (eine Steuersenkung von zwei Milliarden Euro entspricht einem Minus von rund 2,5 Prozent bei den Gemeindeertragsanteilen) sondern auch bei den gemeindeeigenen Abgaben spielen, bleibt wohl bis dahin offen. Ein kleines Indiz lieferte das Anfang Februar gezeigte Interesse des BMF am „Altlengbacher Modell“, einem kommunalen Reformvorschlag für eine vereinfachte und verfassungskonforme Neufassung der Einheitsbewertung und Grundsteuer, das 2013 erarbeitet wurde.
Dass die Länder (ohne Wien) gerade einmal ein Prozent ihrer Gesamteinnahmen aus eigenen Abgaben erzielen und somit nicht selten mit dem Ruf nach mehr Einnahmenverantwortung konfrontiert sind, darf jedoch nicht heißen, dass sie sich bei den Gemeinden bedienen. Abgabenautonomie erhöht man nicht durch Beschneidung der Gemeinden oder eine Zuschlagsabgabe da oder dort, sondern indem der Bund die Länder ihr Steuerfindungsrecht auch ausüben lässt.
Die eigenen Abgabeneinnahmen der Gemeinden (ohne Wien) in Höhe von rund 3,1 Milliarden Euro entsprechen gut einem Sechstel der Gesamteinnahmen, bei Wien als Land und Gemeinde beträgt dies rund ein Zehntel.
Die eigenen Abgaben müssen den Gemeinden erhalten bleiben, Abgabenhoheit ist auch eine Frage der Gemeindeautonomie. Klar ist nur, dass Reformbedarf besteht, etwa was die veralteten Einheitswerte bei der Grundsteuer oder die geringe Verteilungsgerechtigkeit bei der Kommunalsteuer betrifft.

GEMEINDEEIGENE ABGABEN 2013

	GRUND-STEUER A	GRUND-STEUER B	KOMMUNAL-STEUER	SONSTIGE*
BGLD.	2,26	17,72	57,41	14,18
KTN.	1,76	45,75	145,70	48,21
NÖ	9,70	110,94	423,43	133,81
OÖ	5,75	107,93	491,02	106,52
SBG.	1,15	54,38	194,28	55,01
STMK.	4,06	86,81	354,43	92,30
TIROL	0,99	62,88	225,64	63,06
VBG.	0,33	28,17	129,29	41,90
WIEN	0,21	110,54	720,88	404,33
GESAMT	**26,21**	**625,11**	**2.742,08**	**959,32**

*) Gebrauchsabg., Interessentenbeiträge, Fremdenverk. etc.
in Mio. EUR

FINANZWIRTSCHAFT

UNTERSCHIEDLICHE BANKEN-PRAXIS BEI ZINSBERECHNUNG VON FRANKENKREDITEN

Negativer LIBOR muss Aufschlag reduzieren

Genauso wie bei privaten gibt es auch bei kommunalen Frankendarlehen Kreditverträge, in denen nicht eindeutig geregelt ist, wie sich der derzeit negative LIBOR auf die von den Gemeinden zu zahlenden Zinsen auswirkt. Üblicherweise ist vereinbart, dass dem 3-Monats-CHF-LIBOR (zum Beispiel am 9. Februar 2015 bei -0,913 Prozent) der Aufschlag hinzugerechnet wird. Bei einem Aufschlag von beispielsweise 0,7 Prozent wären von der Bank in diesem Fall 0,213 Prozent Negativzinsen an die Gemeinden zu überweisen. Manche Banken sträuben sich hier mit rechtlich zu hinterfragenden Auslegungen und Versuchen, die Berechnungsmethode in den Verträgen nachträglich abzuändern (keinen negativen LIBOR zuzulassen), um weiterhin den vollen Aufschlag lukrieren zu können. Andere Banken wiederum begeben sich nicht auf dieses rechtlich dünne Eis und beteiligen auch den Kreditnehmer an den gesunkenen Refinanzierungskosten. Beispielsweise die Bank Austria hat die Vorgehensweise bei auslegungsbedürftigen Verträgen so gewählt, dass der Aufschlag von einem negativen LIBOR bis zu einem Kreditzinssatz von Null Prozent gekürzt wird.

London Interbank Offered Rate (auch Libor, LIBOR) ist der täglich festgelegte Zinssatz für unbesicherte Geldmarktkredite zwischen den wichtigsten, international tätigen Banken. Diese melden bankwerktäglich der Nachrichtenagentur Thomson Reuters gegen 11:00 Uhr Londoner Zeit (GMT) den Zinssatz, zu dem sie am Londoner Interbankenmarkt unbesicherte Geldmarktkredite in handelsüblicher Größe aufnehmen würden.

0,00100 %

3-Monats-CHF-LIBOR
am 1.12.2014 (vor der Franken-Freigabe)

-0,913 %

3-Monats-CHF-LIBOR
am 9.2.2015 (nach der Franken-Freigabe)

EUROPA

FÄNGT IN DER GEMEINDE AN

Viele Entscheidungen der EU reichen weit in die österreichischen Gemeinden hinein. Mit der Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an" wollen das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres und die Vertretung der Europäischen Kommission BürgermeisterInnen und GemeindevertreterInnen als Europa-Beauftragte gewinnen und ihnen Wissen, Erfahrung und Kontakte vermitteln – damit die EU auch in den österreichischen Gemeinden (be)greifbarer wird.

Servicepaket für Europa-GemeinderätInnen

- EU-Helpline im Außenministerium
- E-Mail-Newsletter mit kompakten Informationen und Fakten zu aktuellen EU-Fragen
- Bildungs- und Informationsreisen zu den EU-Institutionen nach Brüssel
- maßgeschneiderte Aus- und Weiterbildung
- jährliches Netzwerktreffen der Europa-GemeinderätInnen

EUROPA INTEGRATION ÄUSSERES
BUNDESMINISTERIUM REPUBLIK ÖSTERREICH

Nehmen Sie diese Serviceleistungen in Anspruch und beteiligen Sie sich an dieser Initiative!

KONTAKT: Tel.: +43 (0)50 11 50–3997 | E-Mail: abti3@bmeia.gv.at
www.bmeia.gv.at/europagemeinderaete

Europäische Kommission

POLITIK & RECHT

KLEINSCHULEN
Absurde Debatte um Schulschließungen
Seite 19

STEUERAUTONOMIE
Lösung für die Finanzprobleme?
Seite 24

20 JAHRE EU
Die „in Europa“ sind wir alle
Seite 30

FOTO/ DmitriMaruta / Shutterstock

FOTO/Shutterstock, Kotin

HÖCHSTE PRIORITÄT **KINDERBETREUUNG**

Die Gemeinden wollen weiter sparen – und sie gehen mit etwas mehr Zuversicht ins neue Jahr. Das sind aber nur zwei Details des Kommunalbarometers 2015. Der Schwerpunkt wird auf der Kinderbetreuung liegen.

TEXT/Hans Braun

Die höchste Priorität für Österreichs Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wird 2015 die Kinderbetreuung in Österreichs Gemeinden haben. „Wir haben ja vor einigen Wochen eine Bevölkerungsumfrage präsentiert (siehe KOMMUNAL 2/2015), die zeigt, wie hoch die Zufriedenheit ist, die uns aber auch sagt, wo wir noch Handlungsbedarf haben“, so Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer bei der Präsentation der Ergebnisse des Kommualbarometers 2015.

Die Gemeinden haben in den vergangenen Jahren gewaltige Anstrengungen unternommen, um das Angebot bei der Kinderbetreuung auszubauen. Bei den Kindergärten sind die Kommunen hervorragend versorgt, bei der Kleinkind-Betreuung und der schulischen Nachmittagsbetreuung ist der Ausbau bei weitem noch nicht abgeschlossen, das sehen laut der Umfrage auch die Bürgermeister so. Die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie der Erhalt der Lebensqualität im ländlichen Raum sind auf Rang 2 und 3 der wichtigsten Themenfelder für die Ortschefs.

Bei den großen Ausgabeposten befürchten die heimischen Bürgermeister/innen auch 2015 einen starken Anstieg der Ausgaben für Soziales und Pflege. 85 Prozent glauben, dass es hier zu starken oder zumindest leichten Steigerungen kommen wird. Für die Bereiche Gesundheit, Schule oder Verwaltung werden leichte Kostensteigerungen angenommen. „Der Sozialbereich ist natürlich ein Dauerbrenner. Obwohl wir durch den Pflegefonds sicher eine Erleichterung für die Kommunen erreicht haben, ist das eine der größten Zukunftsherausforderungen in der Finanzierung. Darüber müssen wir uns bei den Verhandlungen zum Finanzausgleich ausgiebig unterhalten“, so Mödlhammer.

Generell legten die Gemeinden bei den Investitionen der vergangenen Jahre konstant Schwerpunkte auf die Sanierung. Dementsprechend vermerkt die Studie auch steigende Ausgaben für Sanierungsvorhaben. Diese sind auch merkbar stärker als jene für Neuinvestitionen. „Das liegt“, so Mödlhammer, „unter anderem auch daran, dass viele unserer rund 60.000 Gebäude inzwischen sanierungsbedürftig sind. Auch beim Kanal-, Wasser- oder Straßenbau kommen wir bei vielen Anlagen in die Sanierungsphase. Hier sind Neuerrichtungen inzwischen deutlich weniger geworden.“.

Erfreulich ist auch, dass die Kommunen den Konsolidierungspfad weiterhin nicht verlassen wollen. In 43 Prozent der Gemeinden soll die

LINKS ZUM THEMA

www.gemeindebund.at/mehr-zuversicht-kommunale-kostenbremse-auch-2015

Auf der Website des Gemeindebundes finden Sie alle Detailinformationen zum Kommunalbarometer, inkl. der Präsentationsunterlagen

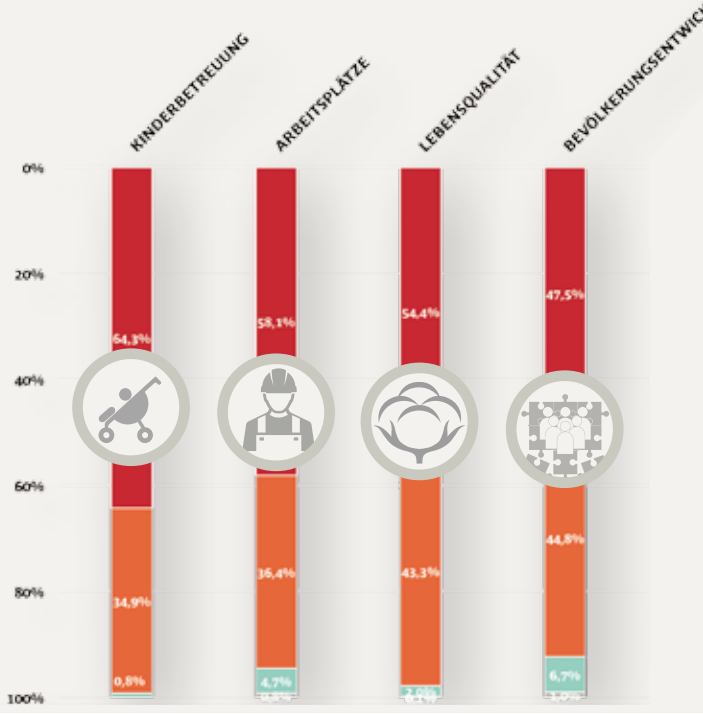
FOTO / Carina Rumpold / GRAFIK /KOMMUNAL, Thomas Max

KOMMUNALBAROMETER

DIE WICHTIGSTEN THEMENBEREICHE DER GEMEINDEN FÜR DIE KOMMENDEN JAHRE

64,3 %

der Gemeinden messen der **Kinderbetreuung** eine „sehr wichtige“, 34,9 eine „wichtige“ Bedeutung zu. Ein unerreichter Spitzenwert.
Am anderen Ende der Skala liegen die Bereiche „Kultur“, „Freizeitangebote“ und – für einige Journalisten erstaunlich – „Bürgerbeteiligung/direkte Demokratie“. Die Erklärung dafür liegt auf der Hand: In den kleinen und mittleren Gemeinden ist der Kontakt, die Nähe, der Kommunalpolitiker zu den Bürgerinnen und Bürgern so groß, dass dieser Punkt kaum der Nachbesserung bedarf. In den Ballungsräumen und Städten ist das allerdings völlig anders – Bürgernähe ist dort meist wenig ausgebildet.



sehr wichtig wichtig egal unwichtig

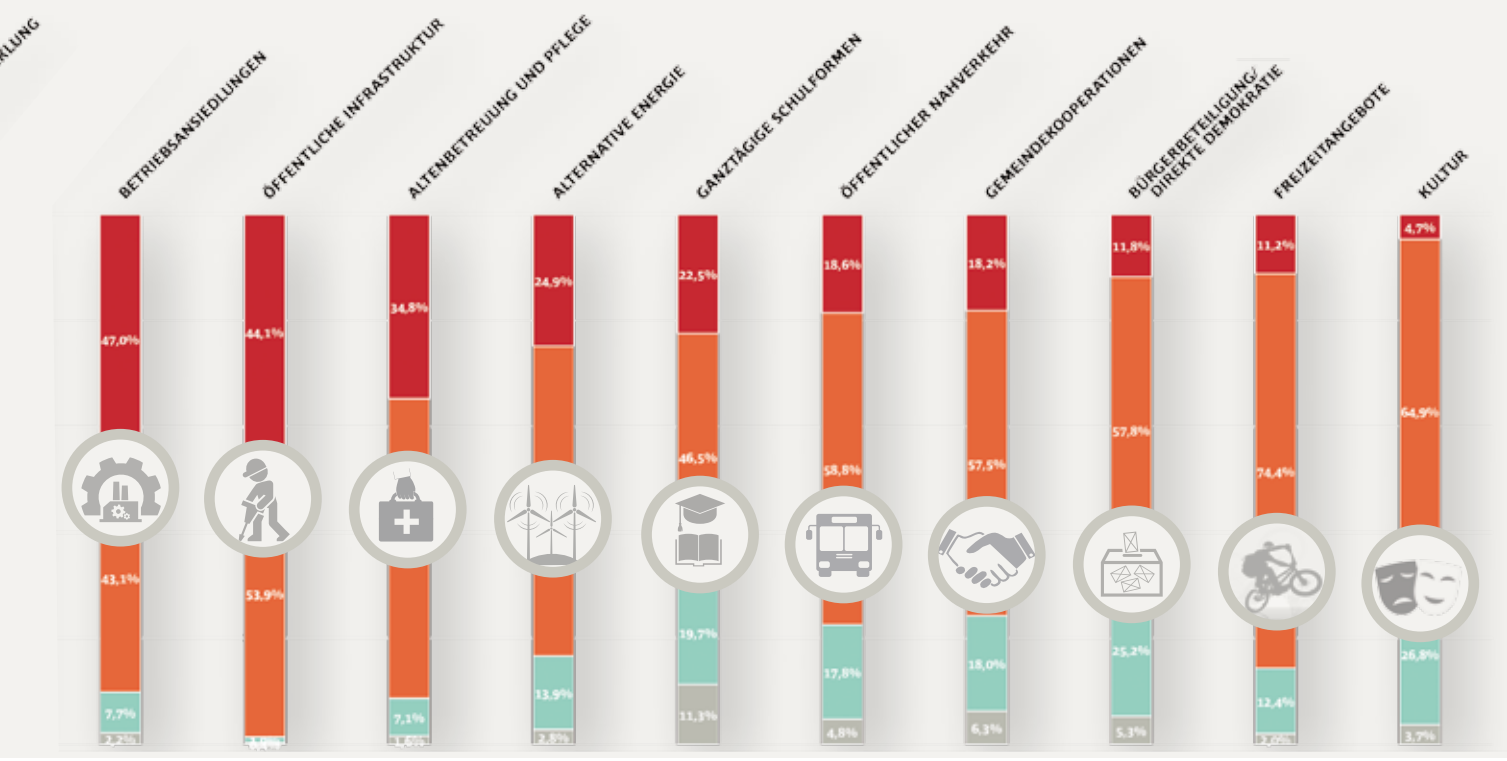
Finanzschuld 2015 weiter sinken, in weiteren 20 Prozent zumindest gleich bleiben. „Wir haben ja schon in den letzten beiden Jahren die Schuldenstände österreichweit gesenkt“, erinnert Mödlhammer. Es sei wichtig, dass sich diese Entwicklung fortsetzt und die Gemeinden ihre Verpflichtungen im Stabilitätspakt einhalten können. Trotzdem sind immerhin noch 32 Prozent der Gemeinden auf Bedarfszuweisungsmittel angewiesen, um ihren Haushalt ausgleichen zu können. Diese Mittel werden von den Ertragsanteilen abgezogen und quasi in einem „Solidaritätsfonds“ für strukturschwache Gemeinden verwaltet.

Interessant ist auch die Erwartungshaltung der Gemeinden, wenn es um die Planung ihrer Einnahmen geht. 64,7 Prozent glauben, dass die Ertragsanteile steigen werden. Das sind jene Einnahmen, die über den Finanzausgleich an Länder und Gemeinden ausbezahlt werden. Deutlich weniger Gemeinden erwarten einen Anstieg der Einnahmen aus eigenen Steuern oder Gebühren.

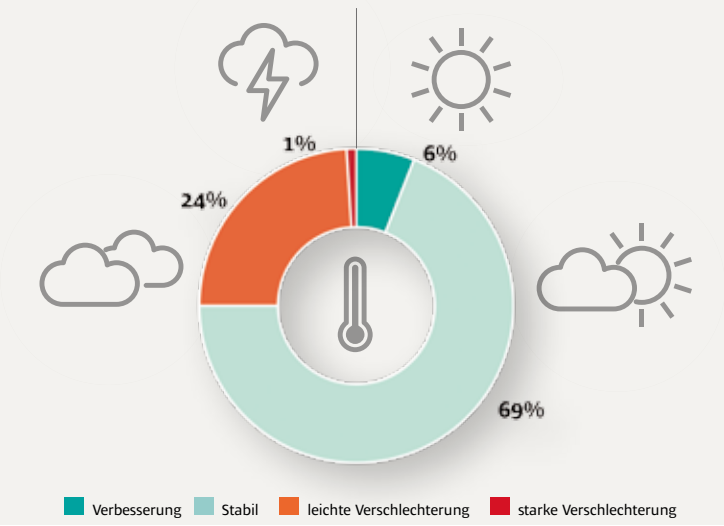
Die durchschnittliche Gemeinde hat für 2015 einen ordentlichen Haushalt zwischen zwei und fünf Millionen Euro budgetiert (43 Prozent). 19 Prozent der Kommunen haben einen ordentlichen Haushalt zwischen fünf und zehn Millionen Euro, weitere sieben Prozent liegen in ihrem Voranschlag zwischen zehn und 20 Millionen Euro. Im Jahresvergleich sieht man, dass die Anzahl der Gemeinden mit Budgetvolumina zwischen zwei und fünf Millionen Euro steigt. Größere Investitionsprojekte werden laut dem Kommunalbarometer 2015 in der Regel über die außerordentlichen Haushalte abgewickelt, die zum überwiegenden Teil die Eine-Million-Euro-Grenze nicht übersteigen.

Unter großem Medieninteresse präsentiert Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer (hier gemeinsam mit Kommunalnet-Geschäftsführer Lucas Sobotka, rechts) den Kommunalbarometer 2015.

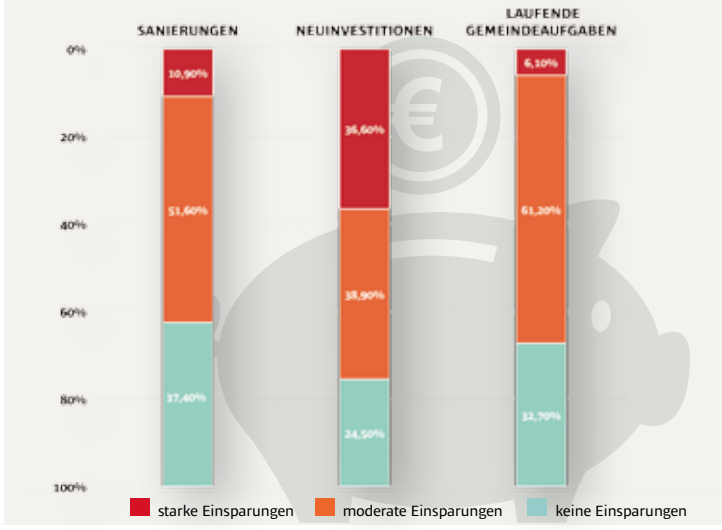
Wieder keine Aufgabenreform. Mit Enttäuschung kommentierte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer nach der Präsentation der Ergebnisse dann die Tatsache, dass eine



WIRTSCHAFTLICHE SITUATION DER GEMEINDEN 2015



WO GEMEINDEN EINSPARUNGEN VORNEHMEN



Aufgabenreform bei den Überlegungen zu einer Steuerreform offenbar keine Rolle spielt. „So wie es derzeit aussieht, wurde die Chance auf eine große Aufgabenreform vertan“, so Mödlhammer. „Da diskutiert man lieber lang und breit ein neues Haushaltsrecht, bevor man sich überlegt, welche Ebene welche Aufgaben erfüllen soll.“

Mödlhammer hätte sich gewünscht, dass diese Debatte anders verläuft. Man müsste zuerst klären, ob eine Aufgabe vom Bund, den Ländern oder den Gemeinden ausgeführt werden soll, bevor man darüber redet, wer welche Mittel und Steuern dafür braucht. Statt dessen will man den Gemeinden ein Haushaltsrecht überstülpen, dessen Einführung allein rund 230 Millionen Euro kosten soll. Die relevanten Daten, wie sie unter anderem auch von der EU gefordert würden, könnten die Gemeinden jederzeit liefern, „dazu brauchen wir kein völlig neues System einführen, das ohne Expertenhilfe gar nicht zu implementieren ist“, so der Gemeinde-Chef.

Das Beispiel des Rechnungsabschlusses des Bundes verdeutlicht die Ablehnung. Dieses Dokument hat 15.000 Seiten. Allein die Schaffung der technischen Voraussetzungen hat mehr als fünf Millionen Euro gekostet und rund 6000 Arbeitsstunden in der Verwaltung bedurft. Und selbst der Bund konnte das nicht ohne Beiziehung externe Experten durchführen, deren Arbeit ebenfalls mehr als eine Million Euro gekostet hat. Die von Mödlhammer genannten Zahlen gehen aus einer Anfragebeantwortung der Grünen an Finanzminister Schelling hervor.

Der Gemeindebund hat dazu ein Modell erarbeitet, das alle gewünschten Daten liefere und „wir haben das den Experten im Finanzministerium schon vorgelegt, ich werde es demnächst auch dem Herrn Rechnungshof-Präsidenten vorstellen“, so Mödlhammer.

69 %

der Gemeinden erwarten für 2015 eine **stabile finanzielle Situation.** In sechs Prozent der Gemeinden sollte sich die Lage deutlich verbessern. 24 Prozent der Gemeinden erwartet eine Verschlechterung und nur ein Prozent eine deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation.

37,4%

der Gemeinden planen in den kommenden Jahren **keine Einsparungen bei Sanierungen**. Nur 24,5 Prozent sparen bei den Neubauten.

Kein zweites kostenfreies und verpflichtendes Kindergartenjahr. Mit Verärgerung kommentierte der Gemeindebund-Präsident auch, „dass wir ständig mit populistischen Forderungen und Versprechungen anderer zu kämpfen haben“. Es könne nicht sein, dass Bundes- und Landespolitiker immer wieder mit Ideen vorpreschen, zu deren Finanzierung sie nichts beitragen wollen. „Die Kinderbetreuung etwa haben die Gemeinden zu organisieren und weitgehend zu bezahlen. Wer ein zweites kostenfreies und verpflichtendes Kindergartenjahr will, der soll auch dazusagen, wer das bezahlen soll. Die Gemeinden können sich das ebenso wenig leisten wie die vollständige Akademisierung der Ausbildung für Kindergartenpädagog/innen oder des Pflegepersonals.“

Überdies verlangte Mödlhammer die Einhaltung von Zusagen, die den Gemeinden mehrfach gegeben wurden. „Die Finanzierung der Siedlungswasserwirtschaft hängt noch immer in der Luft“, so Mödlhammer. „Hier wurden uns von der Bundesregierung rund 100 Millionen Euro zugesagt, um dringend nötige Sanierungsarbeiten kofinanzieren zu können“, erinnerte Mödlhammer. „Geflossen ist von diesen Mitteln bisher nichts.“

Abschließend schlug Mödlhammer noch eine Reform der Auszahlung der Bedarfszuweisungsmittel vor, um die Bauwirtschaft anzukurbeln. Diese Mittel werden vom Gemeindeanteil aus dem Finanzausgleich vorab abgezogen und von den Ländern verwaltet. Hier sollte ein Schwerpunkt auf die Sanierung kommunaler Einrichtungen und Gebäude gelegt und mit diesen Mitteln ein stärkerer Anreiz geschaffen werden.

FOTO/Shutterstock GRAFIK/Thomas Max

VERWALTUNG

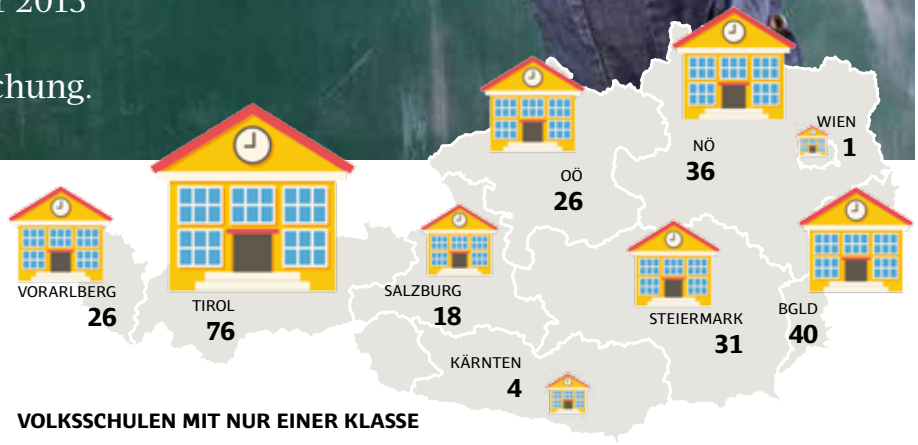
KLEINSCHULEN IN GEFAHR?

Mit einer absurden Debatte um die Sinnhaftigkeit von kleinen Schulstandorten hat das Jahr 2015 im Bildungsbereich begonnen. KOMMUNAL geht auf Ursachenforschung.

242 Volksschulen mit nur einer Klasse gibt es in Österreich, den höchsten Anteil hat das Bundesland Tirol, allein dort sind an 78 Standorten die Schüler aller vier Schulstufen in einer Klasse zusammengefasst. „Schluss damit“, ließ die Bildungsministerin in einem Zeitungsinterview im Jänner ausrichten und wollte Mindestgrößen für Schulstandorte verordnen. Gemeint hat Heinisch-Hosek damit nicht nur Volksschulstandorte, sondern auch Neue Mittelschulen. Für diesen Bereich schlug die Ministerin eine Mindestgröße von 300 Schüler/innen pro Schule vor.

Eine Forderung, die sogar einen Landeshauptmann aus den eigenen Reihen auf die Barrikaden steigen ließ. „Würde man diesen Maßstab anwenden, dann gäbe es im Burgenland statt 41 Neue Mittelschulen nur noch fünf Standorte“, rechnete Hans Niessl der Ministerin vor. Auch bei den einklassigen Volksschulen liegt das Burgenland mit 22 Prozent aller Standorte relativ weit vorne.

„Ich kann die Grundlage dieser Debatte nicht verstehen“, seufzt Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. „Nahezu jeder Bildungsexperte sagt, dass die altersübergreifende Arbeit in gemeinsamen Gruppen für die Qualität des Lernens von Vorteil ist. Alle Studien zeigen auch, dass gerade die kleinen Schulstandorte ein extrem hohes Lernniveau haben. Wieso will man das mit aller Macht zerstören“, so Mödlhammer, der auch öffentlich entsprechend heftig reagierte. „An der Gesamtzahl der Lehrer würde sich durch die vorgeschlagene Maßnahme nur wenig ändern“, so Mödlhammer. „Und alle anderen Kosten zahlt sowieso nicht der Bund, sondern die Gemeinden, die ja die Erhalter der Pflichtschulen sind.“ Es sei auch nicht sinnvoll, dass man dann die Kinder und Eltern dazu zwinge, deutlich längere Schulwege in Kauf nehmen zu müssen. „Da lädt man geringe Kosten, die man einspart, in Wahrheit ja nur auf den Eltern ab“, so Mödlhammer.



VOLKSSCHULEN MIT NUR EINER KLASSE

> Alle Studien zeigen das **hohe Lernniveau** kleiner Schulstandorte.“
>
> **Helmut Mödlhammer,** Präsident des Gemeindebundes

Auch der Tiroler Landeshauptmann Günther Platter und sein Amtskollege Markus Wallner konnten dem Vorschlag aus Wien nichts abgewinnen. „Das wäre ein Kahlschlag für den ländlichen Raum“, ließ Platter wissen. Wallner wiederum wollte „diesen zentralistischen Vorschlag aus Wien erst gar nicht ernst nehmen“.

Entsprechend schnell war die Idee dann auch wieder vom Tisch. Nach nur zwei Tagen ruderte die Ministerin zurück. Es sei alles nur ein Missverständnis gewesen, es sei ihr nur um die Effizienz in der Verwaltung gegangen, etwa darum, dass mehrere Schulen unter einer Direktion geführt werden. „Das ist eine Handhabung, die schon lange Realität ist“, erinnerte Mödlhammer. „In vielen Bundesländern ist das seit Jahren gut gelebte Praxis, dass mehrere Schulen unter einer Leitung stehen.“

„JEDER EINZELNE STAND IST EIN INFORMATIONSGEWINN."

Bundespräsident Heinz Fischer bei der Kommunalmesse 2014 in Oberwart

GEMEINDETAG & KOMMUNALMESSE

ANMELDUNG STARTET **AB MÄRZ**

Der 62. Österreichischen Gemeindetag mit der Kommunalmesse 2015 von 9. bis 11. September wirft seine Schatten voraus. Das beherrschende Thema sind die Gemeindefinanzen.

Am Gelde hängt, zum Gelde drängt doch alles". Der Aphorismus von Johann Wolfgang von Goethe passt – abgesehen davon, dass Goethe von „Gold" sprach – so perfekt wie kaum ein anderer zur Situation in den Gemeinden. Dem entsprechend ist das Thema „Finanzen" das beherrschende beim 62. Österreichischen Gemeindetag 2015, der gemeinsam mit der Kommunalmesse von 9. bis 11. September 2015 in den Hallen der Wiener Messe über die Bühne gehen wird.

Weit mehr als 2000 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Gemeindemandatare und -funktionäre, Amtsleiter, Praktiker werden zum größten und wichtigsten kommunalpolitischen Event des Jahres erwartet, geht es doch vor allem um die Weichenstellung für die Zukunft. Und die Fragen sind ungemein wichtig. Gemeindefinanzen – das reicht von einem neuen Finanzausgleich über die Steuerreform bis hin zum kommunalen Rechnungswesen. Auf Fragen wie Strukturschwäche und Abwanderung ebenso wie nach dem richtigen Maß an staatlicher Aufgabenerfüllung und Mittelverteilung müssen Antworten gefunden werden, damit die Gemeinden – egal ob groß oder klein, finanzstark oder finanzschwach, zentral oder peripher – auch weiterhin allen Österreicherinnen und Österreichern gleichwertige Lebensbedingungen ermöglichen können.

Damit alle rechtzeitig planen können, werden bereits im März die Einladungen postalisch versendet, ab März startet auch die Anmel-

dung – wie gewohnt nur mehr per Web-Login möglich – auf www.gemeindetag.at. Alle infos dazu finden sich bereits auf der Gemeindetags-Homepage.

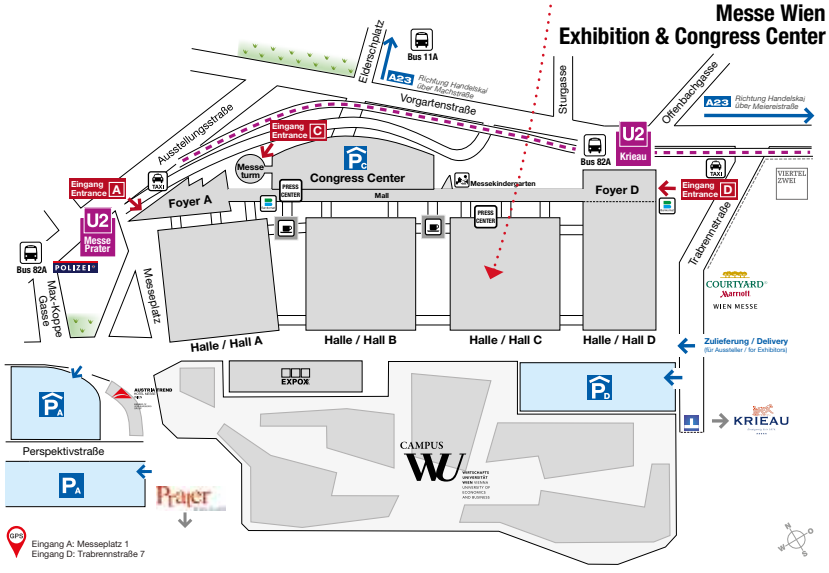
Traditionell findet im Rahmen des Gemeindetages 2015 auch wieder die Kommunalmesse statt. Österreichs größte Leistungsschau der Kommunalwirtschaft verschränkt der Zielgruppen der Bürgermeister und Gemeindevertreter sowie die kommunalen Praktiker mit den kommunalen Unternehmen und all den Verbände und Organisationen, die für die Gemeinden wichtig sind. im Rahmen des Gemeindetages wird es wieder einen Marktplatz (open space) zu kommunalen Schwerpunktthemen) auf der Kommunalmesse geben. Im Tagungssaal der Halle C diskutieren unter demMotto „Lebensräume schaffen. Zukunft gestalten“ hochrangige Politiker und Experten mit den Vertretern aus den Gemeinden.

Generell wird viel Prominenz erwartet: Zur Eröffnung des Gemeindetages haben sich Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl und der Wiener Landeshauptmann und Städtebund-Präsident Michael Häupl angesagt, die Wiener Gardemusik spielt auf. Am Festakt des Gemeindetages am Freitag wird die Teilnahme von Bundespräsident Heinz Fischer, Michael Häupl und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner – er hält die Festrede – erwartet.

LINKS ZUM THEMA

www.gemeindetag.at
www.gemeindebund.at

Auf den Seiten des Gemeindebundes sind nicht nur Programmdetails zu finden, auch die Anmeldung und alle Modalitäten sind hier angeführt.



KOMMUNALMESSE 2015
www.diekommunalmesse.at

FOTO/Kommunal

LÄNDLICHER RAUM

Strategien & Herausforderungen

KOMMUNALE SOMMERGESPRÄCHE

Gemeinden werden sich künftig intensiver und professioneller um ihre Standortentwicklung kümmern müssen. Die schwierige wirtschaftliche Lage der Gemeinden des ländlichen Raumes macht eine zielorientierte Aktion von Ländern, Gemeinden und Regionen immer wichtiger. Die Abwanderung in städtische Gebiete und die Entleerung von ganzen Landstrichen sind die Folge. Daher ist es notwendig, die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums zu planen und sicherzustellen.

5 GUTE GRÜNDE FÜR DEN BESUCH DER KOMMUNALEN SOMMERGESPRÄCHE 2015

1 **Netzwerken:** Spitzenvertreter der Kommunalpolitik Österreichs treffen auf Vertreter der Wirtschaft und der Wissenschaft.

2 **Information:** In zahlreichen Fachvorträgen geben anerkannte Experten fundierte Informationen zu den Problemstellungen der Gemeinden.

3 **Diskussion:** Alle Argumente werden gehört – manchmal gefolgt durch emotionale, aber auch lehrreiche Diskussionen.

4 **Wissen:** Praktiker und Wissenschafter leiten Workshops und halten Vorträge, Rüstzeug für jeden Gemeindevertreter, jede Gemeindevertreterin.

5 **Geselligkeit:** Abseits der Gespräche können sich die Teilnehmer in ungezwungenem Rahmen dem Gedankenaustausch widmen.

KOMMUNALE SOMMERGESPRÄCHE
22. BIS 24. JULI 2015

INTEGRATION

PRÄVENTIVES UND SCHNELLES **HANDELN IST GEFRAGT**

Seit den Anschlägen in Frankreich ist die Angst vor dem Terror auch in Österreich gestiegen. KOMMUNAL sprach mit Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz über die derzeitigen Entwicklungen, die lange Tradition des Islam in Österreich und Maßnahmen gegen Radikalisierung von Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

KOMMUNAL: In Österreich gibt es Bedenken bezüglich der zunehmenden Radikalisierungstendenzen. Herr Bundesminister, was kann getan werden, um dem entgegenzuwirken?
Vorerst möchte ich betonen, dass es trotz der jüngsten Geschehnisse keinen Grund gibt, in Panik zu verfallen. Der Islam hat in Österreich eine lange Tradition: seit über 100 Jahren sind Musliminnen und Muslime Teil unserer Gesellschaft. Die meisten von ihnen sind sehr gut integriert. Sie dürfen daher auch keinesfalls unter Generalverdacht gestellt werden.
Es gilt, Radikalisierungstendenzen in Österreich sowohl präventiv als auch repressiv entschieden entgegenzutreten. Vor allem Jugendlichen muss klar sein: „Dschihadismus“ ist kein Spiel, sondern etwas Todernstes. Darüber hinaus sollte allen bewusst werden, dass die Hauptopfer der IS-Terrorangriffe Musliminnen und Muslime im Irak und in Syrien sind. Es gilt, das Thema Islam vom Thema Terror zu differenzieren unzd deren automatische Verknüpfung unbedingt zu vermeiden.

Wie Sie bereits angesprochen haben, wird der Islam in Österreich derzeit sehr oft im Zusammenhang mit radikalem Islamismus thematisiert. Welche Maßnahmen werden Ihrerseits zur Deradikalisierung gesetzt?
Wir widmen uns gemeinsam mit verschiedenen Partnern intensiv der Aufklärungsarbeit und leisten Prävention. Anfang Dezember wurde die neue Beratungsstelle und Hotline gegen Extremismus von vier Bundesministerien vorgestellt. Die Hotline ist eine erste Anlaufstelle für Hilfesuchende. Angesichts der Entwicklungen haben wir gemeinsam mit dem Innen- und Justizministerium Anfang Oktober den Gipfel gegen Hass und Hetze organisiert, um die vielfältigen Aspekte von Radikalisierung, Extremismus und Prävention aufzuzeigen und zu diskutieren. Darüber hinaus starteten wir gemeinsam mit dem Österreichischen Integrationsfonds-ÖIF eine Informationsoffensive und erstellten in Zusammenarbeit mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich einen Islam-Folder, in dem sich Musliminnen und Muslime klar von der Vereinnahmung ihrer Religion durch Terroristen distanzieren. Auch ein „Islam-Glossar“, das zentrale Begriffe des Islams für jeden verständlich erklärt, wird der ÖIF herausgeben. Um das Zusammenleben in Gemeinden und Bezirken mit einem hohen Anteil an Musliminnen und Muslimen zu verbessern, informiert das bald erscheinende Informationshandbuch „Moscheen als Teil der Gemeinde“ über religiöse, kulturelle und rechtliche Hintergründe.

Vor allem Jugendliche sind oft Ziel des politischen Islamismus und werden radikalisiert, wie sollte man damit umgehen?

DAS PROJEKT „DOCKEN“

„docken“ ist ein Projekt von okay.zusammenleben und erfolgreich in Vorarlberg vertreten.

Vor allem der Kontakt und die Begegnung sollen über Gruppengrenzen hinweg geschehen um Vorurteile abzubauen und die Stabilisierung sozialen Vertrauens in einer vielfältigen Gesellschaft zu schaffen.

www.bmeia.gv.at
abti3@bmeia.gv.at

FOTO/Kommunal

Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz Im Gespräch mit Kommunalverlags-Geschäftsführer Michael Zimper und KOMMUNAL-Redakteur Helmut Reindl: „Vor allem Jugendlichen muss klar sein: Dschihadismus ist kein Spiel, sondern etwas Todernstes."

Österreich ist ein weltoffenes Land, aber es gibt Grenzen, wenn unsere Werte verletzt werden. Jede Bürgerin und jeder Bürger ist gefordert und trägt Verantwortung für ein gutes Miteinander. Es ist wichtig, dass aufeinander zuzugehen und einen Dialog zu führen. Ich muss hier nochmals betonen, dass kein Generalverdacht gegenüber muslimischen Mitschülerinnen und Mitschülern herrschen und niemand aufgrund seines Glaubens Opfer von Diskriminierung und Mobbing werden darf.
Es wird davon ausgegangen, dass Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer bei Mitschülerinnen und Mitschülern Tendenzen zur Radikalisierung früher erkennen können. Wo dies erkannt wird, muss reagiert werden. Solches Verhalten sollte auf soziale und gemeinschaftliche Weise aufgearbeitet werden. Aber nicht nur die Schülerinnen und Schüler, auch die Eltern müssen ins Boot geholt werden. Oft sind sie selbst überfordert und wollen mithelfen, ihr Kind wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Natürlich gibt es aber auch solche, die nicht kooperativ sind und in der Folge mit Konsequenzen rechnen müssen. Neben Mitschülerinnen und Mitschülern, Lehrerinnen und Lehrern und der Familie spielen auch islamische Religionslehrerinnen und Religionslehrer eine wichtige Rolle. Sie müssen erklären, dass gläubige Musliminnen und Muslime niemals solche Verbrechen begehen würden.

LINKS ZUM THEMA

www.facebook.com/aussenministerium

Extremismus-Hotline (0800/20 20 44)

Vieles könnte präventiv durch das Einführen des Unterrichtsfaches „Politische Bildung" ab der 5. Schulstufe passieren. Oft herrscht unter Schülerinnen und Schülern Unwissen, was unsere Werte und unser politisches System anbelangt.

Wie kann Ihrer Meinung nach erfolgreiches Zusammenleben und Miteinander in unserer Gesellschaft dennoch funktionieren?
Erfolgreiche Integration in Österreich funktioniert, wenn so früh wie möglich damit begonnen wird, am besten noch im Herkunftsland. Aus diesem Grund haben wir mittlerweile zwei Integrationsbeauftragte in Serbien und in der Türkei, die Zuwandererinnen und Zuwanderer bereits vor dem Zuzug nach Österreich über die Chancen, Werte und die deutsche Sprache als entscheidenden Faktor in Bildung und Arbeit informieren. In Österreich angekommen, unterstützen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Österreichischen Integrationsfonds an den Welcome Desks und Integrationszentren österreichweit bei Fragen rund um Sprache, Arbeit, Soziales uvm. Zur weiteren Motivationsförderung tragen Initiativen wie Zusammen:Österreich bei, wo Prominente, aber auch „Heldinnen und Helden des Alltags" bei Schulbesuchen und in Vereinen ihre ganz persönlichen Integrationsgeschichten und ihren Erfolg in Ausbildung und Beruf erzählen.

STEUERREFORMDISKUSSION

STEUERAUTONOMIE – LÖSUNG FÜR FINANZPROBLEME?

Im Zuge der Diskussion um die Steuerreform und den bevorstehenden Verhandlungen zum Finanzausgleich werden immer wieder Begriffe wie „Steuerautonomie“ und Zusammenführen von „Einnahmen- und Ausgabenverantwortung“ in die Diskussion geworfen.

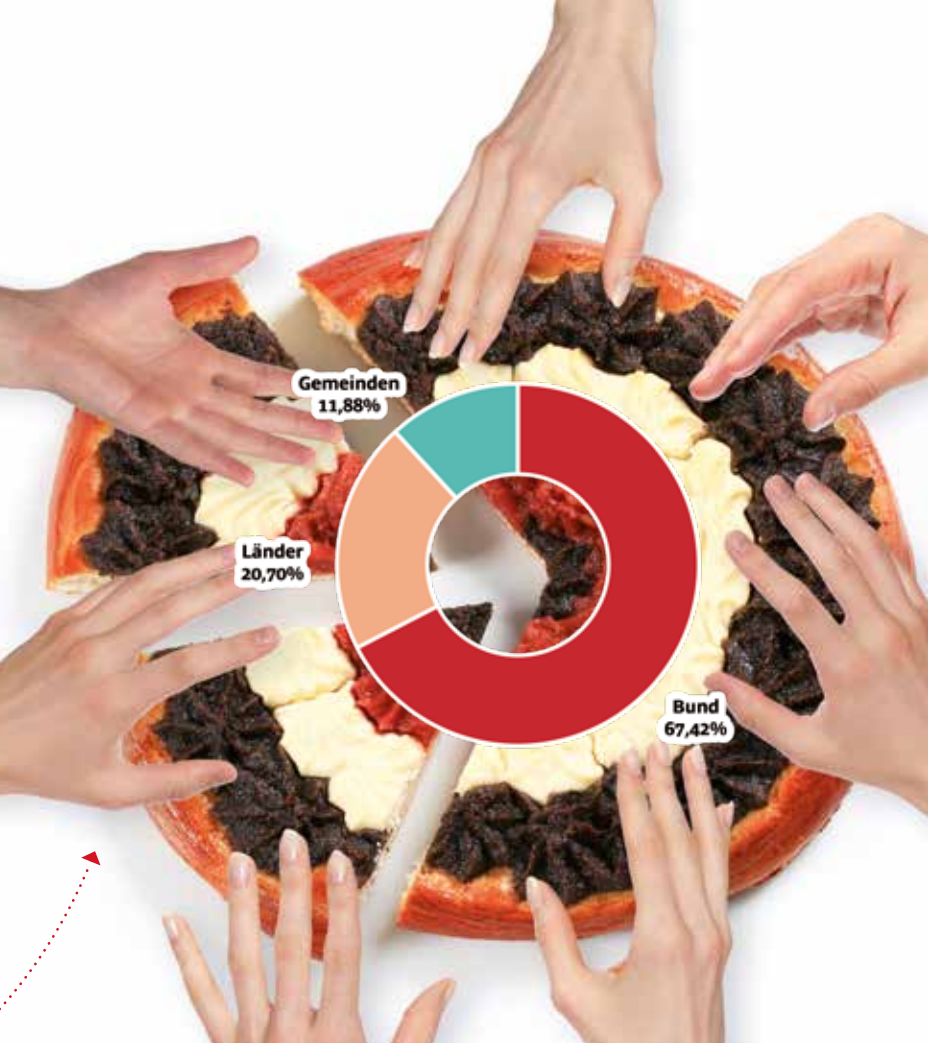
TEXT/ Walter Leiss

Die Neos wollen mittels mehr Steuerautonomie den Ländern den „Spendierföderalismus“ abgewöhnen. Andere wünschen sich eine sachliche Diskussion über eine ausgewogene Regelung der Ausgaben- und Einnahmenverantwortung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Österreich ist zwar föderal aufgebaut, die finanziellen Beziehungen werden jedoch in einem eigenem Finanzverfassungsgesetz und dem Finanzausgleichsgesetz als bundesstaatliche Regelungen geregelt. Die Finanzverfassung unterscheidet zwischen ausschließlichen und gemeinschaftlichen Abgaben. Gleichzeitig wird im Finanzausgleichsgesetz auch die so genannte „Abgabenhoheit“ festgelegt, dass heißt, wer welche Abgaben einzuheben hat. Auffällig dabei ist, dass unsere Steuern hauptsächlich beim Bund konzentriert sind und auch von Bundesbehörden (von den Finanzämtern) eingehoben werden. Die Länder hingegen haben kaum eigene Abgaben. Die Gemeinden dagegen verfügen über einen Katalog an ausschließlichen Gemeindeabgaben. Die wichtigsten sind die Grundsteuer und die Kommunalsteuer. Daneben werden auch die Benützungsgebühren von den Gemeinden eingehoben.

Formal kommt den Ländern zwar ein eigenes so genanntes Steuerfindungsrecht zu, jedoch ist dies dadurch eingeschränkt, dass „keine gleichartigen Abgaben“ zu bundesrechtlich geregelten Abgaben eingehoben werden dürfen. Zumal der Bund schon sehr viele Sachverhalte besteuert, bleibt somit für die Länder in der Praxis kein Spielraum. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Situation, dass der Bund den Großteil der Steuern einhebt und diese nach einem zugegebenermaßen komplexen System auf die beteiligten Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden verteilt. Der Anteil des Bundes, der Länder und Gemeinden an den geteilten Abgaben ist prozentuell fixiert. So erhält der Bund 67,417 Prozent, die Länder 20,7 Prozent und die Gemeinden 11,883 Prozent. Diese Mittel werden als „Ertragsanteile“ bezeichnet. Hinzu kommt ein weiteres Geflecht aus Vorwegabzügen (wie z. B. Landesumlage oder Bedarfszuweisungsmittel) und eine Vielzahl von Transferzahlungen. Die Gemeinden außer Wien erhalten insgesamt 5,7 Mrd. Euro kassenmäßige Ertragsanteile. Die gemeindeeigenen Steuern betragen 3,1 Mrd. Euro, und die Gebühren für die Benutzung von Gemeindeeinrichtungen und Anlagen betragen 1,8 Mrd. Euro. Daraus ist ersichtlich, dass die Gemeinden fast den gleichen Betrag an Ertragsanteilen, auch durch eigene Steuern und Gebühren, einheben. Dazu kommen Einnahmen aus Leistungen und wirtschaftlicher Tätigkeit, sodass die Feststellung gerechtfertigt ist, dass die Gemeinden mehr als die Hälfte ihrer Einnahmen durch eigenverantwortliches Handeln selbst erzielen. Sie wären durchaus auch bereit, mehr an Eigenverantwortung zu übernehmen, wie das wiederholte Verlangen des Gemeindebundes nach einer Reform der Grundsteuer zeigten. Der Vorwurf, dass Einnahmen- und Ausgabenverantwortung bei den Gemeinden nicht korrespondieren würden, stimmt daher nicht. Davon abgesehen ist schon die Frage erlaubt, ob der immer wieder geäußerte Vorwurf, dass die Länder und Gemeinden Geld leichtfertig ausgeben

> „Die Steuerhöhe ist nur ein **Teilaspekt bei der Frage**, wo sich ein Unternehmen ansiedelt.“
>
> **Christian Keuschnigg,** Ex-IHS-Chef



Kampf um den Steuerkuchen: Der Schlüssel zur Aufteilung der „Ertragsanteile" am österreichischen Steuerkuchen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs. Hinzu kommen noch Transferzahlungen, Umlagen und Bedarfszuweisungsmittel.

FOTO/shutterstock

würden, überhaupt berechtigt ist. Würde das stimmen, dann dürfte der Bund nicht so hohe Schulden haben.

Zu überlegen ist auch, ob es gerechtfertigt ist, die vielen Steuern alle dem Bund zuzurechnen, weil diese von Bundesbehörden eingehoben und durch Bundesgesetz geregelt sind. Grundlage für die meisten Steuern sind Arbeitsplätze. Über Arbeitsplätze werden Einnahmen erzielt, die wieder dem Konsum zugeführt werden. Die von der Wirtschaft und der öffentlichen Hand geschaffenen Arbeitsplätze haben ihre Grundlage in der von Ländern und Gemeinden geschaffenen Infrastruktur. Unter diesem Aspekt erfolgt die Steuerleistung in den Ländern und Gemeinden, die nur zufällig von Bundesbehörden eingehoben wird.

Es wäre doch durchaus denkbar, wie dies in anderen Bundesstaaten konzipiert ist, die Finanzbehörden zu Landesbehörden zu machen, und schon würde das Verhältnis umgekehrt werden. Der Bund und die Gemeinden würden Ertragsanteile von den Ländern erhalten. Möglich wäre natürlich auch, die Regelungskompetenz den Ländern zu überlassen. Dem sind natürlich finanzverfassungsrechtliche Grenzen gesetzt, weil unser Staatsgefüge anders aufgebaut ist. Die Frage ist aber auch berechtigt, ob dies überhaupt sinnvoll wäre. Müssen wir doch ständig erleben, dass in vielen landesgesetzlich geregelten Materien, von der Bauordnung bis zum Jugendschutz verlangt wird, bundeseinheitliche Regelungen zu erlassen.

Auf europäischer Ebene sind gerade im Steuerrecht Harmonisierungsbestrebungen im Gange. Die Vorfälle in Irland oder zuletzt in Luxemburg mit Steuerzuckerln für Unternehmen werden diese Entwicklung beschleunigen. In Zeiten, in denen von der Vereinheitlichung der Steuersysteme auf europäischer Ebene gesprochen wird, einer Rechtszersplitterung das Wort zu reden, erscheint daher nicht sehr zielführend.

Aber auch Steuersysteme, die den Ländern oder Gemeinden in Form von Zu- und Abschlägen mehr Steuerautonomie gewähren, sind mit Vorsicht zu betrachten. Konsequenz eines derartigen Systems wäre nämlich, dass die sogenannten „Gunstlagen" stärker profitieren als die „Ungunstlagen". Ein derartiges System müsste, um relevant zu sein, ertragreiche Steuern wie Einkommen- und Lohnsteuer oder die Umsatzsteuer umfassen. Allenfalls würde dadurch ein Steuerwettbewerb zwischen den Gunstlagen entstehen. „Die Steuerhöhe sei aber nur ein Teilaspekt bei der Frage, wo sich ein Unternehmen ansiedelt. So könnte in Österreich etwa die schon attraktive Metropole Wien einen höheren Steuersatz vertragen als das Waldviertel. Für Letzteres böte sich aber so die Chance, durch Anreize mehr Unternehmen an sich zu binden", so Ex-IHS-Chef Christian Keuschnig in der „Presse".

Glaubt man wirklich, dass wegen beispielsweise 5 Prozent weniger Einkommensteuer, jemand seinen Wohnsitz ins Waldviertel, ins Südburgenland oder in bestimmte Regionen der Steiermark verlegt? Oder dass eine Unternehmensentscheidung für Standorte im Waldviertel oder andere strukturschwache Regionen getroffen wird?

Mit einer Steuerautonomie müssten daher jedenfalls Ausgleichsmechanismen einhergehen, die wiederum die Administration fordern. Die Diskussion um mehr Steuerautonomie ist daher bei näherer Betrachtung mit Vorsicht zu führen. Mehr Transparenz, Vereinfachung und Eigenverantwortung ließe sich mit anderen Mitteln einfacher herbeiführen.

DISKUSSION

BRAUCHEN GEMEINDEN DAS?

Compliance – nur eines von vielen Schlagwörtern der jüngsten Zeit. Als Begriff leicht nachzuschlagen und erklärt, bestehen dennoch viele Unsicherheiten darüber, was genau dahinter steckt und natürlich um eine möglichst sinnvolle Umsetzung in der Praxis. Das ist schade.

Es gibt wohl nur wenige organisatorischen Maßnahmen, wo mit so wenig Aufwand so viele Vorteile für alle Beteiligten zu erreichen sind: „Compliance bedeutet die Einhaltung von gesetzlichen Vorschriften und organisatorischen Regeln."

Keine Organisation – keine Körperschaft und kein Unternehmen – kann ohne die Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften funktionieren. Die Frage ist also nicht, ob Gemeinden Compliance brauchen – sie haben sie ja schon! Aber es lohnt sich darüber nachzudenken, wie man sich diesem Thema sinnvoll und auf einen neue Art annähern könnte.

Grundsätzlich drängt sich, sobald es um das Einhalten von Vorschriften geht, bei den meisten Menschen der Gedanke an Kontrolle auf. Das ist nicht ganz fehlgeleitet, doch verschleiert diese etwas eindimensionale Sichtweise die Wirkung der vielen zusätzlichen positiven Aspekte moderner Compliance. In Einzelfällen oder aus akutem Anlass mögen kontroll-fokussierte Compliance-Management-Systeme angebracht sein, und Beispiele dafür lassen sich leicht in den Medien finden. Doch für die überwiegende Mehrzahl öffentlicher Verwaltungen und natürlich auch Unternehmen geht es bei Compliance um etwas ganz anderes.

> **„Mangel an Transparenz** ist meist nicht absichtlich, oft ergibt sich das aus der Vielfalt der Themen."

„Muss ich mich denn eigentlich um alles kümmern?" Klare Antwort: Nein, natürlich nicht! Aber welcher Bürgermeister, welcher Amtsleiter, welcher Unternehmer hat diesen Seufzer noch nie ausgestoßen? Gleichwohl zeigt diese Frage sehr schön, was Compliance im Kern eigentlich ist: Es geht um den Umgang mit Verantwortung, um das Management der Regeln, die zu erheben und einzuhalten sind, und um die Abläufe, die dahinterstecken. Darum, festzulegen, wer wofür genau zuständig ist und wie der organisatorische Überblick für alle Beteiligten gewährleistet wird.

Gerade wenn es um Rechtsvorschriften geht, ist dieser Überblick manchmal nicht leicht zu erhalten: Die Vielfalt der Themen bedingt eine oft weite Streuung von Verantwortlichkeiten und spezialisiertes Fachwissen über die gesamte

Compliance Management ist weder besonders neu, noch ist es besonders kompliziert. Aber es ist ein Thema, das allen die Arbeit erleichtert und das Leben angenehmer macht.

Organisation hinweg. Vergaberecht, Datenschutz und -sicherheit, Umweltrecht, Antikorruptionsrecht, Arbeits- und Persönlichkeitsrechte, um nur eine Auswahl zu nennen ...

Meist ist ja die Verantwortung für die jeweiligen Teilbereiche klar vergeben. Und meist ist auch die notwendige Sachkompetenz innerhalb der Organisation vorhanden, sei es bei den einzelnen Mitarbeitern oder zum Beispiel auch in einer Rechtsabteilung. Aber weiß das auch jeder? Sind die vorhandenen Ressourcen bekannt, werden sie optimal genützt? Wissen alle, wann und wen man fragen kann? Und vor allem auch, wen man informieren sollte?

Denn manchmal, und zwar leider oft gerade dann, wenn akute Probleme oder Unklarheiten auftauchen, zeigt sich, dass manche Verantwortlichkeiten eine gewisse Tendenz zum Vagabundieren innerhalb der Organisation zu haben scheinen. Unausgesprochene Selbstverständlichkeiten sind dann plötzlich sehr schnell gar nicht mehr so selbstverständlich.

Ein professionelles und dabei durchaus unbürokratisches Compliance-Management-System kann hier mit wenig Aufwand viel bewirken: Eine Zusammenfassung der für die Organisation relevanten und wichtigen Rechtsthemen, eine explizite Zuteilung der einzelnen Verantwortlichkeiten, ein einfaches Kommunikationskonzept zwischen den verantwortlichen Beteiligten und ein unbürokratisches Berichts- und Kontrollsystem. Nichts erleichtert die Arbeit mehr als Klarheit.

Compliance schafft Transparenz. Ein weiteres beliebtes Schlagwort unserer Zeit ist natürlich Transparenz – und nicht zu Unrecht. Dabei wird allerdings viel zu selten daran gedacht, dass Mangel an Transparenz meist nicht absichtlich herbeigeführt ist, sondern sich schlicht aus der Komplexität und Vielfalt auch der relevanten Rechtsthemen in einer Organisation ergibt. Wenn intern der Überblick nicht klar strukturiert ist, gestaltet sich auch der Einblick von außen schwierig. Doch bei konkreten Anlassfällen ist natürlich keine Zeit für Differenzierungen dieser Art, und sehr gern wird dann auch das Kind mit dem Bad ausgeschüttet.

Jene Transparenz, die durch die Aufteilung der Verantwortlichkeiten und klare, offene Kommunikation innerhalb der Organisation entsteht, wirkt zuallererst nach innen. Sie erleichtert das Leben der Verantwortlichen und das der Mitarbeiter gleichermaßen. Und das wirkt, ganz ohne gesonderte Anstrengungen, gleichzeitig nach außen.

Compliance Management ist also weder besonders neu, noch ist es besonders kompliziert. Aber es ist ein Thema, das allen die Arbeit erleichtert und das Leben angenehmer macht. Der größte Aufwand besteht darin, sich zu Beginn einmal ein paar Gedanken zu machen, um herauszufinden, wie man meist ohnehin vorhandene Ressourcen besser nützen kann. Das ist fast immer weniger Arbeit als erwartet und die Ergebnisse sind oft erstaunlich: wenn ein gutes Compliance-Management-System eingeführt ist und funktioniert, fällt es meistens schwer sich vorzustellen, wie man früher einmal ohne eines auskommen konnte.

WOLFGANG JOKESCH IST GESCHÄFTSFÜHRER DER REWORK UNTERNEHMENSBERATUNG GES.M.B.H. IN WIEN.

FOTO: SHUTTERSTOCK/Rawpixel

DAS EUROPÄISCHE ABFALLPAKET AUS SICHT DER KOMMUNALUNTERNEHMEN

EU-ABFALLRECHT AUF DEM PRÜFSTAND

Zu den 80 Gesetzesvorhaben, die die EU-Kommission 2015 zurücknehmen will, gehört auch das Gesetzespaket zur Kreislaufwirtschaft. Jedoch soll das Paket nicht ersatzlos gestrichen, sondern durch einen ambitionierteren Vorschlag ersetzt werden.

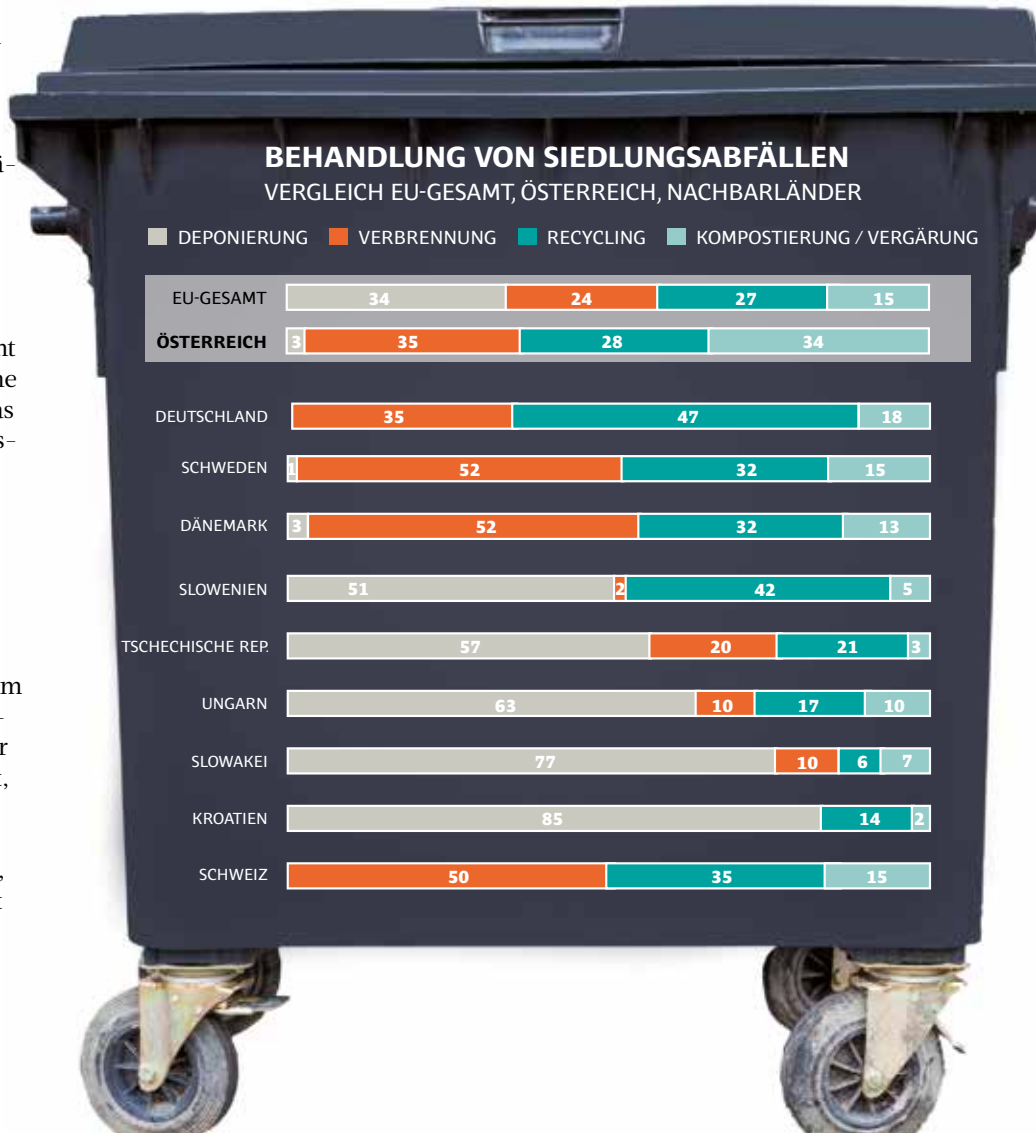
„DIE **RECYCLING-QUOTEN** MÜSSEN EUROPAWEIT ERHÖHT WERDEN."

TEXT/ Linda Wagner

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) hatte sich konstruktiv an den Verhandlungen über die Novelle des europäischen Abfallpakets eingebracht und nach der Veröffentlichung der Vorschläge der EU-Kommission am 2. 7. 2014 auch eine erste Stellungnahme abgegeben.

Obwohl der VKU bei den diskutierten Maßnahmen des Abfallpakets einigen Nachbesserungsbedarf gesehen hatte, darf aus Sicht des Verbandes die Alternative nicht sein, keine Gesetzesinitiative auf den Weg zu bringen. Das wird nicht ganz einfach sein, denn die Herausforderung liegt darin, europaweite Verbesserungen im Ressourcenschutz herbeizuführen und gleichzeitig die unterschiedlichen Ausgangssituationen in den 28 Mitgliedstaaten zu berücksichtigen, sodass alle Staaten die gesteckten Ziele auch erreichen können.

Handlungsbedarf sieht der VKU vor allem bei den Recyclingquoten. Diese müssen europaweit erhöht werden. Problematisch war der ursprüngliche Vorschlag im Abfallpaket, zeitgleich mit der Erhöhung der Quoten auch die Berechnungsweise umzustellen. Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld ist es, im Sinne des Klimaschutzes ein europaweit bestehendes Deponierungsverbot zu verankern. Momentan werden in Europa noch zu viele Abfälle unvorbehandelt deponiert



(siehe Grafik). Die Beendigung der Deponierung unvorbehandelter Abfälle ist der wirkungsvollste Beitrag, den die Abfallwirtschaft für den Klimaschutz leisten kann, wie gerade die Entwicklung in Deutschland gezeigt hat.
Zu den aus Sicht des VKU besonders kritischen Formulierungen in den Richtlinienentwürfen gehört auch die Definition der Siedlungsabfälle in der Abfallrahmenrichtlinie, welche sich nach Ansicht des VKU möglichst eng an der Begriffsbestimmung im Europäischen Abfallkatalog orientieren sollte. Außerdem sollten Siedlungsabfälle ausschließlich herkunftsbezogen und aufgrund ihrer Beschaffenheit und ihrer Zusammensetzung definiert werden. Die im Entwurf vorgeschlagenen Abgrenzungskriterien wie Unternehmensgröße, die ständiger Veränderung unterliegen, oder die Sammlungszuständigkeit würden zur weiteren Zunahme der Bürokratie führen und praxisuntauglich sein.

Bei den Ausnahmen von der Genehmigungspflicht forderte der VKU, dass die Möglichkeit der Genehmigungspflicht für die Sammlung und Beförderung von nicht gefährlichen Abfällen für die Mitgliedstaaten unbedingt erhalten bleiben und grundsätzlich einheitlich auf EU-Ebene geregelt werden sollte.

Zur besseren Umsetzung der Ressourcen- und Klimaschutzziele durch Beschränkung der Deponierung und Förderung des Recyclings sollte die Liste der für die Deponierung zugelassenen Abfallarten beschränkt werden. Diese Beschränkung sollte für unbehandelte Siedlungsabfälle und andere nicht inerte Abfälle gelten. Die Beschränkung sollte nicht durch Mengenbegrenzungen, sondern durch Qualitätsanforderungen umgesetzt werden. Zum Beispiel wird das im deutschen Deponierecht über die Grenzwerte für Heizwert, Glühverlust und Gesamtkohlenstoffgehalt erreicht.

Die Recyclingziele müssten an die neue Definition des Begriffs Siedlungsabfälle und die neue Berechnungsmethode für die Recyclingquoten angepasst werden, verbunden mit europäischen Qualitätsstandards für Recyclingprodukte, die regelmäßig an den technischen Fortschritt angepasst werden. Es müssten auch klare Regelungen für den Betrieb von Anlagen zur Sortierung oder sonstigen Behandlung von Abfällen geschaffen werden. Es sollten konkrete Recyclingquoten jeweils für die wichtigsten Abfallfraktionen festgelegt werden. Diese Quoten sollten auch für Gewerbeabfälle gelten. Mindestquoten sollten nur dort gefordert werden, wo sie ökologisch und ökonomisch sinnvoll sind.

Bei der erweiterten Herstellerverantwortung sollten die Mitgliedsstaaten selbst entscheiden können, ob sie solche Systeme zur Erreichung der Recyclingziele einsetzen wollen. Die Bedeutung der Lebenszyklusbetrachtung einschließlich der Herstellungs- und Nutzungsphase sollte klarer formuliert werden. Außerdem müssten klare Festlegungen getroffen werden, welche Funktionen und Zuständigkeiten in EPR-Systemen bestehen sollen, die dann außerdem an die EU-Kommission zu melden sind. Die Richtlinie sollte eine Aufzählung enthalten, um welche zulässigen Formen von Systemen es sich handeln kann, z. B. Steuern- und Abgaben-, Monopol-, Wettbewerbs- und Pfandsysteme. Für die Bekämpfung des Litterings sollte eine Standardkostenvergütung vorgesehen werden.

Die neue EU-Kommission wird den Vorschlag vermutlich zurückziehen. Die wichtigsten Stakeholder wie der CEEP (Europäischer Dachverband der öffentlichen Wirtschaft) und Municipal Waste Europe MWE (Europäischer Dachverband der kommunalen Entsorgungswirtschaft) hatten Ende Jänner noch einmal die Gelegenheit, im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Umweltausschuss des Europäischen Parlamentes ein Statement abzugeben und Fragen der Europaabgeordneten zu beantworten. Das Ergebnis der Anhörung wird für die Entscheidung der EU-Kommission wegweisend sein.
Der VKU wird mit Interesse weiter verfolgen, welche Alternativen die EU-Kommission auf dem Weg zu einer stärkeren Ressourceneffizienz vorschlagen wird, und weiter mit ihr im Dialog bleiben – ungeachtet der Tatsache, ob das Paket nun endgültig zurückgezogen oder einer nochmaligen Überarbeitung durch die EU-Kommission unterzogen wird.

LINDA WAGNER IST REFERENTIN
FÜR ABFALLPOLITIK IM VKU-BÜRO BRÜSSEL
linda.wagner@vku.de

7 FORDERUNGEN DES VKU

1 **Recyclingquoten** müssten europaweit erhöht werden

2 **Deponierungsverbot** sollte im Sinne des Klimaschutzes verankert werden

3 **Definition der Siedlungsabfälle** in der Abfallrahmenrichtlinie möglichst eng an der Begriffsbestimmung im Europäischen Abfallkatalog

4 Ausnahmen von der **Genehmigungspflicht**: Möglichkeit der Genehmigungspflicht für die Sammlung und Beförderung von nicht gefährlichen Abfällen für die Mitgliedstaaten soll unbedingt erhalten bleiben

5 **Liste der für die Deponierung zugelassenen Abfallarten** sollte beschränkt werden

6 **Recyclingziele** müssten an die neue Definition des Begriffs Siedlungsabfälle und die neue Berechnungsmethode für die Recyclingquoten angepasst werden

7 Bei der **erweiterten Herstellerverantwortung** sollten die Mitgliedstaaten selbst entscheiden können, ob sie solche Systeme zur Erreichung der Recyclingziele einsetzen wollen

20 JAHRE EU-BEITRITT

„DIE IN BRÜSSEL“ GIBT’S NICHT: EUROPA SIND WIR ALLE

1. Jänner 1995 – der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union verändert die Alpenrepublik nachhaltig. Ein Rückblick im Zeitraffer.

TEXT/ Daniela Fraiss

Am 1. Jänner 1995 tritt Österreich gemeinsam mit Finnland und Schweden der Europäischen Union bei. Die EU hat damit 15 Mitgliedstaaten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien.

Dezember 2000 beziehungsweise Februar 2001: Beschluss und Unterzeichnung des Vertrags von Nizza, der die große Erweiterung im Jahr 2004 institutionell vorbereiten sollte. Der Vertrag kann als „Mutter aller Kuhhandel“ bezeichnet werden und die sich schnell breitmachende Unzufriedenheit mit seinen Inhalten führte im Dezember 2001 zum Beschluss von Laeken, der die Einsetzung eines Verfassungskonvents ankündigte.

1. Jänner 2002: Einführung der Euro-Währung. Das befürchtete Chaos bleibt aus, die Bankomaten arbeiten europaweit ordnungsgemäß.

28. Februar 2002: Eröffnungssitzung des EU-Konvents, der eine Verfassung für Europa erarbeiten sollte. Dieses neue Modell eines offenen Diskurses brachte für die Zeit seines Bestehens (bis Juli 2003) neuen Schwung in die europäische Debatte. Durch die Teilnahme der nationalen Parlamente, des EU-Parlaments, der Beitrittskandidatenländer und den Beobachterstatus für die Gemeinden und Regionen (wahrgenommen durch den Ausschuss der Regionen) wurden die Debatten in die Mitgliedstaaten getragen. Ohne den Konvent wäre es wohl nicht möglich gewesen, Begriffe wie „regionale und lokale Selbstverwaltung“ oder „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ im EU-Primärrecht zu verankern.

6,9

Schilling ist der Euro heute vermutlich nur mehr wert

Die Einführung von Euro-Banknoten und Münzen erfolgte mit 1. Jänner 2002. Ein Euro wurde damals gegen 13,7603 Schilling getauscht. Der „Standard“ rechnete 2010 vor, dass der Euro in Kaufkraft umgerechnet nur mehr 11,20 Schilling wert sei. Im Oktober 2014 meint der Ökonom Martin Taborsky von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) in einem „profil“-Beitrag, dass der Euro „nur mehr die Hälfte“ von 2002 wert sei – also rund 6,9 Schilling für den Euro.

1. Jänner 2004: Beitritt der zehn mittel-, süd- und osteuropäischen Staaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern zur EU. Größte Erweiterungsrunde in der Geschichte. Kritiker meinen, dass nicht alle Staaten beitrittsreif gewesen wären, was im Rückblick allerdings klar zu verneinen ist. Die neuen Mitglieder traten von Anfang an mit Selbstbewusstsein in den Institutionen auf, was wohl von den „alten“ Mitgliedstaaten so nicht vorhergesehen wurde.

Oktober 2004: Unterzeichnung der EU-Verfassung durch die Staats- und Regierungschefs in Rom. Um in Kraft treten zu können, bedarf es der Ratifizierung durch die 25 nationalen Parlamente. Durch den negativen Ausgang der Referenden in Frankreich und den Niederlanden kommt der Verfassungsprozess Mitte 2005 zum Stillstand. Vor allem in Frankreich war die Abstimmung stark innenpolitisch beeinflusst, die Diskussionen im Vorfeld der Referenden zeigten eine zunehmende Europaskepsis, der „Geist des Konvents“ war endgültig verflogen.

1. Jänner 2007: Beitritt von Rumänien und Bulgarien. Trotz nicht unerheblicher Bedenken an der Beitrittsfähigkeit beider Länder – Stichworte Justizsystem und Korruptionsbekämpfung – wird am anvisierten Datum festgehalten. Das Schengen-Abkommen wird auf beide Länder nicht voll angewendet, der Wegfall der Grenzkontrollen ist noch nicht absehbar.

Dezember 2007: Der im Wege einer Regierungskonferenz erarbeitete, aber auf den Fundamenten der EU-Verfassung aufbauende „Reformvertrag“ wird in Lissabon unterzeichnet und tritt als Vertrag von Lissabon

EU-Gipfeltreffen auf Korfu: Am 24. Juni 1994 unterzeichnen für Österreich Bundeskanzler Franz Vranitzky (2. v. r.) und Außenminister Alois Mock (re.) den Beitrittsvertrag zur Europäischen Union. Mit Wirkung 1. Jänner 1995 gehört Österreich damit „zur großen europäischen Familie“.

am 1. Dezember 2009 in Kraft. Aus kommunaler Sicht eine zufriedenstellende Lösung, da Anerkennung der kommunalen Selbstverwaltung, Subsidiaritätsprüfung und –klage, Anhörungsrechte der repräsentativen Verbände und Garantien für die Daseinsvorsorge auch Bestandteil des Vertrags von Lissabon sind.

September 2008: Der Zusammenbruch des US-Investmenthauses Lehman Brothers markiert den Beginn der globalen Wirtschaftskrise. Einbruch der Wirtschaft auch in Europa, gefolgt von der Euro-Krise und der Einrichtung des Euro-Rettungsschirms. Die Stimmungslage befindet sich auf einem Tiefstpunkt, sowohl in den Krisenstaaten, die sich von den europäischen Vorschriften und Auflagen der Troika gegeißelt fühlen, als auch bei den Geberländern, die um die Rückzahlung ihrer Darlehen fürchten.

April 2010: Griechenland droht der Staatsbankrott, das Land erbittet EU-Hilfe. Dies markiert den Beginn der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum, die neben Griechenland auch Spanien, Portugal, Irland und Zypern massiv betrifft. Das Ende der Budget-Schönfärberei zeigt, wie kritisch die Situation insgesamt ist. Kaum ein Euro-Mitglied ist in der Lage, die Maastricht-Kriterien tatsächlich zu erfüllen.
Von diesem Zeitpunkt an scheint sich alles um die Bewältigung der Krise zu drehen.

1. Juli 2013: EU-Beitritt Kroatiens.

Februar 2014: „Masseneinwanderungs-Referendum“ in der Schweiz erhält knapp über 50 Prozent Zustimmung. Dadurch müssen nicht nur die Beziehungen der Schweiz zur EU neu geregelt werden, das Referendum macht auch deutlich, dass seit der großen Erweiterungsrunde im Jahr 2004 in vielen alten Mitgliedstaaten und auch der wirtschaftlich erfolgreichen Schweiz Angst vor ungebremstem Zuzug aus den jüngeren Mitgliedstaaten besteht.

Ausblick: Die EU-Mitgliedschaft Österreichs begann fulminant, von Zustimmungsraten wie beim Referendum im Jahr 1993 kann man mittlerweile aber nur noch träumen. Warum das so ist, ist bekannt: Das Referendum wurde als Kampagne aufbereitet, weitergehende Informationen und ehrliche Berichterstattung über Entscheidungsfindungsprozesse auf europäischer Ebene blieben danach aus. Der Bürger fühlte sich zunehmend veräppelt, Regierungsvertreter, die zuhause selbst „auf die EU“ schimpften, sorgten für ein Übriges.

Mittlerweile ist die EU in der breiten Bevölkerung nur noch notgelitten. Dies liegt vor allem daran, dass Vorteile kommentarlos hingenommen, Kritikpunkte und Probleme aber medial breitgetreten werden. Es bedürfte – nicht nur in Österreich – einer unaufgeregten, seriösen Berichterstattung über die Europäische Union und die Gleichsetzung von EU- mit Innenpolitik. „Die dort in Brüssel“ gibt es nämlich nicht, Europa sind wir alle.

8

Milliarden Schilling sind geschätzt noch im Umlauf

Der Schilling ist stärker im Umlauf, als man gemeinhin glaubt. In Privathaushalten sollen nach Recherchen des „profil“ noch acht Milliarden Schilling in versteckten Portemonnaies liegen. Die OeNB geht davon aus, dass ein Drittel davon im Ausland, ein Drittel nicht mehr auffindbar ist und ein weiteres Drittel noch gewechselt werden könnte.

DANIELA FRAISS IST LEITERIN DES GEMEINDEBUND-BÜROS IN BRÜSSEL
oegemeindebund@skynet.be

FOTO: Hopi Media/OeNB/Wikipedia/KOMMUNAL-Archiv

20 JAHRE GEMEINDEBUND IM ADR

DER **EUROPÄISCHE GEDANKE** STEHT IM VORDERGRUND

Das Jahr 1995 hatte auch massive Auswirkungen auf den Gemeindbund. Seit dem Beitritt vertraten immer mindestens zwei Gemeindevertreter die österreichischen Kommunen im AdR, dem Ausschuss der Regionen. Eine Hommage.

TEXT/ Hans Braun

Seit dem Oktober 1996 ist der Gemeindebund mit einem eigenen Büro in Brüssel vertreten. In „Europa" selbst ist man allerdings schon viel früher angekommen. Es waren Männer wie der legendäre Innsbrucker Bürgermeister **Alois Lugger** oder Gemeindebund-„General" **Alfred Hammer**, die die ersten Fußstapfen auf europäischer Ebene hinterließen – und das schon in den 50er-Jahren.

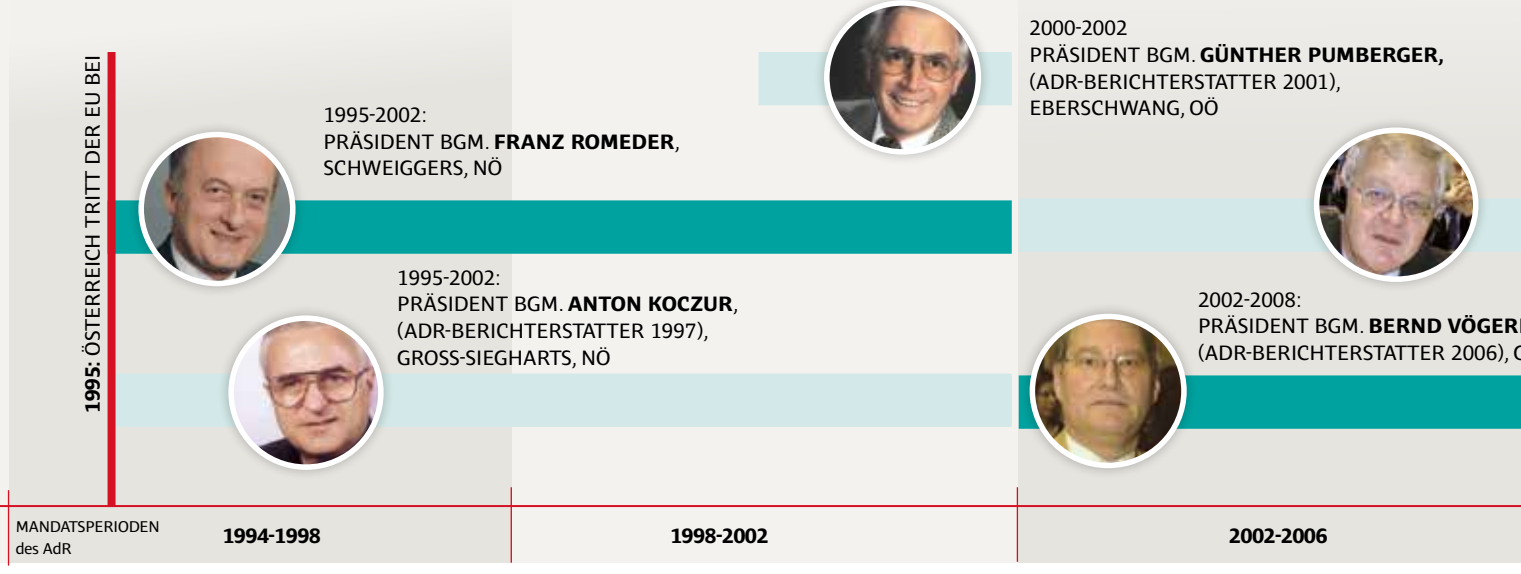
Zu Recht ist in der „Chronik eines Erfolgs" * vermerkt, dass man mit Stolz auf die Charta der kommunalen Selbstverwaltung des RGRE blicke. Diese wohl wichtigste Charta trage in außerordentlichem Maße die Handschrift von **Otto Maier**, in den späten 70er-/frühen 80er-Jahren Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes. Mitglied im RGRE, dem „Rat der Gemeinden und Regionen Europas", ist der Gemeindebund seit den frühen 90er-Jahren, ebenso wie in der IULA, der „International Union of Local Authorities". Der 1994 gegründete AdR, der „Ausschuss der Regionen" wiederum ist die Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der EU, die den sogenannten „subnationalen" Gebietskörperschaften (d. h. Regionen, Bezirken, Provinzen, Städten und Gemeinden)

* „Chronik eines Erfolgs", Hrsg. Österreichischer Gemeindebund, 1997

353

Mitglieder hat der AdR aktuell, wobei jedes Land in etwa proportional zu seiner Einwohnerzahl vertreten ist.

VERTRETER DES GEMEINDEBUNDES IM AUSSCHUSS DER REGIONEN SEIT 1995



> „DER 1990 GEGRÜNDETE **AUSSCHUSS DER REGIONEN** IST DIE VERSAMMLUNG DER REGIONAL- UND KOMMUNALVERTRETER DER EU.“

unmittelbar Gehör verschaffen soll. Einer der Hauptgründe: Etwa drei Viertel der EU-Rechtsvorschriften werden auf lokaler oder regionaler Ebene umgesetzt, sodass es „durchaus sinnvoll ist“, wenn Vertreter der lokalen und regionalen Ebene bei der Entwicklung neuer EU-Gesetze ein Mitspracherecht haben. Zum zweitens sollte die Einbeziehung der gewählten Vertreter derjenigen Regierungs- und Verwaltungsebene, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten ist, eine befürchtete Kluft zwischen „Öffentlichkeit und Europäischer Union“ überwinden – eine Hoffnung, die leider nicht ganz aufgegangen ist.

Acht Männer, eine Frau: Den Anfang auf der europäischen Bühne des Gemeindebundes machten mit **Franz Romeder** und **Anton Koczur** zwei Niederösterreicher, die den Gemeindebund auch in Österreich „in eine neue Zeit“ führten. Im Jahr 2000 kam mit dem Oberösterreicher **Günther Pumberger** ein dritter Kommunalmandatar dazu, der in seinem Bundesland die Weichen stellt. Noch heute hat Oberösterreich eine der stärksten und aktivsten „europäischen Sektionen“ im gesamten Gemeindebund.
Von 2002 bis 2008 war dann wieder eine Ära großer Männer: Mit **Bernd Vögerle** und **Walter Zimper** nahmen zwei Persönlichkeiten die Gemeindebund-Plätze im AdR ein, deren Wirken dem Gemeindebund weit über die Grenzen Österreichs hinaus Ansehen verschaffte.
Auf den ersten Blick wirkt es nicht unbedingt wie ein Ruhmesblatt, dass mit **Marianne Fügl** erst 2008 die erste Frau für den Gemeindebund in den AdR eingezogen ist. Aber in temporibus illis – zumindest bis 2008 – hatte sich keine Frau gefunden, die so einen Job übernommen hätte. 2008 betrat auch der Vorarlberger **Erwin Mohr** das Brüsseler Parkett. Er wurde mit immensem Einsatz zu einer der am meisten respektierten Persönlichkeiten im AdR.

Derzeit aktive Mitglieder des AdR sind seit 2010 der Niederösterreicher **Hannes Weninger** und seit 2014 der Tiroler **Hanspeter Wagner**.

12

Mitglieder stellt Österreich, wobei jedes Bundesland einen fixen Vertreter hat und sich der Österreichische Gemeindebund mit dem Städtebund die restlichen drei Sitze „teilt“.

5

Jahre beträgt die Amtszeit, wobei eine Wiederbestellung möglich ist. Theoretisch können die Delegierten politisch völlig frei agieren, da sie an keinerlei Weisungen gebunden sind.

Mehr über den AdR und die Vertretung des Gemeindebundes in Brüssel unter

www.cor.europa.eu
www.gemeindebund.at
oegemeindebund@skynet.be

FOTO: Archiv

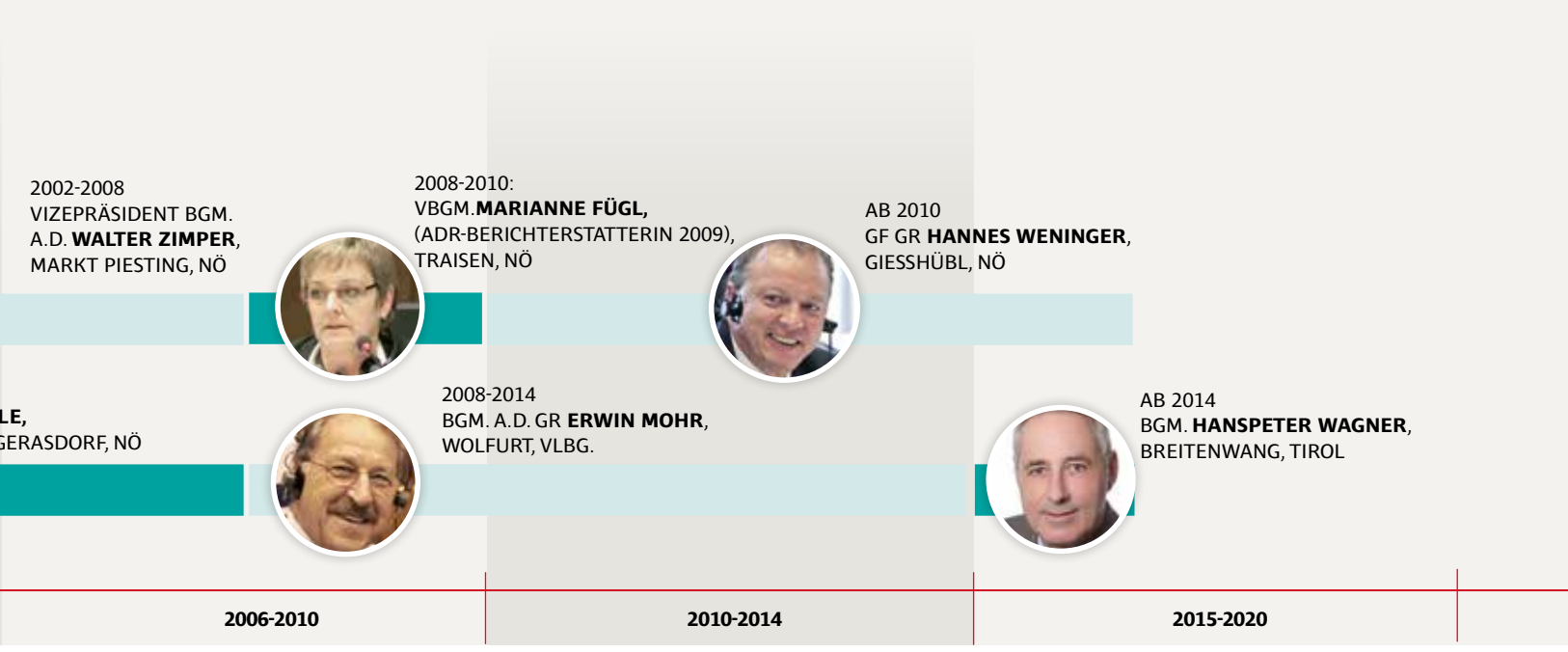


Foto: BMLFUW/ Alexander Haiden

ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG

UNSER WASSER: MITREDEN GEFRAGT

Die Öffentlichkeit ist aufgerufen, sich zu beteiligen!

Wasser hat zwei Seiten! Zum einen ist es unentbehrliche Lebensgrundlage für Mensch und Natur, zum anderen kann es als Hochwasser vom Segen zum zerstörerischen Fluch werden. Deshalb werden in Österreich Nutzen und Gefahrenpotenzial der Ressource „Wasser“ erfasst und es werden laufend Verbesserungen angestrebt.

Wie kann der weitere gemeinsame Weg für unsere Gewässer aussehen?

Die Entwürfe zu zwei aktuellen Plänen (2. Nationaler Gewässerbewirtschaftungsplan, 1. Nationaler Hochwasserrisikomanagementplan) legen fest, wie und wann das Ziel des „guten Zustands“ der Gewässer erreicht und durch welche Maßnahmen das Ziel der Reduktion von Hochwasserrisiken umgesetzt werden sollen.

Bis 21. Juli 2015 liegen beide Pläne im Rahmen einer Öffentlichkeitsbeteiligung zur Stellungnahme auf.

Fest steht, dass der Zustand unserer Gewässer in den nächsten Jahren weiter verbessert und nachhaltig gesichert werden muss. Gleichzeitig soll das Hochwasserrisiko reduziert sowie das Restrisiko bewusster wahrgenommen werden.

Gewässerbewirtschaftungspläne setzen verschiedene Ziele um: Unsere Gewässer müssen ökologisch funktionsfähige Lebensräume für Tiere und Pflanzen sein und gleichzeitig unterschiedliche Nutzungsansprüche der Menschen erfüllen. Es gilt auch zu berücksichtigen, dass Wasser eine unverzichtbare Ressource für die Landwirtschaft, für Freizeit, Tourismus und Energiewirtschaft ist. Dabei legt der Gewässerbewirtschaftungsplan fest, wie und wann das Ziel des „guten Zustands“ der Gewässer erreicht werden soll. Der erste Bewirtschaftungsplan wurde bereits 2010 veröffentlicht und in der Zwischenzeit wurden viele wertvolle Verbesserungsmaßnahmen an unseren Gewässern umgesetzt: Fischaufstiegshilfen wurden errichtet, Flüsse und Bäche naturnaher gestaltet, der Ausbau von Kanal und Kläranlagen weiter vorangetrieben und auch diffuse Einträge reduziert.

> „DER ZUSTAND UNSERER GEWÄSSER MUSS IN DEN NÄCHSTEN JAHREN WEITER **VERBESSERT UND NACHHALTIG GESICHERT** WERDEN.“

Parallel dazu ist gefordert, dass bis Sommer 2015 umfassende Maßnahmenprogramme zur Reduktion der Hochwasserrisiken vorgelegt werden. Der Hochwasserrisikomanagementplan legt fest, durch welche Maßnahmen das Ziel der Reduktion von Hochwasserrisiken erreicht werden soll. Gemeinsam mit Fachleuten aus zahlreichen Bereichen wie zum Beispiel der Raumordnung, der Bauordnung und des Katastrophenschutzes und aufbauend auf vielen wertvollen Vorarbeiten der letzten Jahre

Neben der Verbesserung und Sicherung des Zustands unserer Gewässer sollen das Hochwasserrisiko reduziert sowie das Restrisiko bewusster wahrgenommen werden.

konnte das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft gemeinsam mit den Bundesländern Gebiete mit potentiellem signifikantem Hochwasserrisiko ausweisen und einheitliche Gefahren- und Risikokarten ausarbeiten.

ENTWÜRFE UND INFORMATIONEN

Die Entwürfe und weitere Information zur Öffentlichkeitsbeteiligung finden Sie unter **www.wisa.bmlfuw.gv.at**.

Eine Informationsbroschüre ermöglicht der interessierten Öffentlichkeit einen raschen Einstieg in die Thematik. Viele nützliche Informationen finden Sie auf **www.wasseraktiv.at**.

FÖRDEROFFENSIVE

Klimafreundliche Jugendmobilität

Unabhängige Mobilität nimmt in der Lebenswelt von jungen Menschen einen hohen Stellenwert ein. Sie ist Bestandteil der Grundversorgung. Gerade in ländlichen Regionen ist sie jedoch oft nur eingeschränkt möglich – die Jugendlichen sind auf Hol- und Bringdienste durch Eltern- und FreundInnentaxis oder auf eigene Mopeds/Autos angewiesen. Damit steigen das Verkehrsaufkommen und die Umweltbelastung in der Gemeinde und Region. Fehlende oder unzureichende Mobilitätsangebote für Jugendliche in und zwischen den Gemeinden führen zur mangelnden Attraktivität des Lebensraumes und in weiterer Folge zur Abwanderung von jungen Menschen. Damit die Erwachsenen von morgen auch nach dem Führerscheinalter Vorbilder in klimafreundlichem Mobilitätsverhalten bleiben und um dem Trend zu steigender Motorisierung entgegenzuwirken, hat das BMLFUW das klima**aktiv** mobil Beratungs- und Förderprogramm „Mobilitätsmanagement für Tourismus, Freizeit und Jugend“ ins Leben gerufen.

Damit es auch eine finanzielle Förderung für Gemeinden, Jugendinitiativen, Vereine und Unternehmen gibt, wird ab Februar 2015 die Förderoffensive „Klima-freundliche Jugendmobilität“ angeboten. Gefördert werden klimafreundliche Jugendmobilitätsprojekte wie beispielsweise Shuttledienste zu Jugendevents, Jugendtaxis, Radinfrastruktur, Radverleihsysteme, E-Bikes und Elektromobilitätsprojekte und vieles mehr.

Je nach CO_2-Einsparung können bis zu 50 Prozent der Kosten über das Förderprogramm geltend gemacht werden. Die BeraterInnen des klima**aktiv** mobil Programms „Mobilitätsmanagement für Tourismus, Freizeit und Jugend, Programmbereich Jugend“ helfen kostenlos bei der Einreichung eines Projektes durch Aufbereitung der Einreichdokumente und Berechnung des CO_2-Effektes. Um Jugendliche bei der Umsetzung von neuen Jugendmobilitätsprojekten zu unterstützen oder sicherzustellen, dass ihre Bedürfnisse bei der Planung von umweltfreundlichen Verkehrsangeboten berücksichtigt werden, absolvierten JugendleiterInnen und JugendarbeiterInnen aus ganz Österreich den Lehrgang zum Jugendmobil-Coach. Sie erhielten dabei eine kompetente Weiterbildung zu den Themen „Klimaschutz, Umwelt und Verkehr“.

Der Lehrgang wurde vom BMLFUW im Rahmen von klimaaktiv mobil gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie und Jugend (BMFJ) angeboten und von der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik durchgeführt. Die Jugendmobil-Coaches vermitteln ihr Wissen an andere JugendleiterInnen und Jugendliche und führen gemeinsam mit ihnen Projekte für klimafreundliche Mobilität durch.

Foto: shutterstock/Ljupco Smokovski

WEB-TIPP & KONTAKT
klimaaktiv mobil Programm „Mobilitätsmanagement für Tourismus, Freizeit und Jugend“
Dipl.-Päd.in Cosima Pilz
jugend.mobil@ubz-stmk.at

Mehr Infos unter
www.umweltfoerderung.at/verkehr

Weiterführende Informationen:
www.jugend.klimaaktiv.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMLFUW

GESTALTEN & ARBEITEN

WLAN
Wie sicher sind die Netze?
Seite 41

E-GOVERNMENT
Interview mit Alfred Ruzicka
Seite 42

FOTO/Sergey Nivens, shutterstock

BREITBAND

DER AUSBAU IST **FINANZIERBAR**

Der Ausbau der flächendeckenden Breitbandversorgung Österreichs wird oft zur Kern- und Überlebensfrage des ländlichen Raums hochstilisiert. In KOMMUNAL überlegen Experten, wie Gemeinden diese Mammutaufgabe stemmen könnten.

TEXT / Thomas Hillebrand und Lukas Litschauer

Die Bedeutung von Breitband-Kommunikationsnetzwerken ist für die Zukunft unbestritten, besonders wenn die Prognosen Wahrheit werden, nach denen die Industrie der Zukunft von untereinander kommunizierenden Maschinen, Bestellsystemen und datengesteuerter Logistik bestimmt ist und wenn Streaming-Dienste von Musik- und Videoinhalten, Cloud-Anwendungen und e-government die Anforderungen an das Übertragungsnetz beständig und immer schneller nach oben treiben werden. Ein leistungsfähiges und flächendeckendes Netz wird zum Rückgrat der Wirtschaft; wer hier buchstäblich den Anschluss verliert, riskiert letztlich die Standortattraktivität. Ein neu gebautes Glasfasernetz könnte hingegen für Jahrzehnte die technische Grundlage für die Anbindung von Haushalten und Unternehmen sein. Wichtig ist eine intelligente Verteilung der Mittel, damit der benachteiligte ländliche Raum gefördert wird. Langfristig muss sich der Ausbau in Summe rechnen, Förderungen sind nicht mehr oder weniger ein Anreiz.

Während bei diesen Einschätzungen offenbar große Übereinstimmungen herrschen, bleiben bei der Frage der Finanzierbarkeit doch einige Unsicherheiten. Vor diesem Problem steht vor allem der ländliche Raum, in dem die dünnere Besiedlung zu deutlich höheren Anschlusskosten führt. Ein wirtschaftlicher Ausbau durch private Anbieter ist hier derzeit schwierig. Das Problem, auch als „digitale Kluft" bekannt, kann oft nur durch einen Eingriff der öffentlichen Hand gelöst werden. Das heißt ganz klar, dass Breitband in vielen ländlichen Regionen ohne den Einsatz öffentlicher Mittel nicht Einzug halten wird.

Dies ist jedoch nicht die Lösung der Finanzierungsfrage, denn ein flächendeckender Ausbau gemäß den Zielvorgaben der EU ist allein mit dem Versteigerungserlös der Frequenzauktion (umgangssprachlich auch „Breitbandmilliarde") nicht möglich. Um auch im ländlichen Raum ein sinnvolles Kommunikationsnetz mit Zugangsgeschwindigkeiten von 100 Mbit/s oder mehr zu realisieren, braucht es erhebliche Investitionen. Denn wie auch immer die sogenannte „letzte Meile", also der eigentliche Anschluss eines einzelnen Kunden, erfolgt (Funk vs. Faser), im Hintergrund brauchen alle Lösungen ein gut ausgebautes Glasfasernetzwerk.

Cloud-Computing, Streaming, Big Data: Sowohl für Wirtschaft als auch für Konsumenten ist ein leistungsfähiges Breitbandnetz unabdingbar.

Um den Ausbau innerhalb der ambitionierten Fristen umsetzen zu können, ist es notwendig, durch den Einsatz von öffentlichen Mitteln möglichst hohe private Investitionen in das Netz zu stimulieren. Letztlich können Förderungen den Breitbandausbau nur unterstützen, aber nicht vollständig übernehmen. Die Frage wird also sein, wie man den Einsatz öffentlicher Mittel so effizient wie möglich strukturiert.

Einerseits besteht die Möglichkeit, auch EU-Fördermittel wie beispielsweise den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung

FOTO/rawpixel, shutterstock

„TECHNIK ODER **UNTERGANG.**“

John R. Pierce, US-amerikanischer Ingenieur. Seine Arbeitsgebiete umfassten Hochfrequenztechnik, Telekommunikation, Akustik und Psychoakustik.

(EFRE) einzusetzen. Gleichzeitig sind daran auch zahlreiche Vorgaben geknüpft. Dabei sind wie bei jeglichem Einsatz von Förderungen innerhalb der EU auch beim Breitbandausbau beihilfen- und vergaberechtliche Aspekte zu bedenken. Hier gilt es vor allem zu beachten, wie Förderungen einen möglichst geringen Eingriff in den Markt darstellen. Es ist auch völlig irrelevant, wie der Eingriff der öffentlichen Hand erfolgt. Die finanzielle Unterstützung eines durch Ausschreibung ermittelten privaten Anbieters von Breitbandinfrastruktur ist davon genauso betroffen wie der direkte Ausbau durch eine öffentliche Körperschaft. Ziel dieser Vorgaben ist langfristig die Entwicklung eines freien Wettbewerbs, auch wenn zu Beginn die öffentliche Hand Initiative ergreifen muss. Darüber hinaus gibt es weitere, explizit auf den Breitbandausbau bezogene Vorgaben, wie beispielsweise die Richtlinie zur Kostensenkung beim Ausbau, die grundsätzlich eine gemeinsame Nutzung von bestehender Infrastruktur vorschreibt.

Sollen private Partner einen Teil der notwendigen Investitionen übernehmen, kommt eine weitere Voraussetzung bezüglich der Strukturierung hinzu. Private Anbieter können derartige Summen nur dann aufbringen, wenn kommerzielle Banken zu angemessenen Konditionen Mittel zur Verfügung stellen. Zu diesem Zeitpunkt lässt sich aus Informationen aus dem Bankenbereich schon jetzt festhalten, dass diese grundsätzlich Interesse an einer Finanzierung in diesem Sektor haben.

Die Finanzierbarkeit durch kommerzielle Banken setzt einige wesentliche Eckpunkte. Zum einen sollte es sich um eine erprobte Technologie handeln. Diese Voraussetzung wird bei Telekommunikationsnetzen keine Hürde darstellen. Weiters muss ein entsprechender Markt bestehen, um die Bedienung des Kapitals zu sichern. Das Dilemma bei solchen Überlegungen liegt nur darin, dass der Markt auf Nachfrageseite naturgemäß noch nicht entwickelt ist. Man kann nicht ohne Kunden ausbauen.

FOTO/bikeridalondon, shutterstock

Die Bedienung des eingesetzten Kapitals ist differenzierter zu betrachten. Zum einen kann das Breitbandnetz als langfristige Infrastruktur gesehen werden. Ähnlich einer Straße oder der Wasserversorgung liegt die Nutzungsdauer der eigentlichen Glasfaserleitung bei mehreren Jahrzehnten. Im Gegensatz dazu haben andere Netzkomponenten eine Lebensdauer von nur wenigen Jahren. Eine optimale Finanzierungsstruktur sollte daher die einzelnen Komponenten durch angemessene Laufzeiten und Renditen entsprechend finanzieren.

Die besondere Problematik bei der Finanzierung des Breitbandausbaus liegt jedoch in dem stetigen Investitionsbedarf. Im Gegensatz zu üblichen Infrastrukturprojekten, die zuerst über wenige Jahre gebaut werden, um dann in eine langfristige Betriebsphase überzugehen, wächst ein Kommunikationsnetz kontinuierlich. Daraus folgt, dass auch die Umsätze aus Nutzungsentgelten kontinuierlich steigen. Damit steht in den ersten Jahren des Netzausbaus nur ein geringer Anteil an zahlenden Kunden zur Verfügung, was die Innenfinanzierung aus den Geschäftsmodellen und somit die Rückzahlung weiter erschwert.

Um diesem Problem entgegenzuwirken ist der Ausbau so zu planen, dass möglichst viele Nutzer in einer zuvor definierten Region in möglichst kurzer Zeit an das Netz angeschlossen werden können. Aufgrund der früher einsetzenden Innenfinanzierung können die Anschlusskosten pro Nutzer zu Beginn niedrig gehalten werden.

Die Finanzierbarkeit des Breitbandausbaus hängt damit sowohl von der Aufgabenverteilung der öffentlichen und privaten Partner, als auch von der Detailplanung des Netzausbaus und der Größe ab. Auch der Blick auf international erfolgreiche Ausbauprojekte lässt nur die Schlussfolgerung zu, dass es ein allgemein gültiges Rezept nicht gibt. Von der rein privaten Lösung bis zum Ausbau durch eine öffentliche Körperschaft sind zahlreiche Varianten denkbar und auch bereits umgesetzt.

> „Glasfasernetze sind die **Grundlage für Jahrzehnte** wirtschaftlicher Entwicklung des ländlichen Raumes.“

Ableiten lässt sich jedoch, dass erfolgreiche Programme sämtliche Beteiligte in die Lösung mit einbeziehen. So gibt es beispielsweise oft eine zentrale Anlaufstelle für Breitbandprojekte, die landesweite Richtlinien verfasst, die bereits im Einklang mit EU-Zielen und -vorgaben stehen. Im Idealfall sind Förderprogramme bereits auf EU-Ebene notifiziert und müssen nicht immer wieder auf Herz und Nieren geprüft werden.

Private Anbieter werden je nach Modell für die entsprechenden Leistungsbestandteile durch Ausschreibung involviert. Letztlich geht jedoch die Initiative größtenteils von den Gemeinden aus. Die wesentliche Voraussetzung für den erfolgreichen Breitbandausbau ist die Nachfrage nach höheren Bandbreiten. Werden vor allem Gewerbenutzer bereits im Vorfeld für den Anschluss an ein Breitbandnetz gewonnen, erhöht das nicht nur die Innenfinanzierung von Beginn an, sondern vor allem die Planungssicherheit. Gibt es zusätzlich bereits eine Trägerorganisation, wie beispielsweise div. Verbände, sorgt diese Struktur auch bei der Planung des Breitbandausbaus für einen effizienten Ablauf und rasche Entscheidungsfindung sowie geregelte Zuständigkeiten.

In diesem Sinne ist der Breitbandausbau auch im ländlichen Raum finanzierbar. Wie genau eine Lösung aussehen kann, wird auf Projektebene gemeinsam zu erarbeiten sein.

MAG. THOMAS HILLEBRAND ist Senior Manager Corporate Finance,
LUKAS LITSCHAUER, MSc, Senior Consultant Corporate Finance,
beide bei PWC ÖSTERREICH
thomas.hillebrand@at.pwc.com, lukas.litschauer@at.pwc.com

FOTO/Glebstock, shutterstock

WLAN

DER GLÄSERNE BENUTZER

Lassen Sie gerne andere auf Ihrem Bildschirm mitlesen? Falls nein, dann sollten Sie die Verwendung von WLAN-Netzen überdenken!

WLAN-Netzwerke haben sich über die letzten Jahre in jedem Bereich unseres Lebens breit gemacht. Zuhause hängt man im Netz, unterwegs findet man eine Verbindung in der Hotellobby oder im Café, am Flughafen sowie in vielen weiteren öffentlichen Bereichen. Diese Verbindung ist in den meisten Fällen unverschlüsselt, Passwörter werden nicht benötigt. Auch wenn Sie nach der Verbindung ein Passwort auf einer Login-Seite eingeben müssen, bedeutet das nicht zwangsläufig, dass Ihre Daten sicher übermittelt werden! Die Übertragung vom Endgerät zum Hotspot ist grundsätzlich unverschlüsselt. Hier kann ein Hacker einfach mitlesen. Wenn die Verbindung verschlüsselt ist, wird das schon schwieriger, kann mit entsprechendem Aufwand aber auch geknackt werden. Wenn das Passwort allgemein bekannt ist, bringt das kaum Sicherheit. Das Angriffspotential liegt zwischen dem Hotspot und Ihrem Gerät. Mit Verständnis der Netzwerk-Protokolle, einem Rechner und einem WLAN-Stick gehören Ihre Daten mir. Ich bin der Mann in der Mitte.

Der Angriff ist genial in seiner Einfachheit: Ich öffne einen eigenen WLAN-Hotspot mit dem Namen des öffentlichen Netzes und sende an die Basisstation eine Abmeldung in Ihrem Namen. (Dies wird von WLANs unterstützt!). Ihr Gerät verbindet sich erneut, und zwar mit einem gleichnamigen Netzwerk mit der höchsten Sendeleistung – meinem Netzwerk. Wie kann man mit einem kleinen Stick stärker senden als der professionelle Hotspot? Die Hotspots halten sich an die Regeln und senden mit der in diesem Land maximal zugelassenen Sendeleistung. Wenn ich schon hacke, kann ich auch die erlaubte Sendeleistung ignorieren und stärker senden.

Sie hängen also in meinem Netz, was nun? Ich kann beispielsweise Ihre Aufrufe von Online-Banking-Seiten auf meinen lokalen Server umleiten. Es sieht alles normal aus und Sie geben Ihre Login-Daten ein. Diese werden in einer Datenbank mitgeschrieben und ich verfüge über Ihren Login und das Passwort sowie die PIN. Die normale Verschlüsselung der Übertragung bei HTTPS habe ich umgangen, da ich sie umgeleitet habe.

Wie kann man sich nun schützen? Es gibt professionelle VPN-Anbieter, welche es Ihnen ermöglichen, Ihre Daten immer getunnelt, also verschlüsselt zu übertragen. Das klingt alles sehr kompliziert, ist jedoch ganz einfach. Oftmals ist es nur eine App für Ihr Gerät, das alle Einstellungen beinhaltet. Alternativ sollten Sie Ihr Surfverhalten anpassen. Sensible Daten sollten Sie nur über verschlüsselte WLANs übertragen, denen Sie vertrauen.

DENNIS STRASSER IST EXPERTE FÜR INFORMATIONSSICHERHEIT BEI PWC ÖSTERREICH
dennis.strasser@at.pwc.com

E-GOVERNMENT

DIE GEMEINDEN HABEN EINE **SCHLÜSSELROLLE**

Ein vernünftiger Breitbandanschluss alleine ist zwar wesentlich, aber noch nicht alles. Mit entscheidend sind die E-Government-Angebote, die die Gemeinde zu bieten hat. Eine Standortbestimmung.

Im vergangenen Sommer einigten sich die damaligen Minister für Finanzen und Verkehr, Michael Spindelegger und Doris Bures mit den Vertretern von Ländern und Gemeinden auf die „Breitbandmilliarde". Damals hieß es, die Milliarde sei noch ein „fiktiver Betrag". Alfred Ruzicka von der Stabstelle Informations- und Kommunikationsinfrastruktur im Verkehrsministerium berichtet im Interview mit KOMMUNAL, dass mittlerweile feststeht, dass das Geld wirklich zur Verfügung steht. Über die Auszahlungsmodalitäten wird aber noch verhandelt.

Welche Rolle haben die Gemeinden beim Ausbau leistungsfähiger Internet-Anbindungen?
ALFRED RUZICKA: Die Gemeinde hat eine Schlüsselrolle. Wenn eine Gemeinde auf den Zug aufspringt und viele Leistungen anbietet, dann werden die Menschen dort nicht wegziehen. Das betrifft gar nicht einmal in erster Linie E-Government, sondern generell IKT-Leistungen. Denn wenn eine Firma heute kein funktionsfähiges Internet zur Verfügung hat, wird sie nicht arbeiten können.

Wie ist der Stand des Breitband-Ausbaus?
Mittlerweile sind alle Gemeindeämter Österreichs an das Breitband angeschlossen und nutzen E-Government. Allerdings ist nicht in jeder Gemeinde die Qualität der Breitbandanbindung gleich gut. In Wien laufen beispielsweise die Verbindungen der Schulen alle über Glasfaserleitungen. Andere Bundesländer sind da noch nicht so weit. Aber da haben wir im BMVIT keine Daten. Der Breitbandatlas zeigt nicht die Qualität einzelner Leitungen.

Welche Defizite gibt es bei den Gemeinden?
Man muss davon ausgehen, dass es noch nicht überall die bestmögliche Breitband-Versorgung gibt. Im Groben kann man sagen, dass die Versorgung mit zunehmender Entfernung zu den großen Städten eher schlechter ist.

Wie läuft die Verteilung der Breitbandmilliarde?
Hier ist auf den Masterplan zu verweisen. Im Dezember ist die Entscheidung gefallen, dass das Geld tatsächlich zur Verfügung stehen wird. Wir arbeiten sehr intensiv daran, aber die Abstimmungsprozesse sind sehr komplex.

Wann wird die vollständige Abdeckung mit Breitband-Internet erreicht sein?
Bis 2020 soll es eine Abdeckung mit 100 Megabit pro Sekunde geben. Diese politische Zielsetzung ist nach wie vor aufrecht.

LINKS ZUM THEMA

www.breitbandatlas.info

Der Breitbandatlas ist das zentrale Informationsmedium der Bundesregierung über die aktuelle Breitbandversorgungssituation in Österreich und dient vorrangig als Erstinformation zur Breitbandversorgung von Privathaushalten. Eine Auflistung weiterer Netzbetreiber für Businesskunden und jener, die Wholesale-Produkte anbieten, kann auf der Webseite der RTR GmbH abgerufen werden. Kernelement ist die Breitbandsuche, mit der die Breibandverfügbarkeit sowie die Breitbandanbieter in einer Gemeinde abgerufen werden können.

FOTO: jurgenfr, shutterstock

Das Breitband-Defizit in Österreich: Im Groben kann man sagen, dass die Versorgung mit zunehmender Entfernung zu den großen Städten eher schlechter ist.

Wenn eine **Gemeinde auf den Zug aufspringt** und viele Leistungen anbietet, dann werden die Menschen dort nicht wegziehen. Das betrifft gar nicht einmal in erster Linie E-Government, sondern generell IKT-Leistungen."

Alfred Ruzicka

ZUR PERSON

ALFRED RUZICKA ist Leiter der Abteilung Postregulierung, Informationsgesellschaft und Gemeinwirtschaftliche Leistungen, Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie und Leiter der Geschäftsstelle der IKT-Task Force.

Welche Hilfestellungen gibt es vom Bund für die Gemeinden?

Wir haben das Breitbandbüro eingerichtet, das die Gemeinden unterstützen soll. Weiters gibt es den „Planungsleitfaden Breitband" und eine Einstiegsbroschüre, in der Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern erklärt wird, was sie tun können, um den Ausbau zu beschleunigen. Etwa, dass man ohnehin bereits laufende Bauvorhaben nutzt. Die Broschüren sind leicht verständlich, und es werden alle technischen Begriffe erläutert. Es gibt auch einen Fahrplan, aus dem ersichtlich ist, zu welchen Zeitpunkten man mit welchen Stellen und Betreibern reden muss.

Seit Kurzem gibt es auch ein Tool, mit dem wir planenden Gemeinden sehr detailliert sagen können, welche Kosten auf sie zukommen.

Es hat immer geheißen, dass Österreich E-Government-Europameister ist. Kann man das noch immer sagen?

Es gibt diesen Vergleichsmaßstab nicht mehr, weil die EU-Kommission davon abgegangen ist, Nachzügler an den Pranger zu stellen. Daher können wir auch nicht seriös behaupten, dass wir Europameister sind. Wir sind aber sicher noch in der Spitzengruppe.

FAN SEPARATOR
A BAUER Group company

Schlamm-press-Separator

- hoher TS-Gehalt
- niedrigste Betriebskosten
- geringer Wartungsaufwand
- geringer Verschleiß
- optimale Lösung für Ihre Klärschlammentwässerung

FAN SEPARATOR GmbH
Berneckerstraße 5
95509 Marktschorgast
Tel: +49 (0)9227 938-400
E-Mail: office@fan-separator.de
www.fan-separator.de

MEINUNGSUMFRAGE DES FORUMS MINERALISCHE ROHSTOFFE

RECYCLING VON BAUSTOFFEN – JA, ABER!

Das Institut für empirische Sozialforschung GmbH (IFES) hat im Auftrag des Forums mineralische Rohstoffe eine Umfrage durchgeführt, um die Meinungen der Österreicherinnen und Österreicher zu den Themen Baurohstoffen und Recycling von Baustoffen zu erfragen. Die wichtigsten Aussagen im Überblick.

FOTO/Hengl Gruppe

Recycling ja, aber nur wenn die Qualität stimmt – dieser Meinung ist die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher.

Umweltschutz ist den Österreicherinnen und Österreichern ja grundsätzlich ein wichtiges Anliegen. Drei Viertel achten beim täglichen Einkaufen auf die regionale Herkunft von Produkten. Damit ist die regionale Herkunft sogar noch wichtiger als Preis, Bio-Qualität oder Schadstoffbelastung. Regionale Herkunft kann für den einen Umweltschutz aufgrund kurzer Transportwege bedeuten, für den anderen Arbeitsplätze in der Region und für den dritten die Qualität des Produktes garantieren.

Auch wenn bei Baurohstoffen und Baustoffen der Gedanke der Regionalität noch nicht so stark ausgeprägt ist, so gibt doch eine große Mehrheit (59 Prozent) an, dass die regionale Herkunft eine Eigenschaft ist, auf die man sehr achtet oder achten würde. Jetzt ist es vermutlich so, dass sich viele noch niemals Gedanken gemacht haben, wo Baurohstoffe, die im Straßenbau verwendet werden oder die sie in Haus und Garten brauchen, eigentlich herkommen. Insgesamt sind fast neun von zehn Personen der Meinung, dass es „sehr wichtig" oder „eher wichtig" ist, dass Rohstoffe wie Sand, Kies und Schotter keine langen Transportstrecken haben.

Recycling hat grundsätzlich einen sehr hohen Stellenwert bei den Österreicherinnen und Österreichern. So geben mehr als neun von zehn Befragten an, dass es eine „sehr gute" oder „gute" Idee ist, auch Baustoffe wie Sand, Kies und Schotter wiederzuverwenden. Dabei gibt es allerdings eine große Einschränkung: Recyclingprodukte wollen die Österreicherinnen und Österreicher nur dann, wenn sie in Qualität, Preis und Schadstoffbelastung keinen Nachteil aufweisen. Sonst wird der Primärrohstoff vorgezogen. Was dabei besonders auffällt ist, dass es bei Baurohstoffen, die im öffentlichen Raum verwendet werden, als geradezu unverzichtbar gilt, dass es keine höheren Schadstoffbelastungen gibt. Die Menschen wollen sich ganz offensichtlich darauf verlassen können, dass sie sich und ihre Angehörigen keiner Belastung aussetzen, von der man womöglich nichts weiß.

Es zeigt sich also, dass die Österreicherinnen und Österreicher ihrer Grundhaltung treu bleiben, egal, ob es sich um den täglichen Einkauf im Supermarkt handelt, um die Baumaterialien im eigenen Haus oder Garten oder aber um den Straßenbau. Regionale Herkunft und kurze Transportwege sind ein wichtiges Kriterium. Recycling ja, aber nur, solange Transportwege, Qualität, Schadstoffbelastung und Preis mit Primärrohstoffen mithalten können.

MEHR INFOS
Forum mineralische Rohstoffe
Mag. iur. Robert Wasserbacher
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
Tel.: 05 90 900 3534
info@ForumRohstoffe.at
www.ForumRohstoffe.at

Daten zur Untersuchung:
Befragt wurden von IFES, im Rahmen von österreichweiten Telefoninterviews, 1200 Personen zu folgenden Themen: Mülltrennung; worauf beim täglichen Einkauf geachtet wird; worauf beim Einkauf von Baustoffen geachtet wird; Eigenschaften, die Recyclingprodukte aufweisen müssen.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

4./5. Mai 2015
Courtyard Marriott Messe Wien

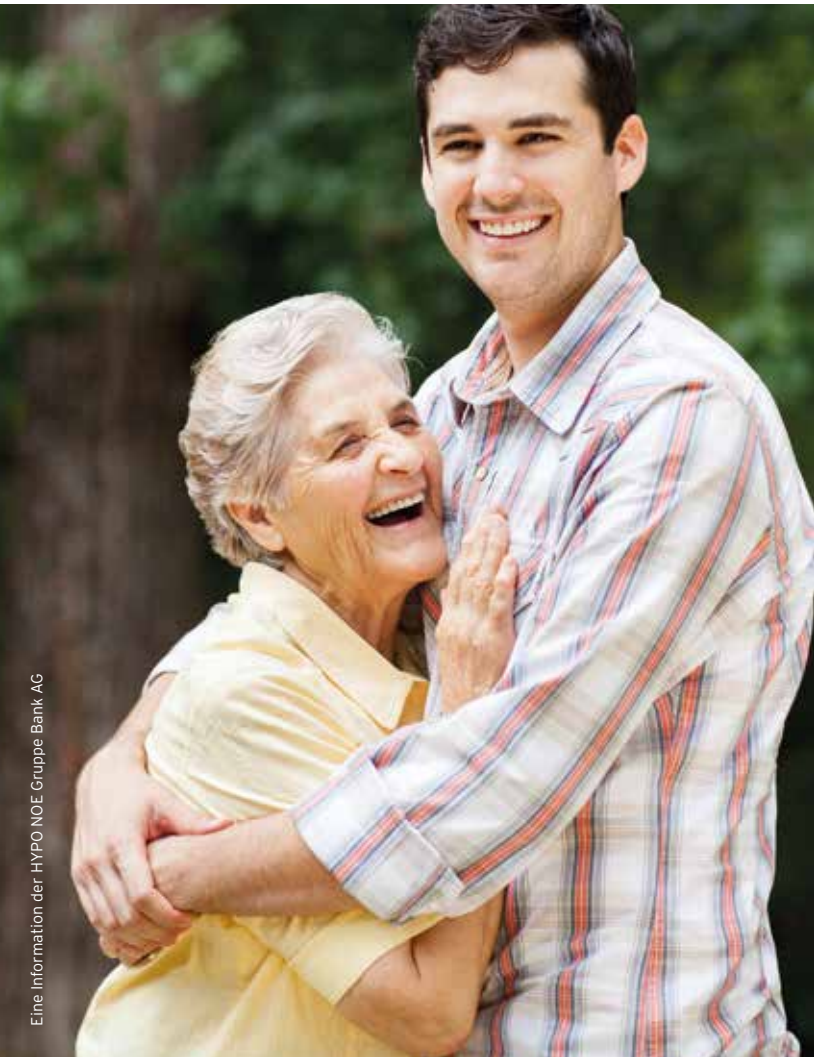
BUSINESS CIRCLE

3. Strategie-Forum zur Energiewende in Österreich

Stadtwerke und kommunale Versorgung

mit Erfahrungen aus Österreich - Deutschland - Schweiz - Finnland

Programm anfordern unter info@businesscircle.at Tel: +43/1/5225820-65, www.businesscircle.at/stadtwerke



Eine Information der HYPO NOE Gruppe Bank AG

www.hyponoe.at

WER VERSTEHT UNSERE KOMMUNALEN PROJEKTE? UND NICHT NUR BAHNHOF.
EINE BANK.

Feuerwehrhäuser. Amtshäuser. Festspielhäuser. Als Bank des Landes Niederösterreich sind wir der Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand. Weil wir wissen, was hinter Ihren Projekten steckt, sind Lösungen nach Maß für uns selbstverständlich. Unsere ganzheitliche Begleitung reicht von der Bedarfsanalyse bis zur professionellen Abwicklung und Umsetzung Ihres Projektes.
Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand informiert Sie gerne der **Leiter Public Finance, Wolfgang Viehauser, +43(0)5 90 910-1551, wolfgang.viehauser@hyponoe.at.**
Ihre HYPO NOE. Daheim, wo Sie es sind.

HYPO NOE

LÖSUNGEN DER POST FÜR IHRE GEMEINDE

BEHÖRDENBRIEFE LEICHT GEMACHT

Seit November 2011 stehen Ihnen neben dem gewohnten, nicht-maschinenfähigen Rückscheinbrief auch zwei weitere Arten an Behördenrückscheinbriefen zur Verfügung: der maschinenfähige Rückscheinbrief und der Hybrid-Rückscheinbrief. Mit der neuen Klärungsfallapplikation können Sie nun Klärungsfälle einfach und jederzeit online einleiten.

Der maschinenfähige Hybrid-Rückscheinbrief zeichnet sich durch ein geringes Entgelt sowie einheitliche Gestaltung für RSa- und RSb-Briefe aus.

Beim **maschinenfähigen Hybrid-Rückscheinbrief** sind dank Übermittlung elektronischer Avisodaten und eines eindeutigen Sendungs-Barcode digitale Statusinformationen sowie ein elektronischer Zustellnachweis möglich. Dieser Service kann bei keinem der anderen beiden Rückscheinbrief-Produkte geboten werden. Darüber hinaus zeichnet sich dieser Service durch ein geringes Entgelt sowie einheitliche Gestaltung für RSa- und RSb-Briefe aus. Allerdings müssen einige technische Voraussetzungen von Ihnen als Absender erfüllt werden. So ist zum einen die Produktionsnorm für Hybrid-Rückscheinbriefe einzuhalten, zum anderen müssen vor der Sendungsauslieferung die Avisodaten via Server bereitgestellt werden. Dies bietet auch die nötige Sicherheit im Umgang mit Ihren Daten. Noch einfacher ist der Versand mittels Versandmodul der Post. Mehr dazu unter: **www.post.at/dualezustellung**

Als optionaler Zusatzservice kann die gesetzlich vorgesehene Lagerung der Zustellnachweise für fünf Jahre sowie die Digitalisierung der Rückscheinbriefe in Anspruch genommen werden.

Der **maschinenfähige Rückscheinbrief** liegt preislich leicht über dem maschinenfähigen Hybrid-Rückscheinbrief und hat den Rückschein direkt am Kuvert aufgespendet. Das Kuvert samt Rückschein ist für die automatische und maschinelle Verarbeitung optimiert. Sämtliche Absender- und Empfängerinformationen werden direkt auf dem Rückschein bzw. dem Kuvert angedruckt.

Beim **nicht-maschinenfähigen Rückscheinbrief** sind die Tarife auf Grund des manuellen Prozesses höher. Die Verarbeitung ist aufwändig, da der Rückschein lose ist und in der Verteilung jede einzelne Sendung händisch nach Postleitzahlen kartiert werden muss. Allerdings ist keine gesonderte Vereinbarung zur Auflieferung notwendig, die gewohnte Aufgabeliste ist ausreichend.

Die Klärungsfallapplikation. Klärungsfälle zu RSa- oder RSb-Sendungen, egal für welche Art des Behördenbriefes, können einfach online mit der neuen Klärungsfallapplikation für behördliche Rückscheinbriefe eingeleitet werden. Nach erfolgreicher Registrierung und Freischaltung unter „Meine Post“ können Sie die Daten Ihrer Sendung eingeben und starten so eine Anfrage. Die auf digitalem Weg übermittelten Ergebnisse können Sie direkt in Ihren elektronischen Akt übernehmen. Die Klärungsfallapplikation ist rund um die Uhr verfügbar und ermöglicht die Einmeldung von Anfragen (z. B. zu unzureichend ausgefüllten oder ausständigen Zustellnachweisen und Rückscheinabschnitten) online, was bisher nur über die Post-Geschäftsstellen, den Postkundenservice oder die Zustellbasen möglich war. Dies spart Zeit und Weg!

Nähere Informationen finden Sie unter **www.post.at/rueckschein** sowie unter **www.post.at/klaerung**

WEITERE INFOS
Österreichische Post AG
Haidingergasse 1, 1030 Wien
Business-Hotline:
0800 212 212

www.post.at/geschaeftlich

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

KOMMENTAR

GERHARD POSCHACHER

Der verschlampte **Bodenschutz**

Mehr als 400.000 bäuerliche Betriebe bewirtschafteten am Beginn der Zweiten Republik etwa vier Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Bis 2015 ist sie auf 2,7 Millionen Hektar für nur mehr 167.500 landwirtschafliche Höfe zusammengeschrumpft. Der rasche wirtschaftliche Aufschwung, der notwendige Auf- und Ausbau von Infrastruktureinrichtungen im ländlichen Raum, zunehmender Straßenbau, Wohnbedarf sowie die steigende Bedeutung von Freizeit und Erholung erforderten einen erheblichen Flächenbedarf. Fragen der Raumordnung, Siedlungspolitik und der Schutz der Böden haben große gesellschaftliche und politische Priorität. Bürgermeister haben es oft nicht leicht, die widersprüchlichen Interessen zwischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten mit den Ansprüchen an intakte Lebensräume auszugleichen. Wenn Politiker lautstark die tägliche Versiegelung von 22 Hektar pro Tag beklagen, wird leider übersehen, dass der Bodenschutz seit Jahrzehnten verschlampt wurde.

Schon im Jahre 1973 haben Bund und Länder die Bodencharta des Europarats akzeptiert, aber keine ausreichenden gesetzlichen oder föderalen Konsequenzen gezogen. Die ÖVP-Alleinregierung mit Bundeskanzler Josef Klaus hat bereits 1968 ein Konzept für die Neuordnung der Raumordnung in Österreich vorgelegt, das in den folgenden Jahrzehnten im Kompetenzdschungel zwischen Bund und Ländern versickerte. Zu dieser Zeit betrug der Bodenverbrauch weniger als ein Hektar pro Tag. Die sich schon abzeichnende „Fruchtfolge“ Grünland/Golfplätze/Sportplätze/Schipisten feiert heute fröhliche Urständ. Im Jahre 1989 nahm der engagierte ÖVP-Agrarminister und glücklose Parteichef Josef Riegler zusammen mit der Bodenkundlichen Gesellschaft neuerlich einen Anlauf für ein Bodenschutzkonzept, heute noch aktuell, das leider in der praktischen Raumordnungs- und Regionalpolitik zu wenig Berücksichtigung fand.

Im „Internationalen Jahr der Böden“ soll das Bewusstsein über den Wert der Lebensgrundlagen geschärft werden. Für Österreich empfiehlt das Umweltbundesamt, in den Raumordnungsgesetzen der Länder Zielwerte für die maximale Flächennutzung zu verankern, Vorrangflächen für die landwirtschaftliche Produktion auszuweisen und dem Schutz der Lebens- und Siedlungsräume (Naturkatastrophen) besonderes Augenmerk zu widmen.

gerhard.poschacher@aon.at
Prof. Dr. Gerhard Poschacher war langjähriger Leiter der Agrarpolitischen Abteilung des BMLFUW

Raiffeisen
Meine Bank
Partnerschaftliche Lösungen
KOMMUNAL SERVICE
für die Zukunft der Region
Wenn's um meine Gemeinde geht,
ist nur eine Bank meine Bank.
Nur wer in der gleichen Region lebt, weiß auch, mit welchen Maßnahmen man Gemeinden gestaltet und kann dabei auf individuelle Bedürfnisse eingehen. Deshalb ist Raiffeisen der beste Partner bei sämtlichen Finanzgeschäften. www.raiffeisen.at

MATCHLAP: DIE NEUEN OUTDOOR-FUNCOURTS

DIE MODERNE FREIZEIT-CHALLENGE

Für Gemeinden und Schulstätten, die ihren sportbegeisterten Bürgern eine sinnvolle Freizeitgestaltung ermöglichen wollen, gibt es nun eine neue Generation von Funparks: die Matchlap-Pumptracks. Ein Matchlap ist ein wartungsfreier Rundkurs mit Steilkurven und Wellen. Über Höhenunterschiede wird mittels Gewichtsverlagerung Geschwindigkeit generiert und versucht, diese über mehrere Runden zu halten. Die Anlage kann mit verschiedensten Trainingsgeräten benutzt werden – vom Roller über Inlineskates und Skateboards bis hin zum herkömmlichen Fahrrad – von Jung bis Alt. Dadurch wird der Matchlap-Park zum sozialen Treffpunkt in der Gemeinde.

Zeitmess-System. Das Besondere: Die Matchlap Pumptracks sind mit einem permanenten Zeitmess-System ausgestattet. Dadurch werden Wettbewerbe möglich, und mit der Matchlap Mobile App ist ein Abfragen der persönlichen Rundenzeit direkt vor Ort möglich. Außerdem können die erzielten Rekorde auch etwa auf Facebook geteilt werden.

In einem Onlineportal kann man seinen Trainingsfortschritt abfragen, ausdrucken oder Freunde zu einem „Match“ einladen.

Mit der Matchlap-App ist ein Abfragen der Rundenzeit direkt vor Ort möglich

Die Anlage kann mit verschiedensten Trainingsgeräten benutzt werden.

KONTAKT
Österreichischer Kommunalverlag
Dietmar Treiber
Tel.: 0664/ 88 719 325
dietmar.treiber@kommunal.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Besuchen Sie uns vom 16. bis 17. März 2015 beim 5. Kommunalwirtschaftsforum im Rathaus Wien.

Partnerschaftliche Lösungen für die Zukunft der Region
KOMMUNAL SERVICE

www.kommunalwirtschaftsforum.at

Wenn's um meine Gemeinde geht, ist nur eine Bank meine Bank.
www.raiffeisen.at

Raiffeisen Meine Bank

GIS GEBÜHREN INFO SERVICE

GIS-FORMULARE IM GEMEINDEAMT

Der GIS-Aufsteller mit den Gebühren-Formularen befindet sich auf den Gemeindeämtern.

In den meisten Gemeinden und den Wiener Bezirksämtern sind die Formulare der GIS Gebühren Info Service GmbH, die für die Einhebung der Rundfunkgebühren verantwortlich ist, erhältlich. Ein Service, der von vielen Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen wird und auf der Service-Linie der Ämter liegt, erste Anlaufstelle für Bürgeranliegen zu sein. Der GIS-Aufsteller mit den Formularen in den Amtsräumlichkeiten erspart dem Bürger also einen Weg und somit Zeit. Die von den Gemeinden in dankenswerter Weise eingeräumte – und vom Österreichischen Gemeindebund unterstützte – Serviceleistung bezieht sich ausschließlich auf die Auflage der Formulare, damit für die Bürgerinnen und Bürger ein einfacher Zugang zu den Vordrucken ermöglicht wird. Keinesfalls soll den Gemeinden ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand für individuelle Beratungsleistungen entstehen.
Denn dafür steht die GIS zur Verfügung – mit ihrem Internet-Auftritt (**www.gis.at**) , einer Service-Hotline (0810 00 10 80), einer E-Mail Kontaktadresse (**kundenservice@gis.at**), bzw. der Postadresse (Postfach 1000, 1051 Wien) sowie dem Servicezentrum in Wien. Auch ist nicht vorgesehen, dass die Gemeinde für die BürgerInnen die Formulare entgegennimmt. Mit den Rückversandkuverts in den GIS-Aufstellern können Anträge und Formulare bequem von den Bürgern an die GIS gesendet werden.

KONTAKT
GIS Gebühren Info Service GmbH.
Dr. Herbert Denk,
Ltg. Marketing
Tel.: 05 0200 – 147
Herbert.denk@gis.at
www.gis.at

GIS GEBÜHREN INFO SERVICE

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Bürgermeister/innen

Seminar

Fonds Gesundes Österreich

SEMINAR GESUNDHEITSFÖRDERUNG FÜR BÜRGERMEISTER/INNEN UND AMTSLEITER/INNEN

Um die eigenen Ressourcen zu stärken und um gesundheitsförderliche Strukturen in der Gemeinde/Stadt zu unterstützen, gestaltet der Fonds Gesundes Österreich gemeinsam mit dem Gemeindebund ein Seminar, das den Bedürfnissen der Bürgermeister/innen bzw. Amtsleiter/innen in klarer und kompakter Form entspricht. Es bildet eine wesentliche Grundlage für die Umsetzung der Gesundheitsförderung in der Gemeinde/Stadt und ermöglicht den Teilnehmer/innen auch einen kritischen Blick auf ihre eigene Gesundheit.

Zielgruppe:
- Bürgermeister/innen
- Vizebürgermeister/innen
- Ortsvorsteher/innen
- Amtsleiter/innen

Gruppengröße: 6 – 20 Personen

Seminardauer: 3 Tage

Seminar:
→ Grundlagen der Gesundheitsförderung
→ Gesundheitsförderung in der Gemeinde lebbar machen
→ Projektmanagement, Fördermanagement
→ Lebensqualität und Gemeindeentwicklung
→ Ressourcenfindung
→ Ernährung
→ Bewegung
→ Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit

Ziel:
Dieses Seminar soll Grundlagen der kommunalen Gesundheitsförderung in Theorie und Praxis vermitteln und gibt die Möglichkeit zu einer kritischen Reflexion des eigenen Umgangs mit Gesundheit und des persönlichen Gesundheitszustandes.

Termin:
23.-25.04.2015
Burgenland, Stegersbach
Hotel Larimar****
Anmeldeschluß: 2.4.2015

Information und Anmeldung:
petra.gajar@goeg.at
01/895 04 00-12
https://weiterbildungsdatenbank.fgoe.org

VLGÖ

Österreichischer Gemeindebund

ENERGIEWIRTSCHAFT. JAHRBUCH 2014

Im Jahrbuch Energiewirtschaft 2014 werden wie bereits in den vorangegangenen Ausgaben aktuelle Themen der Energiepolitik behandelt. Dieses Mal stehen vor allem die Themen Energieeffizienz und Treibhausgasemissionen im Mittelpunkt. Ein Beitrag beschäftigt sich ausführlich mit den wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen eines neuen THG-Ziels für 2030 in Österreich. Darüber hinaus werden in einer Public-Choice-Analyse die Schwierigkeiten bei der Durchführung finanzpolitischer Maßnahmen im Straßenverkehr analysiert und rechtliche Aspekte der Verwertung des Treibhausgases Kohlendioxid behandelt.

Hrsg.: Horst Steinmüller / Andreas Hauer / Friedrich Schneider, „Energiewirtschaft. Jahrbuch 2014“, 133 Seiten, 38 Euro, Neuer wissenschaftlicher Verlag, ISBN: 978-3-7083-1012-1
office@nwv.at

OBERÖSTERREICHISCHES BAURECHT

Band 1: Bau- und Raumordnungsrecht

Die Neubearbeitung dieses Baurechtskommentars wurde so gestaltet, dass alle baurechtlichen Fragen aus den einschlägigen Gesetzen und Kommentaren beantwortet werden können. In Zweifelsfragen sind die Ausschussberichte mit den Gesetzesmotiven und die Erläuterungen mit der einschlägigen Rechtsprechung des Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofes hilfreich.

Die im vorliegenden Kommentar aufgenommenen Gesetze und Verordnungen sowie die Entscheidungen der Höchstgerichte und die Literatur entsprechen dem Stand vom 1. September 2014.

Prof. Dr. Hans Neuhofer, „Oberösterreichisches Baurecht. Band 1: Bau- und Raumordnungsrecht“, 1542 Seiten, 7., völlig neu bearbeitete Auflage 2014, 149 Euro, ISBN 978-3-99033-181-1
TRAUNER Verlag + Buchservice GmbH,
buchservice@trauner.at

EXPORTLAND ÖSTERREICH

HANDELSABKOMMEN STÄRKEN **EXPORT-WIRTSCHAFT**

Vizekanzler und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner hat Mitte Jänner EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström zu einem Arbeitsgespräch in Wien getroffen.

Dabei ging es um die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) und die damit verbundenen Herausforderungen, die von Mitterlehner angesprochen wurden. „Wir begrüßen, dass der Kontakt mit den Mitgliedsstaaten intensiviert wird, weil bestimmte Probleme wie Transparenz, Standards und Investitionsschutz erkannt wurden. Ein starkes Exportland wie Österreich profitiert von gut gemachten Handelsabkommen, aber die Qualität muss stimmen“, betonte Mitterlehner.

Die Transparenz müsse trotz einiger Fortschritte weiter gestärkt werden. „Wir brauchen auch bei künftigen Verhandlungen mehr Offenheit, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten“, so Mitterlehner. Auch die Frage der Standards sei in diesem Sinne zu erörtern, obwohl eine Absicherung durch das ‚right to regulate‘ gegeben ist. „Demnach kann jeder Vertragspartner das Schutzniveau selbst festlegen, um zum Beispiel die hohen nationalen Standards bei Lebensmitteln, Umwelt, Konsumentenschutz oder Arbeitsrecht zu sichern“, bekräftigt Mitterlehner die Position Österreichs.

Beim Thema Investitionsschutz informierte Mitterlehner die EU-Kommissarin erneut über die Bedenken des Nationalrats und sprach sich für eine vertiefte Diskussion dieser Frage sowie neuer Ansätze aus. „Wir werden nur dann Vertrauen für das Abkommen gewinnen, wenn die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation berücksichtigt werden und ein neuer qualitativer Anlauf unternommen wird, der transparent und rechtsstaatlich ausgerichtet ist“, spricht sich Mitterlehner für eine qualitative Weiterentwicklung und einen offenen Verhandlungsprozess aus. „Darüber hinaus gehe Österreich nach wie vor davon aus, dass TTIP ein ‚gemischtes Abkommen‘ sein wird, das sowohl vom EU-Parlament, als auch von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden muss“, so Mitterlehner.

Mehr Information unter: **www.bmwfw.gv.at**

ZAUNTEAM

Stabile Ballfänge und Sportzäune

Zaunteam ist der führende Spezialist in Österreich für Ballfänge und Sportzäune aller Art. Die fachgerechte Montage sowie Wartungs- und Reparaturarbeiten werden zeitnah und professionell ausgeführt.

Kompetente Mitarbeiter beraten mit einem hohen Servicegrad direkt beim Kunden. Sämtliche Wünsche und Vorstellungen werden besprochen und legen die Grundlage für ein maßgeschneidertes, perfekt zugeschnittenes Angebot. Pünktliche Lieferungen und das Einhalten der abgemachten Lieferzeiten sind selbstverständlich. Spezialmaschinen und Werkzeuge ermöglichen eine effiziente und damit kostengünstige Ausführung.

KONTAKT
Weitere Infos erhalten Sie auf **www.zaunteam.at** oder unter der Gratis-Telefonnummer **0800 84 86 888**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

IN ALLER **KÜRZE**

Kaffee trinken und Gutes tun

Die Caritas St. Pölten führt gemeinsam mit Kaffeehäusern in St. Pölten und Krems einen Coffee to help durch. Mehrere Kaffeehäuser in St. Pölten, Krems und Wien, Laudongasse bieten bis 3. April 2015 exklusiv einen „Coffee to help", an. Für jeden konsumierten Kaffee werden 40 Cent für Kinder in Not gespendet.

162

Liter Kaffee jährlich trinkt jeder Österreicher, jede Österreicherin. Damit liegt die Alpenrepublik im europäischen Mittelfeld.

„Mit dem Abschluss des Normenpakets ist uns ohne Übertreibung ein Meilenstein für unsere Mitgliedsbetriebe gelungen."

Hans-Werner Frömmel, Bundesinnungsmeister

Bauinnungen schaffen wichtiges neues Serviceangebot für Mitgliedsbetriebe.

Gratis-Normenpaket für Mitglieder ab sofort zugänglich

Durch die vor kurzem erfolgte Freischaltung steht jedem aktiven Mitglied der Bundesinnung Bau ein bundesweites und kostenfreies Normenpaket online zur Verfügung. Finanziert wird das Paket von der Bundes- und den Landesinnungen zu gleichen Teilen. Normen sind sowohl im technischen als auch im vertraglichen Bereich wichtige Grundlagen für eine ordnungsgemäße Geschäftsabwicklung.

Die Kenntnis und die Umsetzung der maßgeblichen Normen sind für eine qualitätsvolle Leistungserbringung und für eine geordnete Vertragsabwicklung notwendig. Normen werden zumeist für die Feststellung des Standes der Technik herangezogen. Das Paket beinhaltet 200 individuell frei wählbare Normen für Baumeisterbetriebe, 30 Normen für Betriebe mit Einschränkung auf ausführende Tätigkeiten und zwölf Normen für die übrigen Mitglieder der Bundesinnung Bau, wie z. B. Erdbauer und Erdbeweger. Die bisherigen Normenpakete in einzelnen Bundesländern (Wien, Oberösterreich, Steiermark) bleiben großteils unverändert. Der Einstieg in das Normenpaket erfolgt über die Internetseiten der Bundesinnung Bau bzw. der Landesinnungen Bau. Mehr Infos unter:

www.bau.or.at

Leuchtende Momente mit Philips

Philips präsentiert sich heuer auf den Power-Days in Salzburg in neuem Glanz. Die neue Produktfamilie CoreLine LED von Philips eröffnet Elektroplanern vielfältige Design- und Anwendungsmöglichkeiten, die auch Bauherren überzeugen werden. In Vorträgen im „Power-Days"-Forum der Messe Salzburg gewährt Philips einen faszinierenden Einblick in die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von LED, denn für jede Standardanwendung gibt es eine passende LED-Alternative. Referenzbeispiele unterstreichen, dass sich mit energieeffizienten LED-Systemen hohe Einsparungen bei deutlich mehr Lichtqualität erzielen lassen. „Der Einsatz von intelligentem Licht ist ein wesentlicher Bestandteil der Gebäudeplanung. Wenn der Elektrotechniker daher am neuesten Stand der LED-Beleuchtungstechnik ist, erweist er sich als kompetenter Berater für seine Kunden. Mit unseren innovativen Produkten und Systemen hat er das richtige Werkzeug in der Hand", freut sich Martin Haselsteiner, Vertriebsleiter Philips Trade Österreich.

Mehr Info zu den Power-Days unter:

www.power-days.at

und zu Philips Licht finden Sie in der Halle 10, Stand 0414.

FOTOS: BMWFW-Georges Schneider/Philips/Bauinnung-Schrotter, Fotolia, Tesgro Tessieri

NACH DER WAHL
Nur wenig Neues aus Niederösterreich
Seite 56

LEERSTANDS-KONFERENZ
Kommunale Schulbauten: Auslastung Nicht genügend!
Seite 60

DER MENSCH HINTER DEM BÜRGERMEISTER

GLÜCK UND TRAUER AM WAHLTAG

Der 27-jährige Lukas Michlmayr aus dem niederösterreichischen Stadt Haag wird jüngster Bürgermeister des Landes. Er setzte sich bei den Gemeinderatswahlen in einem ÖVP-internen Vorzugsstimmenwahlkampf gegen den amtierenden Amtsträger durch.

Kennen Sie alle Ihre über 3800 Facebook-Freunde persönlich?
Die meisten kenne ich persönlich und treffe sie auch bei Veranstaltungen der Jungen Volkspartei in ganz Niederösterreich, bei den anderen gab es zumindest einen Erstkontakt online.

Wie lautet das Thema Ihrer Diplomarbeit, die Sie derzeit schreiben?
Ich schreibe über das Thema Commitment, wo es um die Verbindung von Menschen und Organisationen geht.

Wie sind Sie in die Politik gekommen?
Eigentlich hat alles in der Handelsakademie Amstetten angefangen, als mich mein damaliger Schulsprecher fragte, ob ich nicht nach ihm zum Schulsprecher kandideren möchte. Alles andere war Zufall und ergab sich aus meinem Engagement.

Was bedeutet ein erfülltes Leben für Sie?
Wenn ich einmal zurückblicken kann und alles nochmals genauso machen würde.

Welchen Stellenwert hat Familie für Sie?
Familie ist jener Ort, wo ich Kraft schöpfen kann. Sie hält einem den Rücken frei, damit man vorausgehen kann.

Was ist für Sie „zu Hause"?
Meine neue Wohnung, in der ich seit September wohne. Aber auch in meinem Elternhaus fühl ich mich noch „zu Hause" (ich hab den Schlüssel noch nicht abgeben müssen).

Ein guter Freund ist …
… immer in Reichweite, und damit meine ich nicht zwingend das Handynetz.

Was ist Ihre prägendste Erinnerung?
Phu, es gibt so viele schöne Momente, wenn ich in meinem Leben zurückblicke. Was mich bestimmt geprägt hat waren die drei Monate in Südafrika.

Wann haben Sie sich das letzte Mal eingestanden, etwas nicht zu wissen?
Am 25. Jänner 2015 den Ausgang der Haager Gemeinde-Wahl, als ich in einem internen Vorzugsstimmenmodell das Vertrauen der Haagerinnen und Haager erhielt.

Wann waren Sie das letzte Mal traurig? Oder wann glücklich?
Traurig, als ich am Wahltag-Abend vom Tod unseres Alt-Bürgermeisters erfuhr. Glücklich, als ich mich bei meiner Freundin und Familie nach der Wahl für ihre Unterstützung bedanken durfte.

Wenn Sie einen Wunsch frei hätten …
… würde ich ihn mir für eine Zeit aufheben, in der es nicht so gut läuft wie jetzt!

Wie würden Sie sich mit einem Wort selbst beschreiben?
Anpacker!

Die perfekte Frau trägt für mich …
… wenig Make-up und Schmuck, denn sie hat eine natürliche Schönheit.

Mein Lebensmotto lautet:
Ich denke viel an die Zukunft, denn sie ist der Ort, an dem ich den Rest meines Lebens verbringe.

GEMEINDERATSWAHLEN IN NIEDERÖSTERREICH

NÖ GEMEINDEN **BLEIBEN SCHWARZ**

In 570 der 573 niederösterreichischen Gemeinden wurde am 25. Jänner ein neuer Gemeinderat gewählt. Auffälligstes Ergebnis war, dass die SPÖ in einigen Städten stark verlor.

Einer der Hauptkampfplätze der niederösterreichischen Gemeinderatswahlen war die zweitgrößte Stadt des Landes, Wiener Neustadt. Dort verlor die SPÖ ihre absolute Mehrheit, und Bürgermeister Bernhard Müller trat noch am Wahlabend zurück. Klaus Schneeberger, Klubobmann der ÖVP-Landtagsfraktion, wird dank eines überraschenden Arbeitsübereinkommens von ÖVP, FPÖ, Grünen und Bürgerlisten zum Bürgermeister gewählt werden. In Schwechat verlor die SPÖ fast ein Viertel ihrer Wähler. Dort hatten die explodierten Kosten beim Bau der Eventhalle Multiversum für Turbulenzen und einen Bürgermeisterrücktritt gesorgt. In Gmünd büßte die SPÖ ebenfalls ihre Mandatsmehrheit ein. Auch in der traditionellen Hochburg Schrems verlor sie fast zehn Prozent der Stimmen, konnte aber die absolute Mehrheit halten. In Amstetten waren die Verluste etwa gleich hoch, hier ging auch die Absolute verloren. Ein Lichtblick für die Sozialdemokraten war Traiskirchen: In der Stadt des Flüchtlingslagers konnte SP-Bürgermeister Andreas Babler 73 Prozent erreichen.

Insgesamt verloren die Sozialdemokraten 283 Gemeinderatssitze, die ÖVP gewann 74 dazu. In 26 Kommunen gab es Mehrheitswechsel. 13 waren es von der SPÖ zur ÖVP, fünf von der Volkspartei zu den Sozialdemokraten. in acht Fällen waren Bürgerlisten involviert.

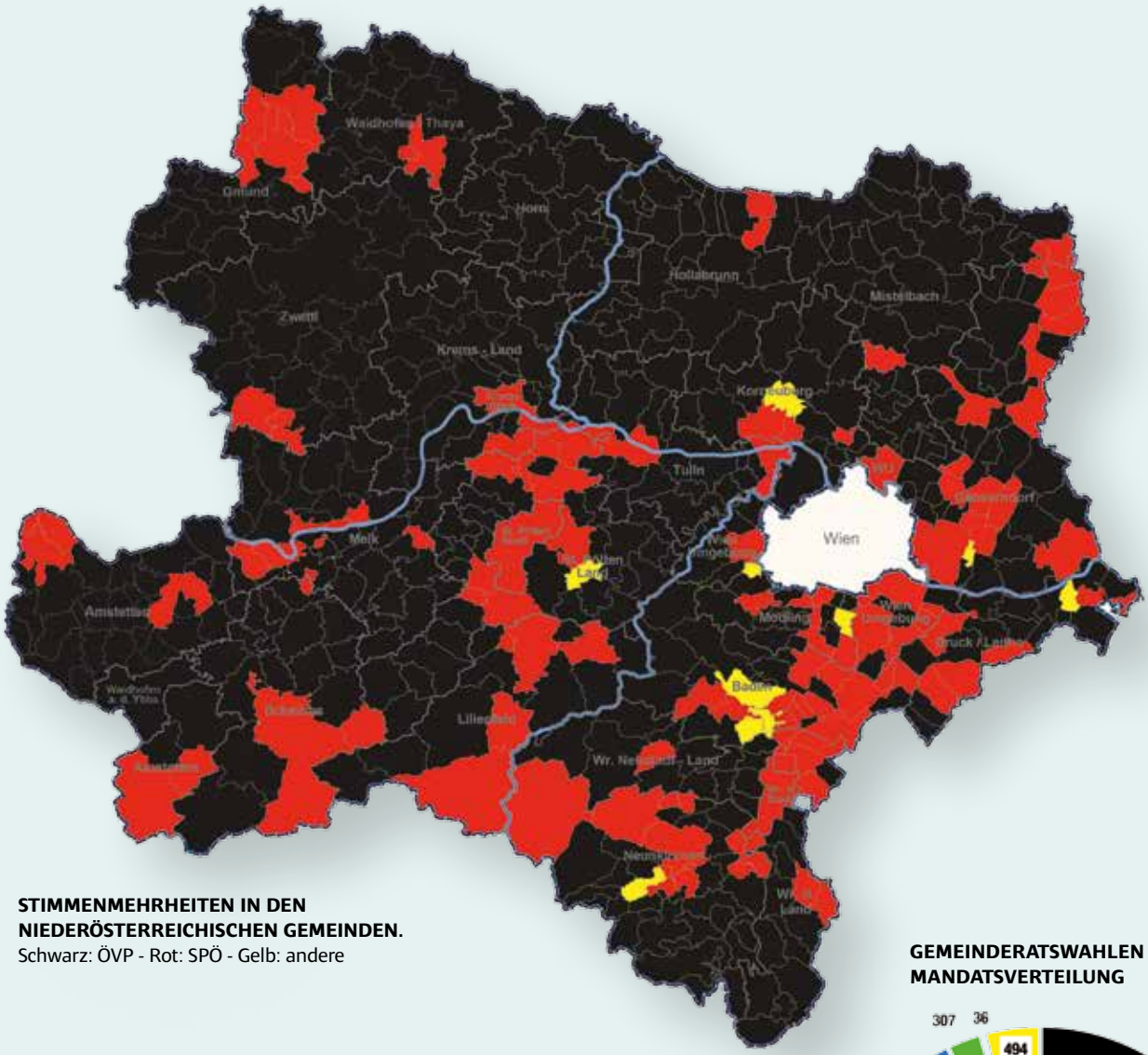
Alfred Riedl, Chef des Gemeindevertreterverbandes der Volkspartei, zeigt sich mit dem Ergebnis zufrieden: „Die ÖVP hat sich wieder einmal als DIE Bürgermeisterpartei erwiesen. Die Wählerinnen und Wähler wissen ganz genau, wer tagtäglich in den Gemeinden arbeitet oder wer nur vor der Wahl auftaucht und dann wieder verschwindet. Auffallend ist, dass wir nicht nur in den ländlichen Gemeinden reüssieren konnten, sondern wir haben auch im städtischen Bereich und in Ballungszentren deutlich zugelegt.“ Die ÖVP musste lediglich in Klosterneuburg eine größere Schlappe hinnehmen. Dort hatten Umwidmungsprojekte für Unruhe gesorgt. Die ÖVP verlor acht Prozentpunkte und liegt nun bei 47,5 Prozent.

> „In der Frage der **Zweitwohnsitzer** darf Missbrauch nicht mehr möglich sein.“

Rupert Dworak, Chef des SP-Gemeindevertreterverbandes, bedauert den Verlust von Stimmen und Mandaten. „Wir haben vor allem in den Städten verloren. Dort traten oft mehrere neue Listen an. Und es ist klar, dass es dort, wo es mehr Konkurrenz gibt, für die Mehrheitspartei schwieriger wird.“

Dworak freut sich aber dass die SPÖ in 46 Gemeinden zulegen konnte. Stören tut ihn, „dass die ÖVP versucht, Bürgerlisten für sich zu vereinnahmen, die überhaupt nichts mit ihr zu tun haben. Würde sie das nicht machen, würde auch unter ihrem Ergebnis ein Minus stehen.“ Für die Zukunft wünscht sich Dworak eine bessere Regelung der Frage der Zweitwohnsitzer. „Hier muss sichergestellt werden, dass ein Missbrauch nicht möglich ist.“

In vier Gemeinden erreichte die ÖVP 100 Prozent der Stimmen: Höflein (Bezirk Bruck an der Leitha), Aderklaa und Parbasdorf (beide Bezirk Gänserndorf) sowie Moorbad Harbach (Bezirk Gmünd) – Wunder war das aber keines, denn



STIMMENMEHRHEITEN IN DEN NIEDERÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEN.
Schwarz: ÖVP - Rot: SPÖ - Gelb: andere

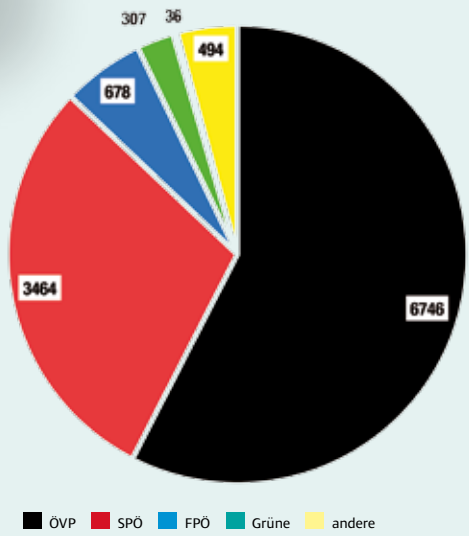
in diesen Kommunen hatte keine andere Partei kandidert.

Die SPÖ erreichte ihr bestes Ergebnis in Klein-Neusiedl (Bezirk Wien-Umgebung). Dort entschieden sich 85,82 Prozent der Wählerinnen und Wähler für sie Sozialdemokraten.

Die FPÖ hatte mit deutlichen Zugewinnen gerechnet – allein deshalb, weil sie diesmal in weit mehr Gemeinden antrat. Am Ende gab es aber lediglich ein Plus von 1,9 Prozentpunkten, was sich aber in gut 200 zusätzlichen Mandaten niederschlug. In Waidhofen an der Thaya schafften die Blauen 23,7 Prozent – ein Plus von 15,88 Prozentpunkten.

Auch die Grünen legten landesweit leicht zu, vor allem im Speckgürtel südlich von Wien. In Mödling überholten die Grünen die SPÖ und wurden mit 23,8 Prozent der Stimmen zweitstärkste Partei. Nicht viel zu holen gab es für die NEOS. Sie erreichten insgesamt 36 Gemeinderatsmandate.

GEMEINDERATSWAHLEN NÖ MANDATSVERTEILUNG



Die Wahlbeteiligung ist stark gesunken: 65,82 Prozent der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab, 2010 waren es noch 71,60 Prozent gewesen. Vor allem in den Gemeinden rund um Wien war die Wahlbeteiligung sehr niedrig. Als ein Grund dafür wird von den Parteien das kalte Wetter Ende Jänner gesehen.

VERKEHRSSICHERHEIT

ALKOHOL-WEGFAHRSPERREN BEWÄHREN SICH

Fast jeder zehnte Verkehrstote ist Opfer einer Alkoholfahrt. Alkohol-Wegfahrsperren bewähren sich im Kampf gegen alkoholisierte Fahrer.

Mehr als 2500 Alkoholunfälle mit rund 3400 Verletzten und 40 Getöteten ereignen sich im Schnitt pro Jahr in Österreich. In den vergangenen Jahrzehnten wurde viel zur Reduktion der Zahl alkoholauffälliger Lenker unternommen. Neben einer kontinuierlichen Bewusstseinsbildung und einer hohen Kontrolldichte bieten heute Technologien wie die Alkohol-Wegfahrsperre die Möglichkeit, potenzielle Alko-Lenker daran zu hindern, ein Fahrzeug in Betrieb zu nehmen. Für Verkehrsminister Alois Stöger ist die Alkohol-Wegfahrsperre eine wichtige sicherheits- und gesellschaftspolitische Maßnahme. „Wir wissen, dass in Österreich viel zu viele Menschen ein Problem mit ihrem Alkoholkonsum haben. Alkohol-Wegfahrsperren sind ein Weg, sie nicht vom Arbeits- und Gesellschaftsleben auszuschließen und die drohende soziale Abwärtsspirale zu vermeiden."

Ergebnis für die Verkehrssicherheit: Das wichtigste Erfolgskriterium bezüglich gesetzter Maßnahmen im Kampf gegen Alkohol am Steuer ist die Rückfallquote, wie Dr. Othmar Thann, Direktor des KfV (Kuratorium für Verkehrssicherheit) erklärt: „Eine kürzlich veröffentlichte Studie über das Rehabilitationsprogramm in Finnland hat aufgezeigt, dass die Rückfallrate bei Einsatz von Alkohol-Wegfahrsperren sechs Prozent beträgt, bei Lenkern, deren Führerschein lediglich entzogen wurde, liegt sie bei 30 Prozent. Es gibt also keinen Grund, dieses wirkungsvolle Programm nicht auf ganz Europa auszudehnen."

> „Eine kürzlich veröffentlichte Studie hat aufgezeigt, dass die Rückfallrate bei Einsatz von Alkohol-Wegfahrsperren sechs Prozent beträgt."
>
> **Dr. Othmar Thann,** Direktor des KfV

Führerscheinentzug verhindert keine Schwarzfahrten: Jedes Jahr wird in Österreich rund 26.000 Personen der Führerschein wegen Alkohol am Steuer entzogen. Für einige kein Hindernis, weiterzufahren: „Untersuchungen zeigen, dass trotz aller Kontroll- und Strafmaßnahmen die Dunkelziffer der Wiederholungstäter und Schwarzfahrer hoch ist. Mehr als ein Viertel – rund 7000 – der Lenker mit Führerscheinentzug fährt auch ohne Führerschein weiter, rund 4000 Personen setzen sich dabei auch wieder alkoholisiert hinters Steuer", so Dr. Thann.

Unschuldige Opfer: Die besondere Tragik von Alkoholfahrten ist, dass häufig unschuldige Personen Opfer von alkoholisierten Lenkern werden. Viele der bei Alkoholunfällen Getöteten waren selbst nicht alkoholisiert. „Die Gesellschaft ist vor Alko-Lenkern nicht ausreichend geschützt, da im Schnitt jeder getötete Alko-

Eine Alkohol-Wegfahrsperre: Vor dem Start des Fahrzeugs wird eine Atemluftprobe abgegeben. Diese darf den eingestellten Grenzwert nicht überschreiten. Nur dann lässt sich das Fahrzeug starten.

lenker einen Unschuldigen mit in den Tod nimmt. Alkohol-Wegfahrsperren können Leben retten!“, so Thann.

Die Alkohol-Wegfahrsperre international: Der Einsatz von Alkohol-Wegfahrsperren für alkoholauffällige Lenker ist in sieben europäischen Ländern bereits gesetzlich verankert: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande und Schweden. Bereits 1986 startete in den USA der Einsatz von Alkohol-Wegfahrsperren, heute haben alle 50 Bundesstaaten diese gesetzlich verankert, ebenso gibt es in Australien für alle Staaten eine gesetzliche Regelung, 11 von 13 Provinzen in Kanada setzen Alkohol-Wegfahrsperren in Rehabilitationsprogrammen ein.

Das KfV hat in mehreren Pilotprojekten (u. a. im Schülertransport) den Einsatz von Alkohol-Wegfahrsperren auch in Österreich getestet. „In der Praxis erwiesen sich diese als funktional und zweckentsprechend. Wir müssen ein Verkehrsgeschehen schaffen, in dem Alko-Fahrten nicht nur verboten, sondern auch tatsächlich nicht mehr möglich sind. Die moderne Technik – in diesem Fall die Alkohol-Wegfahrsperre – ist dafür ein geeignetes Mittel“, betont der Verkehrsexperte.

Wie funktionieren Alkohol-Wegfahrsperren? Die Alkohol-Wegfahrsperre ist ein Gerät, das an die Zündvorrichtung des Fahrzeugs angeschlossen ist. Vor dem Start des Fahrzeugs wird eine Atemluftprobe abgegeben. Diese darf den eingestellten Grenzwert nicht überschreiten. Nur dann lässt sich das Fahrzeug starten. Alle Startversuche werden von der Alkohol-Wegfahrsperre aufgezeichnet. Im Datenausleseprotokoll können dann alle Versuche eingesehen werden.

FOTO: „Guardian Interlock AMS2000 Device“ von Rsheram; Fotolia;

LEERSTANDSKONFERENZ

AUSLASTUNG: **NICHT GENÜGEND!**

„Auslastung: Nicht genügend!“ lautete das Motto der vierten Leerstandskonferenz, die am 15. und 16. Jänner 2015 in Leoben über die Bühne ging und die Nutzung kommunaler Schulbauten in den Blick nahm.

„LEERSTAND IST EIN **ZENTRALES PROBLEM**, ÜBER DAS KOMMUNEN UND IHRE BÜRGER/INNEN NACHDENKEN MÜSSEN.“

Roland Gruber

FOTO/Ianych/shutterstock; Roland Gruber

Roland Gruber (rechts), Initiator der Leerstandskonferenz, im Gespräch mit Günter Koberg, Baukulturkoordinator des Landes Steiermark.

Experten und Verantwortungsträger präsentierten zu diesem heißen Thema Strategien im Umgang mit räumlichem und zeitlichem Leerstand. Vorzeigeprojekte aus dem gesamten deutschen Sprachraum führten vor Augen, wie Schulgebäude redimensioniert oder einer alternativen Nutzung zugeführt werden können. Auch Zwischenlösungen zur Überbrückung von Um- und Neubauphasen kamen zur Sprache.

„Leerstand ist ein zentrales Problem, über das Kommunen und ihre Bürger/innen nachdenken müssen. Das Thema an die Öffentlichkeit zu bringen und einer profunden Diskussion Raum zu geben ist Aufgabe der Leerstandskonferenz“, so deren Initiator Roland Gruber. Mitte Jänner 2015 fand sie bereits zum vierten Mal statt. Im obersteirischen Leoben diskutierten 120 Konferenzteilnehmer/innen die Herausforderungen des schulischen Leerstands, mit denen sich insbesondere ländliche Gemeinden beschäftigen müssen.

In seinem Einführungsvortrag beschrieb Markus Schatzmann, Professor der Pädagogischen Hochschule St. Gallen, die Schule als kulturellen Teil einer Gemeinde. Die Einbindung von Schule in den Ort und des Orts in die Schule gelinge dann, wenn die Schule nicht nur von Schüler/innen und Lehrenden benützt werde. Schulgebäude eignen sich aufgrund ihrer zentralen Lage häufig zur Integration öffentlicher Angebote. Das können Sprachkurse am Nachmittag ebenso sein wie Raumangebote an Jugendgruppen und Vereine. „Dafür braucht es eine Überschreitung der klassischen Vorstellung einer Schule als Gebäude mit einem Dach und einem Zaun, das mit dem Rest der Welt möglichst wenig zu tun hat“, betonte Christian Kühn, Professor am Institut für Architektur und Entwerfen der TU Wien.

Schule nutzt Leerstand. Michael Zinner, Schulraumforscher an der Kunstuniversität Linz, präsentierte das Beispiel einer zweijährigen „Durchmischung“ von Schule und Ort: Im oberösterreichischen Feldkirchen an der Donau nahmen die Schulklassen während des Schulumbaus unterschiedliche ungenutzte oder leerstehende Räume und Gebäude im Gemeindegebiet in Beschlag. Die räumliche Verzahnung von Schul- und Gemeindeleben führte nicht nur zu einem tieferen wechselseitigen Verständnis (Stichwort: Verbesserung des Lehrer/innen-Images), sondern zeiget auch ökomische Potenziale auf.

Eine Exkursion führte die Konferenzteilnehmer/innen auch zur Baustelle des Leobener Pilotprojekts Bildungszentrum Donawitz, dem eine vor ort ideenwerkstatt als Ideenfindungs- und Beteiligungsprozess mit Auftraggeber/innen, Eltern, Lehrer/innen, Schüler/innen und Hauspersonal vorangegangen war. Ab 2016 beherbergt das sanierte Schulgebäude drei Schultypen unter einem Dach. Für Prozessmoderation, Masterplan und Architektur zeichnen Michael Zinner, die Kunstuniversität Linz und nonconform architektur vor ort verantwortlich.

FOTO: (C) anune|Fotologie

Otto Seydel (Leiter des Instituts für Schulentwicklung, Überlingen, Deutschland) referiert zum Thema „Die Schule öffnet sich zur Stadt. Die Stadt öffnet sich zur Schule“.

Restaurant im Klassenzimmer: Good-Practice-Beispiele belegen die vielfältigen Nutzungsoptionen leerstehender Schulgebäude: Eine Dorfschule im Kärntner Friesach präsentiert sich heute als barrierefreies Wohnhaus, in Bad Berleburg (Nordrhein-Westfalen) tafeln Hotel- und Restaurantgäste in ehemaligen Klassenzimmern, in Baruth (Brandenburg) wohnen und arbeiten Künstler in alten Schulmauern. Die Projekte verdanken sich privatem und kommunalem Engagement.

Die sinnvolle Umnutzung leerstehender Schulgebäude ist ein besonders augenfälliger, aber bei weitem nicht der einzige Aspekt der kommunalen Leerstandsproblematik. Günter Koberg, Baukulturkoordinator des Landes Steiermark, betonte die breite Verantwortlichkeit für das Thema Leerstand, vom einzelnen Bürger bis zur Verwaltung und Gesetzgebung. In der Steiermark werde es Gewerbetreibenden mittlerweile erleichtert, sich wieder in Ortszentren anzusiedeln.

Auch die Stadt Leoben kann beträchtliche Erfolge im Kampf gegen den Leerstand vorweisen: Das ehemalige Dominikanerkloster ist heute ein innerstädtisches Einkaufszentrum, auf dem Areal des ausgedienten Hallenbades entstanden Wohnangebote für Studierende und Lehrlinge, ein altes Industriegelände verwandelt sich in ein Kreativzentrum. „Erfolgreiche Strategien gegen Leerstand entstehen unter Einbindung aller Betroffenen. Eine breite Willensbildung erleichtert es der Politik, die ‚heiße Kartoffel‘ Leerstand anzugreifen“, so Roland Gruber abschließend.

Weitere Informationen zur Leerstandskonferenz in Leoben finden Sie in der kommenden Ausgabe der Zeitschrift Schule & Sportstätte, die der April-Ausgabe von KOMMUNAL beiliegt.

LINKS ZUM THEMA

Unter **www.leerstandskonferenz.at** finden Sie Details zu allen bisherigen Leerstandskonferenzen

NEUERSCHEINUNG

DAS BUCH VOM LAND

Das Buch vom Land", herausgegeben von Christof Isopp und Roland Gruber (Die Verknüpfer / landinger.at), dokumentiert zeitgenössisches „Landleben" im weitesten Sinne – ohne sich dabei Klischees oder Werbebroschüren-Romantik zu bedienen. Anhand zahlreicher Best Practice-Beispiele, Reportagen und Portraits führt es vor Augen, was zukunftsorientiertes Handeln auf dem Land bewirken kann. „Wer brauchbare Vorschläge für die Verbesserung der Lebensqualität in Kommunen sucht, wer kreatives Denken und Handeln im eigenen Ort anstoßen will, der/die findet im Buch vom Land reichlich inspirierenden Lesestoff", sagen die Herausgeber Roland Gruber und Christof Isopp.

Landauf, landab – von Zwischenwasser bis Neckenmarkt, von Moosburg bis Haslach an der Mühl – spielen Innovation und Kreativität eine wichtige Rolle im Gemeindeleben und haben traditionelle Land-Bilder gehörig ins Wanken gebracht. „Das Buch vom Land" zeigt anhand von 20 Gemeinden und Regionen auf, was mit Eigeninitiative, Tatendrang und Ideenreichtum auf dem Land möglich ist. Im Kapitel „Kreative Köpfe" holt das Buch 27 Persönlichkeiten auf die Bühne, deren Biografien eng mit dem Land verflochten sind und die exemplarisch dafür stehen, was sich in den vergangen Jahrzehnten auf dem Land entfaltet hat. Interviews, u. a. mit dem Soziologen Richard Florida, sowie Essays, u. a. von Raumforscherin Gerlind Weber runden die breite Thematik ab.

„Das Buch vom Land" zeigt anhand von 20 Gemeinden und Regionen auf, was mit Eigeninitiative, Tatendrang und Ideenreichtum auf dem Land möglich ist.

„Das Buch vom Land – Geschichten von kreativen Köpfen und g'scheiten Gemeinden",
Hrsg. Christof Isopp & Roland Gruber,
256 Seiten ISBN 978-3-200-03902-5
Preis: 20,00 Euro (zzgl. Versankosten)
Bestellung:

www.buchvomland.at

Zaunteam
Starke Zäune. Starkes Team.

Individuelle und sichere Zaunlösungen für Ihre Projekte
Größte Auswahl, persönliche Beratung und fachgerechte Montage erhalten Sie bei Zaunteam, Ihrem Spezialist für Zäune und Tore.

www.zaunteam.at
Gratis-Tel. 0800 84 86 888

AUSSCHREIBUNG

KOMMUNALE BAUKULTUR **AUF DEM PRÜFSTAND**

Der LandLuft Baukulturgemeinde-Preis zeichnet Gemeinden für ihre richtungweisende kommunale Baukultur, also für nachhaltige Investitionen in die Lebensqualität vor Ort aus.

„Baukultur machen Menschen wie du und ich", so das LandLuft-Motto. Gemeinden, die es beherzigen, haben gut lachen. Baukulturgemeinde-Preisträger 2012: Ottensheim (OÖ), Hopfgarten in Defereggen (T) und Lauterach (V).

FOTO: (C) Stefan Scherhaufer

Der LandLuft Baukulturgemeinde-Preis würdigt Gemeinden, die auf innovative bauliche Gestaltung als wichtige Strategie einer zukunftsorientierten Gemeindeentwicklung setzen. Er zielt nicht primär auf das „schöne" Gebäude ab. Vielmehr beleuchtet er die Prozesse im Vorfeld von Bauvorhaben und holt jene engagierten Menschen vor den Vorhang, die sie anstoßen und vorantreiben. Gelebte Baukultur bedeutet Bereitschaft zum öffentlichen Diskurs, Einbindung der Bürgerinnen und Bürger im Entwicklungsprozess sowie eine kreative und lösungsorientierte Auseinandersetzung mit den Zukunftsfragen der Gemeindeentwicklung.

In einem zweistufigen Verfahren begutachtet eine renommierte Fachjury aus unterschiedlichen Berufs- und Forschungsfeldern das baukulturelle Engagement der teilnehmenden Gemeinden. Den zum LandLuft Baukulturgemeinde-Preis 2016 nominierten und ausgezeichneten Kommunen verschaffen eine umfangreiche Buchpublikation, eine mehrjährige Wanderausstellung sowie gezielte PR-Maßnahmen öffentliche Aufmerksamkeit und Medieninteresse.

„Die Bürgerinnen und Bürger verfügen über ein unglaubliches Wissen rund um ihren Heimatort. Sie sind gerne bereit, sich für eine zukunftsträchtige Gemeindeentwicklung und qualitativ hochwertige Bauprojekte einzusetzen. Der LandLuft Baukulturgemeinde-Preis bestärkt engagierte Gemeinden, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen und als Vorbilder für andere Gemeinden zu agieren", erläutert Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.

„Mit dem LandLuft Baukulturgemeinde-Preis wollen wir Kommunen ins Rampenlicht stellen, die eine gesamthafte Sicht von Baukultur in die

Tat umsetzen. Gemeinden, die sich beispielsweise auch dafür interessieren, was an ihren Rändern passiert und wie mit ihren Baulandressourcen umgegangen wird. Gemeinden, die professionell UND mit breiter Bürgerbeteiligung an Planungsprozesse herangehen. Kriterium ist nicht das einzelne gelungene Bauprojekt, sondern ein baukulturelles Verständnis, das sich in der Weiterentwicklung der jeweiligen Dörfer, Gemeinden und Städte manifestiert“, meint Roland Gruber, Vorsitzender LandLuft – Verein zur Förderung von Baukultur in ländlichen Räumen.

Teilnahmeberechtigt sind alle österreichischen Kommunen mit Ausnahme der Preisträger der LandLuft Baukulturgemeinde-Preise 2009 und 2012. Einreicher können nur öffentliche Körperschaften, d. h. Gemeinden sein. Die Einreichungen sollen sowohl öffentliche als auch private Projekte innerhalb des Gemeindegebiets umfassen und nach Möglichkeit eine mehrjährige baukulturelle Entwicklung der Gemeinden exemplarisch demonstrieren. Zusätzlich vergibt die Jury erstmals einen Sonderpreis für beispielgebende regionale bzw. interkommunale Baukultur-Initiativen.

Die Einreichung zum LandLuft Baukulturgemeinde-Preis 2016 erfolgt ausschließlich online unter:
www.baukulturgemeinde-preis.at

LINKS ZUM THEMA

www.baukulturgemeinde-preis.at

Auf dieser Website finden Sie alle relevanten Infos – unter anderem auch die Dokumentation der Hauptpreisträger der Jahre 2009 und 2012.

LANDLUFT **BAUKULTURGEMEINDE-PREIS** 2016

Die interdisziplinäre Jury zeichnet Gemeinden sowie kommunale und regionale Netzwerke aus, deren baukulturelle Prozesse und Ergebnisse Vorbildcharakter haben.

- **Information und Einreichung**: www.baukulturgemeinde-preis.at
- **Einreichschluss**: Freitag, 10. April 2015
- **Bekanntgabe Vorauswahl**: 17. April 2015
- **Jury-Hearing**: Freitag, 8. Mai 2015, im Rahmen der 1. Österreichischen Baukulturgemeinde-Tage in Haslach (OÖ)
- **Bekanntgabe** der zum LandLuft Baukulturgemeinde-Preis nominierten Gemeinden: Samstag, 9. Mai 2015

LandLuft – Verein zur Förderung von Baukultur in ländlichen Räumen: **www.landluft.at**
Österreichischer Gemeindebund: **www.gemeindebund.at**
Programm der 1. Österreichischen Baukulturgemeinde-Tage: **www.landluft.at**

EINREICHEN BIS 10. APRIL 2015!

Bestens ausge*STADT*et: **Bank ARPA**
Möblierungssystem mit Beton- oder Granitunterkonstruktion
Stausberg Stadtmöbel GmbH | 4531 Kematen a. d. Krems | Telefon +43 (0)7258/5711

STAUSBERG
STADTMÖBEL

BURGENLAND

Gemeinden werden bei der Anstellung von Arbeitssuchenden über 50 Jahren für ein halbes Jahr finanziell unterstützt.

Jobs für Generation 50+

Derzeit sind etwa 4000 Menschen über 50 Jahren im Burgenland ohne Job. Die neue Jobinitiative „100 für 100“ richtet sich an Gemeinden. Gemeinden, die ältere Arbeitsuchende einstellen, erhalten eine Förderung für ein halbes Jahr. Der Name ergibt sich aus der Zielsetzung, 100 älteren Arbeitslosen Arbeit zu schaffen. Finanziert werden soll das Projekt durch den Fonds für Arbeit und Wirtschaft, so Burgenlands Gemeinde- und Wirtschaftsreferent Franz Steindl. Über den Fonds werden bis zu 400.000 Euro abgewickelt. Ziel sei es natürlich, dauerhafte Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer zu schaffen, die es bei der Jobsuche schwer haben. Für den Start des Projekts ist noch ein Regierungsbeschluss notwendig.

Demokratie-App soll motivieren

Die Demokratie stärken und der Politikverdrossenheit bei jungen Menschen entgegenwirken, ist das Ziel von zwei Projekten des burgenländischen Landtags. Konkret geht es um Fortbildung in der Jugendarbeit und um eine Demokratie-App fürs Handy, mit der im Rahmen eines Quizes Fragen zu Gemeinden, Burgenland, Österreich und Europa beantwortet werden.

Mattersburg mit neuem Image

Die Stadt Mattersburg will ihr Image aufpolieren und startet dazu eine eigene Kampagne. „Wir leben Mattersburg“ lautet das Motto. Bereits im Vorjahr wurden die Stadtnachrichten neu designt, jetzt werden auch Plakate neu gestaltet und ein neues Logo vorgestellt.

www.wirleben-mattersburg.at
Impressionen zur Kampagne

KÄRNTEN

Kampf dem Leerstand

Zahlreiche Geschäftsflächen in der Innenstadt von St. Veit an der Glan stehen leer. Teilweise sind die zu kleinen Flächen schuld, teilweise sind Renovierungsarbeiten nötig. Im Moment ist deshalb gerade eine Erhebung der Stadtgemeinde im Laufen, die Leerstände und die Bereitschaft der städtischen Immobilienbesitzer zu geschäftsfördernden Umbauarbeiten ausloten soll. Im Idealfall würden sich aus den Ergebnissen Möglichkeiten für neue Konzepte und Produkte ergeben, die Leben in die Stadt bringen. Laut Bürgermeister Gerhard Mock sind die Flächen vor allem für kleinere Märkte oder Ateliers geeignet.Um das geplante Einkaufszentrum nahe des Fuchspalastes ist es in den vergangenen Monaten ruhig geworden. Laut Studien der Wirtschaftskammer würde es an der nötigen Kaufkraft mangeln, um Frequenzbringer anlocken zu können. Gerade deswegen ist eine Belebung der Innenstadt wichtig, da sich Unternehmen nicht in der „grünen Wiese“ niederlassen müssten.

Leerstehende Geschäfte sollen in St. Veit zu Ateliers werden.

Vernichtende Kritik an Beraterkosten

Ex-Chefs der Landeskrankenhäuser haben von 2009 bis 2013 fast elf Millionen Euro für externe Juristen und Berater ausgegeben, fand der Landesrechnungshof heraus.Der größte Brocken davon sind „nicht medizinische Beraterleistungen“ mit 5,5 Millionen Euro. Dazu kommen rund zwei Millionen Euro für Öffentlichkeitsarbeit. Bei manchen Aufträgen wurde laut Prüfern das Bundesvergabegesetz umgangen. Fazit: Die Verträge lassen „einen sorgsamen und sparsamen Umgang mit öffentlichen Geldern vermissen“.

NIEDERÖSTERREICH

Verbringen Kinder ihre Schulskikurse im eigenen Land, wirkt sich dies positiv auf ihre Gesundheit und auf den Tourismus aus.

Ab auf die eigenen **Pisten**

Niederösterreichs Schulen sollen in Zukunft vermehrt die Skikurse im eigenen Bundesland abhalten. Das ist das Ziel einer neuen Aktion der Initiative „Tut Gut“. Damit Eltern und Schulen dazu motiviert werden, gibt es in Zukunft Unterstützung bei den Kurskosten. Den Kindern wird die Liftkarte ab der nächsten Saison gratis zur Verfügung gestellt und zwar für die gesamte Woche. Zusätzlich bekommen die Kinder dann noch einen Gutschein für einen Tages-Skipass.„Wir wollen, dass sich die Kinder an diese Woche erinnern – positiv erinnern – und dass sie danach immer wieder kommen. Sie sind quasi die Besucher der Zukunft“, sagt Landesrätin Petra Bohuslav. Das sei auch ein positiver Aspekt für den Tourismus im Land. An der Aktion nehmen unter anderem die Skigebiete Hochkar, Annaberg, Lackenhof und die Gemeindealpe Mitterbach teil.

Beleuchtung sichert Schutzweg

Beleuchtete Schutzwege könnten die Sicherheit für Fußgänger erhöhen und die Zahl der Unfälle reduzieren. In Breitenfurt bei Wien findet ein Pilotprojekt dazu statt. Die Zebrastreifen wurden mit Glasperlenfarbe bemalt, damit sie bei Dunkelheit besser reflektieren. Im Boden sind Lichter eingelassen, daneben steht eine Straßenlaterne mit besonders hellem LED-Licht. Die Lichter werden heller, sobald sich ein Fußgänger dem Schutzweg nähert.

www.bmvit.gv.at/verkehr/strasse/sicherheit/fonds/
Infos zum Pilotprojekt

OBERÖSTERREICH

Gelebte **Solidarität**

55 Großraminger engagieren sich in ihrem Ort für Flüchtlinge. Konkret handelt es sich um 50 Personen, die von der Volkshilfe betreut werden. Seit ihrer Ansiedlung und trotz kritischer Stimmen zu Beginn hat sich in der Gemeinde im Bezirk Steyr-Land viel verändert. Es gibt ein Begegnungscafé, in dem sich Flüchtlinge und Einheimische treffen können. Die Asylwerber werden zu gemeinsamen Aktivitäten eingeladen. Das Engagement der Einheimischen endet aber nicht bei der Freizeitgestaltung. Sie bieten ihren neuen Mitbürgern Deutschunterricht an oder helfen bei der Anmeldung für die Schule. Auf freiwilliger Basis helfen die männlichen Flüchtlinge in der Gemeinde mit und haben somit eine Beschäftigung.

Ängste überwinden und gemeinsam solidarisch sein.

Aussiedlung aus Hochwasserzone

Die Stadtgemeinde Enns in Oberösterreich war bereits zwei Mal von starken Hochwasserüberflutungen betroffen. Die Bürger forderten aufgrund der Hochwasser im Jahr 2002 und 2013 eine Lösung. Die Umsetzung geeigneter Schutzmaßnahmen gestaltete sich schwierig, weswegen sich Politik und die betroffenen Bürger doch zu einer Absiedlung entschlossen. Das Hochwasserschutzprogramm in den Ortsteilen Enghagen, Lorch und Kronau ist bereits in vollem Gange. Sämtliche Anträge sowie die Kostenschätzungen sind bereits abgeschlossen. Die Absiedlung der Ortsteile benötigt ein Budget von 16,7 Millionen Euro. Der Grundeigentümer behält das Grundstück, es wird dennoch abgelöst. Somit bekommt er 80 Prozent vom Zeitwert. Der Plan der Finanzierung ist bereits genehmigt worden.

FOTOS: Fotolia, grafikplusfoto, lassedesignen, contrastwerkstatt

SALZBURG

Mehr Spielraum der Gemeinden bei der Raumordnung ist eine Forderung von Gemeindeverband-Präsident Günther Mitterer.

Autonomie abgegraben

Salzburgs Bürgermeister kritisieren die geplanten Änderungen bei der Raumordnung. Sie sehen die Gemeindeautonomie beim Ausweisen von Bauland in Gefahr. Einer der Kernpunkte der geplanten Reform des Landes Salzburg ist, dass künftig nur noch unmittelbar angrenzend an das bestehende Ortsgebiet und damit in der Nähe von Schulen und Nahversorgern sowie in der Nähe von Bus und Bahn gebaut werden soll. Kritiker befürchten weitere Preissteigerungen,da Flächen in Zentren bereits knapp sind. Gemeindeverbands-Präsident Günther Mitterer sprach sich in einem Interview mit KOMMUNAL (10/2014) klar für mehr Handlungsspielraum der Gemeinden bei der Raumordnung aus.

Kindergärten schöpfen Mittel aus

Salzburgs Kindergärten und Krabbelstuben haben die 2014 neu geregelte Förderung für den Ausbau der Kinderbetreuung beinahe komplett ausgeschöpft. 128 Einrichtungen stellten Anträge. Der Großteil betrifft einen Ausbau von Räumlichkeiten, in 40 Fällen geht es um besser qualifizierte Pädagoginnen, in elf Einrichtungen wurden die Öffnungszeiten ausgeweitet.

Flüchtlingsunterkunft am Gaisberg

Zur Erfüllung der vorgegebenen Flüchtlingsquote sollen nun 60 bis 100 Flüchtlinge am Gaisberg untergebracht werden. Wohnen sollen sie im Hotel Koblenz. Die Vorbereitungen laufen bereits. Laut Informationen des Innenministeriums befindet sich Salzburg was die Zahl der Asylwerber betrifft auf dem letzten Platz im Österreichvergleich.

STEIERMARK

Leben statt Aussterben

Abwanderung ist eines der größten Probleme für ländliche Gemeinden. Die Marktgemeinde Mautern hat sich bereits vor einem Jahr auf die Suche nach Lösungen gemacht und das Projekt „Mittelpunkt Ortskern“ gestartet, das den Ortskern wieder beleben soll. Bei der Auftaktveranstaltung waren 50 Bürgerinnen und Bürger dabei, die sich mit vielen Vorschlägen einbrachten. Nun, ein Jahr später, stehen mehrere der entwickelten Projekte vor der Umsetzung. Ein Gesundheitstag und ein Tag des Kindes werden veranstaltet. Auf dem Marktplatz sollen ein Bushütterl und eine E-Tankstelle entstehen, mit dem Ziel, die Wallfahrerei wieder aufleben zu lassen. Die Gemeinde hat sich für dieses Projekt auch mit zwei Universitäten in Graz vernetzt, die Lehrveranstaltungen zum Thema Leerstand mit in den Lehrplan aufnahmen. 30 Studierende haben ihre Ideen beigesteuert und zum Beispiel eine „Geocaching-Tour“ erarbeitet.

Das Projekt „Mittelpunkt Ortskern“ soll mehr Leben bringen.

Lehrer wollen mehr Durchgriffsrechte

Die Debatte über „Integrationsunwilligkeit“ hat während der Vorbereitungen auf die Landtagswahlen an Brisanz gewonnen. Integrationsminister Sebastian Kurz schlug vor, Lehrern mehr Durchgriffsrechte gegen integrationsunwillige Schüler und Eltern einzuräumen.Die steirischen Lehrer scheint Kurz damit schon auf seiner Seite zu haben. Diese begrüßen nämlich die Vorschläge und halten sie auch in der Praxis für umsetzbar. Zurzeit würden die Schulleiter mit den Problemen allein gelassen und hätten keine rechtlichen Möglichkeiten.

TIROL

Für eine gute Betreuung der Asylwerber fordern die Gemeinden mehr Geld.

Mehr Geld für Asylwerber

Auch unter Tirols Gemeinden ist die Erfüllung der geforderten Flüchtlingsquote immer noch ein Thema. Dem Planungsverband Schwaz-Jenbach sind 19 Euro pro Person und Tag zu wenig, sie fordern mehr Geld für die Unterbringung, ansonsten sei es sehr schwer, weiterhin ausreichend qualitative Unterbringungsmöglichkeiten zu finden. Schließlich seien Feldbetten und Zelte nicht menschenwürdig, sind sich die Bürgermeister einig. Der Planungsverband, angeführt vom Schwazer Bürgermeister Hans Lintner, spricht sich auch für kleine Einheiten aus, um die Integration der Flüchtlinge in den Gemeinden zu ermöglichen und eine Ghettoisierung zu verhindern. So habe die Gemeinde Schwaz erst kürzlich eine Jugendherberge zur Verfügung gestellt.

www.tirol.gv.at/statistik-budget/statistik/regionsprofile/plv24/
Infos zum Planungsverband.

„Sag's multi" Redewettbewerb in Tirol

Bereits zum sechsten Mal veranstaltet der „Verein Wirtschaft für Integration" in Zusammenarbeit mit dem Institut „EDUCULT" den mehrsprachigen Redewettbewerb „Sag's multi". Erstmals wurde heuer eine Regionalrunde in Innsbruck durchgeführt und zum ersten Mal durften auch Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund daran teilnehmen. Mehr als 30 stellten ihre sprachlichen Fähigkeiten unter Beweis.
Die Siegerin fuhr als Vertreterin Tirols am 26. Februar nach Wien, um im Bundesfinale anzutreten.

VORARLBERG

Bürger, beteiligt euch!

Bludenz plant ein Bürgerbeteiligungsmodell für eine gemeinsame Photovoltaikanlage. An dem Kraftwerk soll sich jeder beteiligen können, der seinen Hauptwohnsitz in Bludenz hat. Zwei städtische Gebäude haben sich als geeignet erwiesen. Auf diesen Dächern werden in den kommenden Wochen Sonnenkollektoren installiert. Die Module des Bürgerkraftwerks sind von 390 bis maximal 4680 Euro erhältlich. Die 474 Module werden nach dem Zeitpunkt des Eingangs der Interessensbekundung vergeben. Die Vorteile liegen auf der Hand: In Sonnenkraft investieren, die Höhe der Beteiligung ganz individuell bestimmen und mit gesicherten Zinserträgen rechnen sowie einen Beitrag zur umweltfreundlichen Stromproduktion leisten.

In den kommenden Wochen werden die Anlagen installiert.

Die meisten Jungen

17%

der Einwohner Vorarlbergs sind jünger als 15 Jahre.

15%

der Einwohner im Österreichschnitt sind jünger als 15 Jahre.

QUELLE: Statistik Austria

Gegen flächendeckende Maut

Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner spricht sich gemeinsam mit der Wirtschaftskammer gegen eine flächendeckende Lkw-Maut auf Bundes- und Landesstraßen im Ländle aus.
Eine zusätzliche Belastung würde keine Probleme lösen, argumentiert Wallner und schlägt stattdessen eine Erhöhung der Mineralölsteuer vor.

FOTOS: Kommunal/Wikimedia Commons/Fotolia, zstock, stockWERK

PERSONALIA

Brenneis tritt zurück

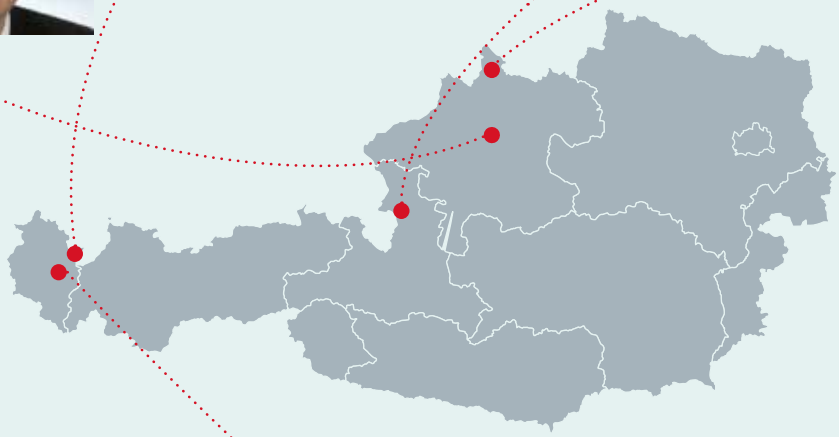
BACHMANNING // Die Gemeinde Bachmanning in Oberösterreich im Bezirk Wels-Land muss sich von ihrem langjährigen Bürgermeister **Mag. Franz Brenneis** verabschieden. Der 67-Jährige macht Platz für seinen Kollegen Vizebürgermeister Karl Kaser.

Brenneis ist seit 1973 im Gemeinderat tätig und seit 1985 Gemeindevorstand. Seinen ersten Sieg in einer Bürgermeisterwahl kann Brenneis am 28. Oktober 1991 für sich verbuchen. In Bachmanning regiert die Österreichische Volkspartei mit absoluter Mehrheit (7 ÖVP-Mandatare; 4 SPÖ-Mandatare; 2 FPÖ-Mandatare). Das Amt des Bürgermeisters legt Brenneis mit 31. Jänner 2015 zurück. Sein Nachfolger, technischer Leiter eines EDV-Softwareunternehmens in Linz, Dipl.-Ing. Karl Kaser wird am 25. Februar 2015 gewählt.

In den vergangenen 23 Jahren ist in der kleinen Gemeinde mit 680 Einwohnern einiges geschehen. Nachdem Brenneis das Bürgermeisteramt das erste Mal 1991 für sich entschieden hatte, wurde er vor eine schwierige Aufgabe gestellt: Bachmanning sollte Standort der Landesabfalldeponie für Oberösterreich werden. Daraufhin gab es von Seiten der Bürger umfangreiche Proteste, und es kam dazu, dass das Vorhaben letzlich wegen mangelnder Standorteignung vom Land aufgegeben wurde. „Ein persönlich großes Anliegen war die Sicherung der Infrastruktur, da Bachmanning eine sehr kleine Gemeinde ist“, erzählt Brenneis stolz. „Bachmanning besitzt nun ein eigenes Kaufhaus und ein Altersheim mitten im Ort. Die Gemeinde, sowie die Volksschule im Ort wurden saniert und umgebaut“, erzählt Brenneis rückblickend. Der Kanalbau war in den Jahren 1998 bis 2003 ebenso ein wichtiges Thema in der Kommune, womit der Ausbau der Wasserversorgung begründet wurde. „Die Siedlungstätigkeit ging in den letzten 23 Jahren ebenso einen Schritt nach vorn. Wir kümmerten uns darum, dass einige Wohnhäuser im Ort errichtet werden konnten“, so Brenneis.

Summer tritt ab

ST. GEROLD // Bürgermeister **Bruno Summer** will sich bei den Wahlen am 15. März 2015 nicht mehr für die 353-Seelen-Gemeinde St. Gerold in Vorarlberg „ins Rennen werfen“. 20 Jahre Amtszeit sind genug. Der 53-Jährige besitzt in der Kleingemeinde im Großen Walsertal ein Hotel mit 20 Gästebetten und möchte sich nach seiner Amtszeit vermehrt auf seinen Betrieb konzentrieren. Summer lässt sich keiner Partei zuordnen.



Neuer ÖVGW- Präsident

Dipl.-Ing. Dr. **Wolfgang Zerobin**, Betriebsvorstand des größten österreichischen Wasserversorgers MA 31 – Wiener Wasser, wurde nun mit der Funktion des Präsidenten der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) betraut. Der gebürtige Linzer studierte Kulturtechnik und Wasserwirtschaft an der Universität für Bodenkultur in Wien, wo er auch als Assistent am Institut für Wasserwirtschaft tätig war und im Bereich des Wasserfaches dissertierte. Seit 1987 arbeitet er bei MA 31 - Wiener Wasser. 2013 wurde Zerobin Vizepräsident der ÖVGW. Unterstützt wird Zerobin von Vize-Präsident Dipl.-Ing. Manfred Pachernegg, Geschäftsführer der Energienetze Steiermark. Er studierte Maschinenbau.

Generationswechsel **an der „Spitze“**

OEPPING // In der 1500-Seelen-Gemeinde Oepping im Bezirk Rohrbach in Oberösterreich wurde Ende Jänner ein neuer Bürgermeister gewählt. **Thomas Bogner**, Softwareentwickler, nimmt sich den Aufgaben des Gemeindeoberhaupts an. Aus Altersgründen legte Langzeitbürgermeister Wilhelm Peinbauer sein Amt zurück und übergibt seinem 46-jährigen Nachfolger die Gemeinde in geordneten Verhältnissen. Für Thomas Bogner bedeutet die Wahl zum

Bürgermeister von Oepping etwas Besonderes, denn er stammt ursprünglich aus der nahe gelegenen Gemeinde Julbach. Er fühlt sich seit 13 Jahren in der oberösterreichischen Gemeinde Oepping heimisch und setzte sich aktiv seit 2009 im Gemeinderat für seinen Heimatort ein. Bogner war in zahlreichen Ausschüssen, unter anderem in Kindergarten, Schule, Sport, Kultur, Familie, Senioren, Integration und Soziales, vertreten. Der neue Bürgermeister übernimmt einige aktuelle Projekte, die er erfolgreich weiterführen möchte. Darunter fällt die Schaffung von Baugrund zur Ausweitung der Wohngebiete sowie ein neues Gemeindezentrum. Ein weiteres wichtiges und laufendes Projekt ist die Instandhaltung und Umbauarbeit am über 800 Jahre alten Schloss Götzendorf.

Trauer um Bürgermeister Krüger

ANIF // Anifs Bürgermeister **Hans Krüger** verstarb am 27. Jänner 2015 im Salzburger Landeskrankenhaus nach schwerer Krankheit. Er wurde 71 Jahre alt. Der studierte Jurist war etwas mehr als 30 Jahre lang Bürgermeister der Gemeinde im Süden der Stadt Salzburg. Jeweils fünf Jahre war er davor als Gemeindevertreter und als Vizebürgermeister tätig. 25 Jahre lang trat er für die ÖVP an. Vor der Gemeinderatswahl 2009 trat Krüger aus der ÖVP aus und gründete eine eigene Liste. 2009 und zuletzt im März 2014 wurde er von den Anifern neuerlich im Amt bestätigt. Krüger arbeitete zudem jahrzehntelang beim WIFI in der Salzburger Wirtschaftskammer – von 1998 bis 2006 als dessen Leiter. Nach dem Tod des Anifer Langzeit-Bürgermeisters ist die 4000-Einwohner-Gemeinde geschockt: „Mit sehr viel Feingefühl und seinem ganz persönlichen Engagement hat er das Dorfleben von jeher mitgeprägt und vor allem mit ganzem Herzen mitgelebt“, danken ihm die Mitglieder der Gemeindevertretung und die Gemeindemitarbeiter. Die Amtsgeschäfte führt nun bis auf weiteres Vizebürgermeister Josef Grasmann.

EHRUNGEN

MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 13. JÄNNER 2015 HAT BUNDESPRÄSIDENT DR. HEINZ FISCHER VERLIEHEN:

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

Ulrike Tauber, ehem. Bürgermeisterin der Gemeinde Oftering, Oberösterreich.

MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 15. JÄNNER 2015

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

Ulrich Baumgartner-Flotzinger, ehem. Bürgermeister der Gemeinde Wendling, Oberösterreich.
Johannes Wenninger ehem. Bürgermeister der Gemeinde Redleiten, Oberösterreich.

Weichen für Neuwahl in Bezau gestellt

BEZAU // In Bezau (Bezirk Bregenz, Vorarlberg) sind die Weichen für die Nachfolge von Bürgermeister Georg Fröwis gestellt. Die Bezauer Liste hat am Montagabend ihren Fraktionsvorsitzenden und langjährigen Gemeindevertreter Gerhard Steurer zum Bürgermeisterkandidaten gewählt. Der neue Bürgermeisterkandidat betont den Teamgedanken. In zahlreichen Sitzungen sei es gelungen, 35 Kandidaten für die Gemeindewahl zu finden, darunter neun Frauen und viele Junge. Bis vor wenigen Tagen habe er noch nicht daran gedacht, dass er der Listenerste für die Gemeindewahl werden sollte. Bürgermeisterkandidat Gerhard Steurer ist derzeit Geschäftsführer des Sozialzentrums Bezau und will diese Tätigkeit mittelfristig weiterführen. Bürgermeister Georg Fröwis, der nach öffentlichen Diskussionen um einen Grundstücksverkauf und eine Wohnungsvergabe nicht mehr kandidiert, bezeichnet seinen Nachfolgekandidaten als ausgezeichnete Wahl. Steurer verfüge über großes Wissen und sei ein kluger Stratege.

FOTOS: Österreichischer Gemeindebund

TERMINE **APRIL BIS MAI**

16/ April

Lehrgang zum **Mobilitätsbeauftragten**

MALLNITZ/SALZBURG // Verkehr und Mobilität gehören zum Alltag der Gemeinden. Der Lehrgang zur/zum Kommunalen Mobilitätsbeauftragten vermittelt in zwei Modulen zu je zwei Tagen ein fundiertes Basiswissen zur Verkehrsgestaltung.

www.klimabuendnis.at /aktuelles/lehrgaenge
Modul 1: 16. – 17. April, Ort: Mallnitz (Kärnten)
Modul 2: 1. – 2. Juni, Ort: Bischofshofen (Salzburg)

28/ Mai

8. Österreichischer **Radgipfel**

KLAGENFURT// Wie gesund und sicher ist Radfahren? Welche Maßnahmen bringen noch mehr Familien zum Radfahren? Und wie kann das Radfahren im Alltag in Kärnten noch mehr verstärkt werden? Fragen wie diese werden beim 8. Österreichischen Radgipfel 2015 in Klagenfurt diskutiert, der als zweitägige Fachtagung organisiert ist.

www.klimaaktiv.at/veranstaltungen/mobilitaet
Ort: Klagenfurt

FOTOS/ LaKirr / Shutterstock.com, Bilderbox, Fotolia/ Picture Factory, Robert Faritsch, Robert Kneschke, Donau Uni

20/ Mai

Kommunikation „1 mal 1“

LINZ// Der Kurs „1 mal 1 erfolgreicher Bürger-Kommunikation“ richtet sich an Verantwortliche für die Öffentlichkeitsarbeit und vermittelt praxisnah Inhalte. Kosten: 190 Euro.

www.ooegemeindebund.at
Ort: Linz

14/ April

Lehrgang **Public Management**

KREMS// Die Donau-Universität Krems und die Kommunalakademie Niederösterreich veranstalten in Kooperation den Lehrgang Public Management, der sich vor allem an leitende Gemeindebedienstete richtet, aber auch bestens für Bürgermeister und Gemeinderäte geeignet ist. In zwei Semestern erarbeiten die Teilnehmer berufsbegleitend sechs Module und schreiben am Ende eine eigenständige und praxisorientierte Hausarbeit. Das Programm zielt darauf ab, Fertigkeiten und Know-how zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen für kommunale Verwaltungen zu vermitteln. Teilnehmer lernen strategische Managementinstrumente und setzen sich praxisnah mit Herausforderungen wie der europäischen Integration und neuen Kommunikationstechnologien auseinander. Zu den Themen zählen Herausforderungen des Public Managements, die Rolle des Amtsleiters, neue Dienstleistungsmodelle mit Einsatz von Technologie, kommunales Haushalts- und Finanzwesen sowie Prozessmanagement und Kommunikation. Ansprechpartner ist das Team im Department für E-Governance in Wirtschaft und Verwaltung.
Der Lehrgang startet bereits am 14. April!

gerlinde.ecker@donau-uni.ac.at

www.donau-uni.ac.at/de/studium/publicmanagement/
Ort: Donau-Universität Krems, Informationen zum Lehrgang im Web sowie bei Frau Gerlinde Ecker

23/ April

8. Erfahrungsaustausch Hochwasser

NEUFELD AN DER LEITHA// Der Österreichische Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (ÖWAV) veranstaltet am 23. April 2015 in Neufeld an der Leitha mit Unterstützung des Landes Burgenland und des Wasserverbandes Neufelderseen-Gebiet in Kooperation mit dem BMLFUW den 8. Erfahrungsaustausch Hochwasser. Der 8. Österreichweite Erfahrungsaustausch für Hochwasserschutz behandelt die Herausforderungen und aktuellen Arbeiten im Hochwasserschutz im Burgenland. Im Speziellen wird hierbei auf das Neufelderseen-Gebiet und die Leitha eingegangen. Ein sehr wichtiger Punkt, vor allem für PlanerInnen, Gemeinden und Verantwortliche, behandelt die Haftungsfragen im Hochwasserfall. Der 8. ERFA wird durch eine Exkursion in den Raum Neufeld an der Leitha abgerundet.

www.oewav.at
Ort: Kulturzentrum Dr. Fred Sinowatz, 2491 Neufeld an der Leitha

UNNÜTZES WISSEN

WAS SIE VIELLEICHT WISSEN WOLLEN

TROTZ „DOMESTIZIERUNG DES MANNES“

Gericht erlaubt Pinkeln im Stehen

Mieter dürfen auf der Toilette ihrer Wohnung im Stehen pinkeln. Dies gehöre zum vertragsgemäßen Gebrauch einer Mietwohnung, entschied nach einem Bericht in der „Legal Tribune Online“ das AG Düsseldorf (Urt. v. 20.01.2015, Az. 42 c 10583/14). Das Gericht gab damit einem Mieter Recht, der auf Auszahlung von 3000 Euro Mietkaution geklagt hatte. Der Hausbesitzer wollte 1900 Euro einbehalten, weil der Marmorboden der Toilette durch Urinspritzer abgestumpft war.

Ein Fachmann hatte die Urinspritzer als Ursache für abgestumpfte Stellen des Marmorbodens ausgemacht. Dies sei auch nachvollziehbar und glaubwürdig, befand Richter Stefan Hank.

Dennoch habe der Vermieter kein Recht, die Kosten der Reparatur von der Kaution abzuziehen. Wörtlich: „Trotz der in diesem Zusammenhang zunehmenden Domestizierung des Mannes ist das Urinieren im Stehen durchaus noch weit verbreitet. Jemand, der diesen früher herrschenden Brauch noch ausübt, muss zwar regelmäßig mit bisweilen erheblichen Auseinandersetzungen mit – insbesondere weiblichen – Mitbewohnern, nicht aber mit einer Verätzung des im Badezimmer oder Gäste-WC verlegten Marmorbodens rechnen.“

www.lto.de/rech

FOTO: SHUTTERSTOCK/KZENON

IM NÄCHSTEN **KOMMUNAL**

Ländlicher Raum

Bodenschutz versus Raumordnung – es geht um viel mehr als eine Handvoll Boden.

ARBEITEN & GESTALTEN

Bauen oder Sanieren
Ein Leitfaden verspricht Entscheidungshilfen für die Gretchenfrage „neu bauen“ – oder doch „sanieren“

Gemeindetag und Kommunalmesse
Das Thema „Finanzierung“ beherrscht den 62. Österreichischen Gemeindetag und die Kommunalmesse

KOMMUNAL 04/2015 erscheint am 31. 03. 2015

Angekündigte Themen können sich aufgrund aktueller politischer Entwicklungen ändern.

IMPRESSUM
Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at www.kommunal.at **Geschäftsführung** Mag. Michael Zimper
Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 15 helmut.reindl@kommunal.at; Katharina Lehner - DW 37 katharina.lehner@kommunal.at;
Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 18 elisabeth.leitner@kommunal.at
Grafik Thomas Max - DW 42 thomas.max@kommunal.at
Fotos www.shutterstock.com; www.bilderbox.at;
Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann - DW 12, sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 28, martin.mravlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 11, martin.pichler@kommunal.at;
Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Dr. Gustav Fischer (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft), Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung), Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes), Dr. Walter Leiss (Generalsekretär des Österr. Gemeindebundes), Mag. Alexander Marakovits (BM.I), Bgm. Helmut Mödlhammer (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Georg Möstl (BM für Wirtschaft, Familie & Jugend), Mag. Arnold Obermayr (BM für Europa. Integration. Internationales), Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen), Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Christian Rupp (Geschäftsführer IKT-Board im BKA) Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer (Johannes-Kepler-Universität Linz), Mag. Andreas Wallner (BM für Inneres), Mag. Michael Zimper (Geschäftsführer Österreichischer Kommunalverlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl; PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at
Druckauflage 35.707 (Durchschnitt 1. Halbjahr 2014)
Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Hinweis zu Gender-Formulierung Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

www.kommunalbedarf.at

Daran beißen sich die Sprayer die Zähne aus ...

Das lässt Sprayer verzweifeln:

Einfach anzuwenden, absolut zuverlässig und kosteneffizient.
Machen auch Sie Ihr Gebäude zur GRAFFITI-freien Zone.

UND so geht's:

- Wir beseitigen Graffiti und sämtliche Sprühaktionen von Ihren Wänden.
- Danach folgt die professionelle Reinigung der gesamten Wandfläche
- Dann wird unser permanentes Schutz-System aufgetragen: E.C.P.® bietet dauerhaften Schutz, bildet eine extrem harte Oberflächenschicht. Sollte darauf wieder Graffiti aufgesprüht werden, können Sie die Beschmierungen ganz leicht SELBST wieder entfernen - und zwar immer wieder.

Unser neues Anti-Graffiti-Schutzsystem

www.kommunalbedarf.at

Alles für Ihre Gemeinde. Einfach. Schnell. Unbürokratisch.

Graffiti-Schutz

KOMMUNALBEDARF.AT
Alles für Ihre Gemeinde.

KOMMUNALMESSE 2015

www.diekommunalmesse.at

9.-11. September 2015, Messe Wien, Halle C

Im Rahmen des 62. Österreichischen Gemeindetages

Jetzt informieren!
www.diekommunalmesse.at

LEBENSRÄUME SCHAFFEN
ZUKUNFT GESTALTEN

- 14.000 m² Ausstellungsfläche
- mehr als 150 Aussteller aus allen Branchen
- Partner und Experten für erfolgreiche Kommunalprojekte
- Hoher Praxisbezug